



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

77. Sitzung (öffentlich)

9. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:05 Uhr bis 20:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1	Feinstaubbelastung reduzieren – Kaminöfen für Gesundheit und Umwelt nachrüsten	10
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15449	
	– Anhörung von Sachverständigen (<i>s. Anlage</i>) sowie anschließende Beratung und Abstimmung	

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15449 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

2 Die Situation der Landwirtschaft in der Ukraine 30

Gast: Kees Huizinga, ukrainischer Landwirt aus den Niederlanden

sowie

Auswirkungen auf NRW

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16256

Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/16699

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/16699 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Runderneuerte Reifen – NRWs Beitrag zur Kreislaufwirtschaft stärken! 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10627

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/10627 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

- 8 Explosions- und Brandereignis in der Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) der Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen-Bürrig und Informationen zu aktuellen Ereignissen in den rheinischen Chemie-parks** (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6484

in Verbindung mit:

Erneute Explosion im Chempark Leverkusen – was sind die Hintergründe?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6519

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 9 Berichterstattung über erhöhte PFAS-Werte im Chempark Leverkusen – was ist dran?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP) **70**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6518

- Wortbeiträge

- 10 Landwirtschaft schützen, Bodenpreise dämpfen, Bodenspekulation beenden – NRW braucht ein wirksames Agrarstrukturgesetz!** **76**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14937

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14937 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 11 Veräußerung einer landeseigenen Waldfläche an den Freizeitpark Phantasialand in Brühl** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **79**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6282
- 12 Erfolgte eine behördliche Bevorzugung der Firma Tönnies?** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6493
- 13 NRW geht beim Tierwohl voran – Aktueller Stand der Nutztierhaltungsstrategie sowie zum Stall der Zukunft** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6509
- 14 Starke Regionalvermarktung – Ökomodellregionen schaffen neue Strukturen** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6501
- 15 Wie sieht die Umsetzung des Gifftiergesetzes in der Praxis aus?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6502
- 16 Umsetzung der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung – Wann erhalten die betroffenen Landwirte den Erschwernisausgleich vom Bund?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6503

17 Neustart für LEADER – Die Landesregierung schaut auf eine erfolgreiche Förderperiode zurück (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6506

18 Energie aus Wildpflanzen – Wie schreitet die Förderung voran? (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6504

19 Geruchsbelästigung durch die Glasrecyclinganlage von PreZero (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6510

20 Aktueller Sachstand Rote Gebiete in NRW – Ausweisung nitratbelasteter Gebiete nach § 13a DüngeVO (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6508

21 Wachsende Waldbrandgefahr in NRW ernst nehmen – Waldbrandprävention und -bekämpfung weiter effektiv verbessern (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6516

22 Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6507

**23 Versprochen, vergessen, fallengelassen – Schwarz-Gelbe Bilanz im
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6517

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt TOP 11 bis 23 zur Kenntnis.

24 Verschiedenes

82

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich begrüße alle Kollegen und Kolleginnen heute. Wir haben heute schon einen langen und sehr intensiven Tag hinter uns. Ich begrüße natürlich alle Experten auch im Livestream sowie Frau Ministerin und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und die Presse.

Ich danke allen, vor allem den drei Sachverständigen Herrn Schoßland, Herrn Amaya, Herrn Schnabel, Herrn Schmatloch sowie Professor Dr. Hartmann, der per Video zugeschaltet ist. Können Sie uns hören? – Sehr gut. Funktioniert. Danke, dass Sie uns gleich bei Tagesordnungspunkt 1 zur Verfügung stehen.

Die heutige Sitzung wird wieder per Livestream übertragen. Wir haben gerade noch mal in der Obleuterunde zusammengesessen und haben aufgrund einer Sondersitzung heute des Kabinetts heute die Tagesordnung angepasst an die Gegebenheiten heute. Das heißt, wir haben in der Obleuterunde vereinbart, zunächst kommen TOP 1-4, wobei wir TOP 4 sehr kurz abhandeln. Sobald die Regierungspräsidentin Frau Walsken hier sein wird, das wird um 18:30 Uhr sein, würden wir die Tagesordnungspunkte 11 und 12, Explosion und Brandereignis in der Sondermüllverbrennungsanlage der Currenta GmbH und Berichterstattung über erhöhte PFAS-Abwasserwerte des Chemparks, nach vorne ziehen, und dann würden wir wieder weiter in die Tagesordnung einsteigen. Wir haben dann besprochen, dass wir die Tagesordnungspunkte „Veräußerung der landeseigenen Waldflächen an den Freizeitpark Phantasialand in Brühl“ sowie „Erfolgte eine behördliche Bevorzugung der Firma Tönnies?“ zur Kenntnis nehmen. Da die Ministerin heute ja früher zum Landessonderkabinett geht, würden wir alle Tagesordnungspunkte ab 13, die Berichte, auch zur Kenntnis nehmen.

Damit würde ich jetzt gerne in die Tagesordnung einsteigen.

1 Feinstaubbelastung reduzieren – Kaminöfen für Gesundheit und Umwelt nachrüsten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15449

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)
sowie anschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, wurde dieser Antrag vom Plenum in seiner Sitzung am 3. November letzten Jahres an uns überwiesen. Wir haben daraufhin beschlossen, heute eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Danke noch mal den Sachverständigen, dass Sie uns auch hier in Präsenz zur Verfügung stehen. Die einzelnen Stellungnahmen liegen vorne aus. Da kann man sich natürlich, solange der Vorrat reicht, bedienen.

Wir haben in unserem Einladungsschreiben immer darauf hingewiesen, dass wir kein mündliches Statement vorgesehen haben. Ich bitte auch die Experten um Verständnis, dass nur Mitglieder des Ausschusses an Sie Fragen richten können. Wir haben in diesem Ausschuss eine Tradition, dass wir immer eine Frage pro Fraktion an einen Experten richten, und der hat drei Minuten Zeit zu antworten. Ich würde dann mit dem Handy winken, dass Sie wissen, dass Sie zum Ende kommen. Damit würden wir viele Fragen unterbekommen. Ich danke Ihnen, dass Sie da so mitmachen.

Ich schaue jetzt noch mal in die Runde. Ich sehe keine weiteren Fragen. Wer wünscht das Wort? – Herr Rüße, bitte sehr. Ihre erste Frage.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch von unserer Seite vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben, heute hier sind oder online zugeschaltet sind, und vielen Dank auch für die schriftlichen Stellungnahmen. Meine erste Frage würde an Herrn Professor Hartmann gehen.

Die Frage ist ja immer, ob so ein Antrag notwendig ist oder nicht, ob man was machen muss oder nicht. Deshalb würde ich Sie gerne bitten, noch mal aus Ihrer Sicht darzustellen, wie denn die aktuelle Situation ist, wie viele emissionsarme Verbrennungsanlagen wir haben, und wo eventuell mögliche Hemmnisse liegen, um da eine effektive Reduktion der Feinstaubbelastung zu erreichen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Professor Hartmann, bitte. Konnten Sie die Frage gut verstehen?

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Konnte ich verstehen, ja. Ich hoffe, Sie können mich auch gut verstehen.

Zu der Frage: Es ist so, dass wir in den letzten Jahren durch die 1. BImSchV Maßnahmen sehen, dass Anlagen weiterentwickelt werden. Das reicht aber nicht aus. Wir sehen insbesondere, dass die Typ-Prüfnormen, die dort angewendet werden, zwar für Vergleichbarkeit und Reproduzierbarkeit angewendet werden, was aber nicht dazu führt, dass die Anlagen deutlich verbessert werden. Wir sehen, dass die Anlagen gerade im Realbetrieb immer noch erhebliche Mengen an Feinstaub und anderen Emissionen ausstoßen und wir dringend Anreize brauchen, dass die Anlagen weiterentwickelt werden, und zwar Anreize, die dann auch von der Industrie aufgenommen werden können, um dort die Entwicklung zu starten und langfristig auch die Kosten für diese Techniken zu reduzieren.

Bisher ist es so, dass die Akzeptanz in der Branche sehr gering ist, weil auch entsprechende Anforderungen und Anreize nicht verfügbar sind. Das heißt, es ist notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, diese Techniken endlich in den Markt einzuführen und nicht nur in der Schublade zu lassen. Und da hat es verschiedene Ansätze gegeben von der Entwicklung solcher Techniken bis hin zu neuen Prüfverfahren, bis zu dem „Blauen Engel“ als Umweltlabel, das diese Messverfahren dann auch anwendet, schärfere Grenzwerte setzt, sodass dann auch ein Anreiz besteht, dass innovative Anlagen in den Markt kommen.

Bisher sind diese innovativen Anlagen im Markt nicht zu finden. Sie sind natürlich teurer, und das führt dazu, dass im Prinzip die Kaminöfen, die einen großen Anteil an den Emissionsbelastungen der Feinstaubemissionen in Deutschland haben, nach wie vor sehr günstig angeboten werden, damit Feinstaubemissionen ausstoßen und die erneuerbare Wärme, die über diese Kaminöfen eigentlich bereitgestellt werden könnte, nicht umweltfreundlich ist. Insofern ist es absolut notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, dass diese Techniken endlich in den Markt kommen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Professor Hartmann. War das für alle gut zu verstehen, oder sollen wir es noch lauter stellen lassen? – Bisschen lauter wäre gut. Dann möchte ich die Technik bitten ... Wenn Herr Professor Hartmann spricht, würde ich bitten, dass wir wirklich leise im Raum sind, denn sonst ist er wirklich sehr schwer zu verstehen.

Vielen Dank, Herr Professor Hartmann. – Herr Börner hatte sich gemeldet, bitte sehr.

Frank Börner (SPD): Frau Vorsitzende! Herzlichen Dank. Meine Frage geht an Herrn Schnabel. Die Überlegung, bei neuen Anlagen ein Zertifikat einzuführen, Blauer Engel oder was auch immer: Was würde das zusätzlich kosten? Würde das das Thema insgesamt infrage stellen, dass das für zukünftige Nutzer, die das vorhaben – es ist ja immerhin regenerative Form von Energieverbrennung, wenn man auf Holz zurückgreift –, dann vielleicht nicht mehr attraktiv oder interessant ist, damit zu heizen?

Gut, jetzt verändert sich gerade die Situation, was Energie angeht, grundsätzlich. Aber zumindest vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrung: Wie würden Sie das einschätzen, wenn man dort einen Blauen Engel einführt? Einmal zu den Anlagen, die werthaltig sind, und es gibt ja auch Anlagen, die man so billig im Baumarkt kauft,

vielleicht auch in Relation zu diesen Anlagen, die dann vielleicht ein bisschen eher problematisch sind. – Danke.

Thomas Schnabel (HKI Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechniker e. V.):

Wenn wir uns jetzt die Emissionsminderungstechnik ansehen, die Staubabscheider beispielsweise, wenn ich die jetzt nachrüsten würde, wäre das ein Kostenblock für das Gerät um die 1.500 Euro. Dann muss natürlich noch der Elektroabscheider oben am Schornstein installiert werden. Da brauche ich einen Stromanschluss für. Da muss der Elektriker aufs Dach. Ich brauche ein Baugerüst dafür. Eventuell muss es abgesichert werden, damit es windsicher ist. Summa summarum liege ich da bei einem Staubabscheider, den ich dann nachträglich einbaue, bei einer Bestandsanlage bei um die 3.000 Euro.

Der Blaue Engel natürlich bei Neugeräten... Ich muss bei solchen Zertifikaten immer damit rechnen, dass die Geräte geprüft werden müssen. Die müssen gewisse Prüf-/Messverfahren durchlaufen. Das ist auch nicht umsonst. Das muss auch bezahlt werden und wird am Ende natürlich auf das Gerät umgelegt, ganz klar. Dadurch verteuert sich so ein Gerät natürlich auch zwangsläufig. Aber die Staubminderungsmaßnahmen, die kosten natürlich. Mit 3.000 Euro muss ich kalkulieren, die da draufkommen. Ich habe die Anlage angeschafft, dann kommt das noch on top.

Bei einer Neuanlage, wenn ich jetzt den Blauen Engel habe, dann ist der Staubabscheider mit dabei und bei anderen Zertifikaten dann wahrscheinlich auch. Die sind darauf abgestimmt. Aber trotzdem müssen die Messverfahren da sein, die müssen die entsprechend durchlaufen und das kostet natürlich. Prüfverfahren müssen bezahlt werden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Schnabel. – Dann gehe ich weiter im Kreis. Frau Winkelmann und dann Herr Ott, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Vielen Dank, auch noch mal an Professor Hartmann – die anderen Herren konnten wir vorhin schon persönlich begrüßen –, im Namen der CDU-Landtagsfraktion, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben, heute mit uns über dieses Thema zu beraten.

Ich war als Besitzerin eines Kaminofens etwas überrascht über den Inhalt des Antrages oder über die einzelnen Punkte. Aus der Praxis ist es mir bekannt, mein Schornsteinfeger kommt regelmäßig kontrollieren und hat uns auch schon angekündigt, der Ofen ist so alt, der muss auf jeden Fall ausgetauscht werden, dass es da also tatsächlich schon gesetzliche Vorgaben gibt. Deshalb war ich tatsächlich etwas überrascht über die einzelnen Punkte im Antrag der Kollegen der Grünen.

Meine erste Frage würde sich deshalb an Herrn Schoßland wenden. Sie sagen, dass Feinstaubminderungsmaßnahmen im Bereich der Einzelraumbefeuerungsanlagen schon in der Umsetzung sind, also das, was ich als Hauseigentümerin auch schon selber festgestellt habe. Welche sind das, und wie schätzen Sie die Emissionsminderungspotenziale ein?

Andreas Schoßland (Landesinnungsverband des Schornstiefegerhandwerks NRW): Schönen Dank. Man hat jetzt schon festgestellt, dass mit der Novellierung der 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung zum 22. März 2010 die Schadstoffausstöße massiv abgenommen haben. Das Landesumweltamt hat auch Studien rausgebracht, wo man es dann auch nachweislich sehen und auch nachlesen kann, dass dann die Öfen auch alle besser geworden sind.

Gerade so ab dem Jahre 2010/2011 ist auch in dem Bereich der Entwicklung dieser Kaminöfen, Kamineinsätze ein massiver Schub nach oben gekommen. Die Effizienz wurde massiv erhöht, und die Verwendungstechniken wurden dann auch wesentlich verbessert. Die Austauschverpflichtungen, die jetzt da sind, greifen jetzt erst mal so langsam. Wir hatten die erste große Welle der Austauschverpflichtungen für alte Kaminöfen, das war der 31.12.2014. Dann kam der 31.12.2017, jetzt 2020, und die nächste große Welle wird jetzt kommen zum 31.12.2024. Dann kommt so die große Welle mit dabei.

Ich habe mir die Statistik noch mal angeschaut aus dem Landesfachverband. Wir haben jetzt ungefähr so um die 500.000 Kamine, die ausgetauscht werden müssten, wo man nicht sicher ist, ob die die Nachweise bringen können oder nicht, die halt jetzt vor 2010 eingebaut worden sind. Und die fallen dann eventuell darunter. Durch den Austausch werden die Schadstoffe auf jeden Fall minimiert.

Man sieht auch allein, dass durch die Steigerung der Energieeffizienz von diesen Kaminöfen ... Das heißt, man muss weniger Brennstoff hineingeben, und jedes Kilogramm Holz, das ich weniger verbrenne, gibt auch hinterher weniger Schadstoffe raus. Das ist schon ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Nichtsdestotrotz: Wir waren damals, als die erste Bundes-Immissionsschutzverordnung in der Novellierung war – über den § 19, die Ableitbedingungen –, auch in Bonn mit dabei beim Umweltbundesamt und haben auch da schon gesagt: Die Öfen müssten besser werden. Das Erhöhen der Schornsteine allein bringt das nicht. Ich verlagere halt die Emissionen, aber ich mache es nicht besser. Ich verdünne mehr. Wenn ich aber einen Ofen reinsetze, der gute Techniken hat, der eine gute Verbrennung hat, eine gute Regelung hat... Ein Feinstaubfilter alleine bringt es auch nicht, man muss die ganze Kombination sehen. Das heißt, wenn ich es mal so sagen darf: Das größte Problem steht immer vor dem Ofen. Das ist der Bediener.

Allein schon, wenn man sieht, wie die Verbrennung abläuft von festen Brennstoffen: Man müsste wirklich dann vorstehen vor dem Kaminofen und immer mit sekundärer Klimaluft hantieren, um eine richtige Verbrennung hinzukriegen. Holz wird nachgelegt, ich muss mehr Primärluft haben und weniger Sekundärluft. Ich muss das immer regeln. Das macht kein Mensch.

Und durch eine intelligente Ofensteuerung wird da diese Regelung über diese intelligente Ofensteuerung erfahren. Und dann ist auch die Verbrennung im Großen und Ganzen wesentlich effizienter.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Haupt, bitte.

Stephan Haupt (FDP): Auch von mir aus erst mal im Namen der FDP-Fraktion herzlichen Dank, dass Sie alle heute hier erschienen sind, um uns Rede und Antwort zu stehen. Ich möchte dann ergänzend zu den Fragen, die schon gerade gestellt worden sind, meine Fragen an Herrn Schoßland richten.

Wir – oder die Vorredner – haben gerade sehr viel vom Blauen Engel gesprochen und von Anlagen, die mit Blauem Engel zertifiziert werden sollten, aber noch nicht sind. Können Sie darstellen – Sie haben ja in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass Sie das nicht für zielführend halten –, warum Sie die Zertifizierungen des Blauen Engels nicht für zielführend halten?

Andreas Schoßland (Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks NRW): Da würde ich mich an Herrn Schnabel noch mal anlehnen. Es gibt sehr viele Öfen, die billig verkauft worden sind. Wenn man jetzt den Blauen Engel favorisiert und einen Bestandsofen nur so weit ertüchtigen muss, dass er den Blauen Engel einhalten kann ... Herr Schnabel hat schon gesagt, die Nachrüstung allein für den Feinstaubfilter beträgt schon mit allem Drum und Dran um die 3.000 Euro. Hinzu kommt noch eine Ofenregelung, denn ohne Ofenregelung kriegen Sie den Blauen Engel nicht hin.

Wenn Sie dann massiv favorisiert nur noch Blaue-Engel-Öfen als Neuinstallationen zulassen, dann kann das Gleiche passieren, was damals in Baden-Württemberg passiert ist mit ganz normalen Heizungssystemen, wo dann gesagt wurde, wir müssen mindestens 20 % regenerative Energien mit dabei setzen, wenn die Heizungen ausgetauscht werden. Dann wird es auch hier, wenn dieser Zwang kommt, auch einen Stau geben, dass man sagt: Okay, ich habe hier einen Ofen, der erfüllt noch die Norm nach der 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung. Ich muss ihn nicht nachrüsten, der ist aber 20 Jahre alt.

Und wenn dann halt so viele Zwänge obendrauf sind, dann überlegen sich die Leute zwei-, dreimal, zu sagen, „okay, ich modernisiere jetzt meinen Ofen, obwohl der die Sachen noch ertüchtigt. Er ist nur alt, mehr nicht.“ Und da sehe ich eine große Gefahr drin, dass wir da nicht in den Bereich reinkommen durch diesen Zwang, diese Austauschrate hinzukriegen, deshalb.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Blex, Sie hatten sich jetzt nicht gemeldet in der Runde?

(Dr. Christian Blex [AfD]: Zu diesem Thema, angesichts der Energiepreisen in diesem Land habe ich keine Fragen, noch weiter den Deutschen den Kaminofen madig zu machen, also wirklich nicht, danke schön.)

Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, es kommt immer drauf an. Vielleicht will man ja auch Perspektiven schaffen für den Kaminofen.

Meine zweite Frage würde sich an Herrn Professor Hartmann noch mal richten, weil ich eben aus dem Augenwinkel gesehen habe, dass Sie eben so ein bisschen reagiert habe. Und zwar haben Sie so den Kopf geschüttelt, als es um die Frage ging: Novelle, BImSchVerordnung, die Frage um erhöhte Schornsteine und so weiter. Wie schätzen Sie denn die Entwicklung ein? Ist das ausreichend, was da passiert ist, oder sehen Sie das als zu wenig an?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Professor Hartmann, jetzt hoffe ich, dass Sie lauter sind. Machen wir mal einen Test.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Genau. Ich hoffe Sie hören mich jetzt, sonst muss ich versuchen, ein bisschen lauter zu sprechen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ja, viel besser.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Sehr gut. Zu der Frage: Die Angabe, dass die Emissionen gesenkt werden konnten in den letzten Jahren, stimmt nicht. Bei den Daten des Umweltbundesamtes, die jetzt auch vor Kurzem veröffentlicht wurden, da gibt es auch entsprechende Prognosen.

Ich kann Ihnen auch ein Bild zeigen, also ich könnte meinen Bildschirm teilen, dann können Sie das sehen. Ich weiß nicht, ob das funktioniert. Sie sehen dort, dass es zwar einen Rückgang gegeben hat, 2013/2014, aber insbesondere dann kein Rückgang stattgefunden hat. Das sind aktuelle Zahlen. Und auch die Prognosen des Bundesumweltamtes zeigen einen sehr geringen Rückgang. Und da ist vorausgesetzt, dass die Maßnahme der 1. BImSchV greifen, ohne dass weitere Maßnahmen erfolgen.

Wir haben als einen nahezu stabilen Anteil der Feinstaubemissionen aus den Holzfeuerungsanlagen. Und man muss davon ausgehen, dass alle anderen Sektoren ihre Emissionen reduzieren können. Das heißt, der Anteil wird eigentlich steigen, wenn beispielsweise die ganzen Verbrennungsmotoren nach und nach von der Straße verschwinden.

Es ist so, dass die 1. BImSchV ja darauf basiert, dass die Geräte nach der Typprüfung zugelassen werden. Und die Typprüfung ist ein Laborverfahren, hat aber nichts mit Praxisemissionen zu tun. Wir haben gesehen – wir haben dafür aktuell Öfen getestet im Rahmen eines Auftrages des Bundesumweltamtes; das sind wahllos am Markt gekaufte Öfen nach unserer Auswahl, abgestimmt mit dem Umweltbundesamt –, dass diese Werte dieser Öfen genau so hoch sind wie die Öfen, die vorher verkauft wurden. Das heißt, eigentlich muss man auf die Typ-Prüfergebnisse einen Faktor von 2, wenn nicht sogar 3 oder 4 draufschlagen, sodass Sie dann wieder auf Praxisemissionen von 100 mg/m³ kommen.

Und das ist langfristig nicht tragbar. Das hat zwei Gründe. Die Partikel, die dort rauskommen, bestehen aus Ruß. Ruß ist ein Treibhausgas oder ein Treibhausgasbestand-

teil. Damit ist die Klimaneutralität der Holzfeuerungsanlagen sehr stark gefährdet. Wenn wir diese Rußpartikelemissionen aus den Holzfeuerungsanlagen nicht weitgehend rausholen, ist das Argument der Treibhausgasneutralität von Holzfeuerungsanlagen zukünftig nicht mehr gegeben.

Sie müssen Maßnahmen ergreifen, und dazu gehört einmal die Emissionsminderungstechnik, auf der anderen Seite aber auch die Reduzierung des Verbrauchs an Holz in solchen Anlagen. Die Anlagen dürfen nur noch effektiv und effizient eingesetzt werden, also wirklich zu Heizzwecken mit einem hohen Wirkungsgrad. Und das ist beispielsweise nur möglich, wenn die Anlagen nicht mehr als Luxusmöbel verkauft werden, sondern wirklich für Heizzwecke eingesetzt werden. Die Branche muss sich da bewegen.

Ich sage jetzt mal, wir vergleichen hier Emissionswerte. Bei Öl und Gas haben wir vielleicht 1 mg/m^3 , bei Holzverbrennungsanlagen 100 mg/m^3 , also einen Faktor 100 über den Emissionen von Öl und Gas. Und das kann in der Zukunft, in fünf bis zehn Jahren, nicht das Ziel sein, solche Anlagen weiter einzusetzen. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Professor Hartmann. – Ich gehe weiter. Herr Börner, bitte.

Frank Börner (SPD): Herzlichen Dank noch mal. Eine Frage: Wie kann man mit den bestehenden Techniken, mit den bestehenden Anlagen, auch an Herrn Schnabel bitte: Was kann man da tun, um Emissionen zu verhindern, zu reduzieren? Auch bei neuen Anlagen, wenn man jetzt sagt: Wir verzichten auf den Blauen Engel, aber wollen trotzdem den Spagat schaffen zwischen regenerativen Energien und diese Kamine dann umweltfreundlicher machen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Schnabel, bitte. Sie haben das Wort.

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Wir haben ja immer noch einen recht hohen Altgerätebestand im Umlauf. Wenn ich schon mal anfangen, den Altgerätebestand zu reduzieren und die durch moderne Geräte zu ersetzen, die bis zu 25 % Schadstoffe reduzieren gegenüber Altgeräten, dann schaffe ich schon enorm viel weniger Feinstaub.

Ich kann jetzt sagen, wenn ich alle 20 Jahre alten Geräte raushole, dann habe ich nahezu 70 % der Emissionen vermieden, wenn ich die gegen Neugeräte eintausche mit optimierter Verbrennung, neuen Materialien, mit einer Brennraumgeometrie, die neu ist. Da kann ich unheimlich viel schaffen, ohne dass ich gleich aufrüsten muss mit Staubfiltern und sonstigen Mitteln.

On top natürlich Emissionsminderungstechniken. Da bin ich noch mal stärker bei der Feinstaubreduzierung, aber grundsätzlich reichen schon die derzeitigen modernen Geräte dafür aus, dass ich schon enorm viel Feinstaub einspare, sofern ich die Altgeräte aus den Häusern hole. Und das kann ich durchaus vorantreiben mit Fördermitteln, dass ich sage, okay, proaktiv sogar Geräte, die noch nicht ausgetauscht werden müssen,

die kann ich aus dem Markt rausholen und spare noch mehr Emissionen ein, nur ohne, dass ich den Benutzern noch weitere Kosten draufhau. Ich gehe hin und sage „Altgeräte raus“, schaffe Anreize und diejenigen, die selbst gar nicht austauschen müssten, tauschen aus und dann habe ich unheimlich viel Emissionen eingespart.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Ich gehe weiter, Herr Ritter, bitte.

Jochen Ritter (CDU): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an Herrn Schoßland. Die Diskussion ging ja bisher eher so um den erstmaligen Einbau einer solchen Anlage. Wie gestaltet sich da der Betrieb? Der ist ja, wenn ich das richtig sehe, auch nicht frei von Prüfung. Das wird ja auch in irgendeiner Form aus Ihrer Branche heraus begleitet, und auch im Vorfeld gibt es Beratung von Ihrer Seite. Das trägt doch auch alles dazu bei, dass jedenfalls die Emissionen nicht völlig außer Kontrolle sind. Können Sie das mal ein wenig erläutern, wie sich das so darstellt?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Schoßland, bitte.

Andreas Schoßland (Landesinnungsfachverband des Schornsteinfegerhandwerks NRW): Ja, danke. Nach der Bundes-Immissionsschutzverordnung, der 1. BImSchV § 4, Absatz 8 ist es so beschrieben, dass der Betreiber einer Feuerungsanlage für bestimmte Feuerstätten innerhalb von einem Jahr beraten werden muss über den richtigen Umgang mit diesen festen Brennstoffen, über die Lagerung, besondere Vorkommnisse mit diesen Brennstoffen. Die Beratung hat ein Schornsteinfeger durchzuführen. Das ist also schon mal solide der Einstieg in die Richtung, wie mit dem Ofen umgegangen werden muss, um schadstoffarm zu verbrennen.

Nun stehen wir natürlich nicht immer daneben und schauen, wie arbeitet der Kunde? Wir können ihm nur Hilfsmittel an die Hand geben mit Broschüren, mit Verweisen auf gute Internetseiten, wo es auch beschrieben wird, sei es aus dem Landes-, Bundesumweltministerium, wie auch immer. Das ist nur so der Einstieg.

Des Weiteren ist es so, dass wir im Zuge der Feuerstättenschau, die zweimal in sieben Jahren stattfindet, also alle drei bis vier Jahre, auch an jeden Ofen dran müssen. Dann wird der Ofen auch immer kontrolliert: Ist der Ofen in einem ordnungsgemäßen technischen Zustand? Sind die Dichtungen noch alle in Ordnung, sind die Scheiben in Ordnung, ist die Brennräumeinkleidung noch in Ordnung, welcher Brennstoff wird verheizt? Die Brennstofffeuchte wird auch gemessen, die Lagerung wird sich angeschaut, um dann schon dem Kunden zu sagen: Okay, ihr macht da ein bisschen etwas falsch, oder ihr macht alles gut. Dazu ist eine wiederkehrende Überprüfung da.

Und wenn man merkt, der Ofen sieht nicht ganz normal und richtig benutzt aus, dann sind wir auch da und sagen: Wir helfen euch noch mal, wir sagen euch, wie es funktioniert, was ihr richtig machen müsst. Das richtige Anzünden ist das A und O. Das war der ganz große Knackpunkt, das richtige Anzünden. Jeder kennt das Lagerfeuer: So ein Hütchen oben drauf machen, dann Anzünder rein, fertig. Das ist die ganz falsche Methode.

Aber es ist auch so ein bisschen „Aha“-Denken. Wenn man den Kunden so ein paar Mal, zwei-, dreimal hintereinander beraten hat und sagt „so und so geht es richtig“, dann merkt man auch so einen kleinen „Aha“-Effekt. Und beim nächsten Mal, beim übernächsten Mal, da kommt der Kunde an: „Herr Schoßland, was Sie da gesagt haben, funktioniert wunderbar, die Scheibe wird nicht mehr schwarz, es qualmt nicht mehr.“ Und das ist also auch ein stetiger Prozess, den wir immer weitermachen.

Wir gehen jedes Mal an diese Feuerstätten dran und werden auch immer schauen, ist alles in Ordnung? Und wenn wir etwas feststellen, gehen wir in die Beratung rein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, sehr interessant. – Herr Haupt, bitte.

Stephan Haupt (FDP): Meine Frage geht an Herrn Amaya von Haus & Grund. Herr Amaya, im Antrag steht ja drin, dass das bisherige Ordnungsrecht möglichst noch ausgeweitet werden soll, um strengere Anforderungen an Holzfeuerungsanlagen in sogenannten schutzbedürftigen Gebieten zu ermöglichen. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass Sie das ablehnen und es auch nicht für zielführend halten. Vielleicht können Sie das noch mal kurz erläutern.

Vorsitzende Dr. Patricia Paill: Bitte sehr, Herr Amaya.

Erik-Uwe Amaya (Haus & Grund RheinlandWestfalen): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Möglichkeit, auch hier mal vor diesem Ausschuss zu sprechen. Normalerweise bin ich immer in dem anderen Ausschuss zugegen. Es ist mal ganz interessant, die Verfahrensarten sind immer ein bisschen unterschiedlich.

Im Prinzip hat die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen selbst erläutert, dass bereits jetzt schon Kommunen Gebiete festlegen können, wo es dann einfach auch strengere Vorgaben gibt bezüglich der unterschiedlichsten Einzelfeuerungsanlagen, also sprich, ob jetzt zum Beispiel der Blaue Engel dort maßgeblich sein soll oder nicht. Von daher ist es im Grunde wieder ein Beispiel dafür, dass wir Regelungen haben, die aber letztendlich von den Kommunen auch angewendet werden müssen, so dass wir im Grunde auch an dieser Stelle keine höheren Anforderungen oder strengeren Vorgaben benötigen.

Wenn Kommunen von diesen Mitteln keinen Gebrauch machen, dann ist das, glaube ich, eine Entscheidung vor Ort, die dort getroffen worden ist, und dann muss nicht unbedingt das Land weitere Vorgaben machen, wie vor Ort gehandelt wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Amaya. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne Herrn Schnabel fragen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme einen interessanten Satz, in dem Sie eine konsequente Modernisierungsstrategie, verbunden mit Aufklärungskampagne und Förderung eingefordert haben. Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen ausführen. Was würden Sie sich

wünschen, wenn Sie so ein Programm ... Ich habe in den Antrag meine Ideen reingeschrieben. Vielleicht können Sie mal sagen: Wie würden Sie das ausgestalten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Schnabel, bitte das Mikrofon. Bitte sehr.

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Ich muss die Leute motivieren hinzugehen, proaktiv zu sein, zu sagen, ich möchte meine Feuerstätte gerne modernisieren, austauschen. Ich muss natürlich auch wissen: Wie funktioniert das, warum muss ich das machen? Warum muss ich das jetzt schon machen, obwohl ich noch gar nicht dran wäre nach der BImSch-Verordnung? Da müssen wir aufklären. Da müssen wir sagen, okay, aus den und den Gründen, um noch emissionsärmer zu werden, tauschen wir das gegen moderne Feuerstätten aus. Das wird gefördert, damit die Leute auch wirklich hingehen und das auch machen.

Denn sonst passiert es halt, dass sie es ignorieren. Aber mit Anreizen schaffe ich es auch, die Leute zu motivieren und zu sagen, ich tausche mein Gerät jetzt schon, obwohl ich noch gar nicht dran wäre. Das ist eine Maßnahme, wo wir sagen: Das ist primär anzuwenden.

Das Gleiche kann ich auch beim Staubabscheider anwenden, wenn ich sage, ich muss das fördern, denn sonst kann ich die Leute nicht dazu motivieren, es zu tun.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, ich habe es immer gerne konkret. Was wären denn Förderbeträge, die einen Anreiz schaffen würden?

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Das ist jetzt abhängig davon, was ich haben will. Wenn ich jetzt einen neuen Kaminofen kaufen muss, der kostet mich dann, was weiß ich, 2.500 Euro. Dann sind natürlich Fördermittel in dieser Höhe oder von der Hälfte dazu förderlich, zu sagen, ich mache das jetzt schon. Das ist ähnlich wie bei vielen anderen Fördermaßnahmen auch: Die Hälfte dazu, und schon habe ich die Leute motiviert, dass sie das machen.

Volker Schmatloch (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Ich würde dazu vielleicht ergänzen: Die Höhe der Fördermittel, da geht es ja darum: Emissionsminderungsmaßnahmen sind, wenn da Komponenten eingebaut werden, für den Betreiber nicht wirtschaftlich. Das hat keinen wirtschaftlichen Aspekt. Daher wäre es sinnvoll, sich an der Größenordnung dieser zusätzlichen Komponenten zu orientieren. Das würde obendrein die Möglichkeit eröffnen, mit solchen Einrichtungen mal Praxiserfahrungen zu sammeln. Das kommt hier gar nicht zur Rede, nur am Rande, dass es zwar solche Entwicklungen gibt, aber die haben keine Relevanz im praktischen Leben. Man weiß gar nicht, wie die sich auf Dauer in der Praxis bewähren.

Gerade bei dem elektrostatischen Abscheider ist das auch der Fall. Der wird jetzt immer als Allheilmittel gehandelt. Ich habe das vor 20 Jahren mal in der Schweiz entwickelt. Ich habe damit viel Erfahrung und würde mir auch wünschen, dass es da Fortschritte gibt. Man könnte durch Fördermittel dafür sorgen, dass die praktischen Erfahrungen

eine Verbreitung im Markt finden, damit man mal weiß: Wie funktioniert das? Da sind eine Menge offener Fragen, die hier nicht angesprochen wurden und wahrscheinlich auch nicht werden können. Da sind Fragezeichen dabei, wie die sich in der Praxis bewähren.

An den Beratungen oder Schulungen von Betreibern habe ich im Landkreis Osnabrück selber mal teilgenommen. Das war eine Abendveranstaltung. Die war besucht von Bürgern, die sich interessiert haben für Feuerstätten oder schon welche hatten. Da war ich dann von Seiten des Herstellers – ich arbeite bei dem Hersteller – und jemand von den Kollegen der Schornsteinfeger und aus der Forstwirtschaft. Und sowas halte ich für sehr nützlich. Wenn man das auf Landkreisebene organisieren könnte, das würde ich auch für förderungswürdig halten.

Jemand hatte schon gesagt: Oft sitzt das Problem vor dem Ofen. Das macht die Problematik auch so vielfältig. Man kann mit allerlei anekdotischen Argumenten kommen. Deshalb hat diese Schulung einen großen Stellenwert. Das sollte man beachten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Den Satz werden wir uns, glaube ich, alle merken: Oft sitzt das Problem vor dem Ofen. – Ich schaue mal in die SPD-Fraktion. Ist da eine Wortmeldung? – Nein. Dann schaue ich weiter in die CDU-Fraktion. – Keine Wortmeldung. Dann in die FDP-Fraktion. – Keine Wortmeldung. Noch mal Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gern Herrn Professor Hartmann fragen. Sie sind ja mit Biomasse vertraut, und wir haben ja nun aktuell durch die Ukraine-Krise noch mal gemerkt, wie abhängig wir von Energielieferungen sind. Ich würde Sie jetzt mal abseits des Antrages fragen wollen, welche Relevanz, welche Bedeutung bemessen Sie denn diesen Feuerungsanlagen für die Wärmeversorgung in unserem Land bei?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr, Professor Hartmann.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Gerne. Es ist so, dass knapp 40 % der erneuerbaren Wärme aus den häuslichen Feuerungsanlagen heutzutage in Deutschland stammt. Das heißt, die haben einen nennenswerten Anteil und auch den größten Anteil der häuslichen Wärmeversorgung. Insofern ist es relevant, und wir müssen dafür sorgen, dass diese Anlagen auch zukünftig weiter nutzbar sind.

Es gibt manchmal die Bestrebung in Politik, aber auch in anderen Branchen zu sagen, diese Anlagen müssen alle abgeschafft werden, und wir dürfen keine Biomasse in Holzfeuerungsanlagen mehr einsetzen. Dem würde ich widersprechen. Es ist, wie gesagt, aus meiner Sicht ein ganz wesentliches Element der erneuerbaren Wärmeversorgung, und dafür ist es notwendig, die Anlagen zu verbessern.

Was wichtig ist, hier tatsächlich die Anlagen so einzusetzen, dass sie auch wirklich für Wärmezwecke eingesetzt werden können, sodass man nicht den Verbrauch erhöht und mehr Anlagen aufbaut, sondern im Prinzip tatsächlich dafür sorgt, dass dieser

Anteil erhalten bleibt, aber effizient erhalten bleibt, das heißt tatsächlich für Wärmezwecke.

Es wird nicht so sein, dass wir unsere Energieprobleme durch Holzfeuerungsanlagen, durch Biomassefeuerungsanlagen lösen können. Wir müssen den Verbrauch an Biomasse in allen Sektoren reduzieren, weil auch andere zum Beispiel in einer Bio-Ökonomie die Biomasse brauchen, um neue Chemikalien herzustellen. Das heißt, es geht darum zu gucken, dass die Anlagen, die jetzt verfügbar sind, weiter betrieben werden können, aber effektiv ohne große Emissionen. Das ist wichtig. Und den Anteil der erneuerbaren Wärme aus den Holzfeuerungsanlagen dürfen wir nicht vernachlässigen. Ich wüsste nicht, wie wir den decken wollten, wenn wir das von heute auf morgen einfach verbieten würden. Das geht leider nicht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt habe ich doch noch eine Wortmeldung von Herrn Ritter.

Jochen Ritter (CDU): Dann stelle ich noch eine Frage an Herr Schoßland, wenn es geht. Danke, Frau Vorsitzende. Die dreht sich um die herangezogenen Maßstäbe. Zum einen wird hier Bezug genommen auf die WHO, auf eine Regel. Wenn ich das richtig sehe, ist das allerdings noch nicht geltendes Recht, sondern es ist eine Empfehlung. Insofern bin ich mir nicht ganz sicher, ob das hier der richtige Maßstab ist, der hier herangezogen wird.

Und dann noch mal zum Blauen Engel. Sehe ich das richtig, dass der Blaue Engel auch nur für Anlagen zur Verfügung steht, die Scheitholz verbrennen, aber für Pelletofen auch nicht herangezogen werden kann? Können Sie dazu etwas sagen, zu diesen beiden Punkten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Schoßland, bitte.

Andreas Schoßland (Landesinnungsfachverband des Schornstiefegerhandwerks NRW): Danke schön. Ich fange mal hinten an mit der zweiten Sache: der Pelletofen. Es gibt insgesamt vier Öfen, die die Anforderungen des Blauen Engels erfüllen. Darunter ist ein Kaminofen der Firma Rottke. Sonst gibt es noch keine Öfen, die diese Anforderungen des Blauen Engels erfüllen. Das ist schon schwierig, die Masse ist nicht da.

2020 ist der Blaue Engel eingeführt worden in der Bundesrepublik, und da gab es nur einen einzigen Hersteller, der das bringen konnte. Es ist halt eine aufwändige Sache. Es ist ja nicht bloß so, dass da ein Feinstaubfilter drin ist, sondern auch die entwickelte Ofenregelung. Sonst funktioniert das nicht. Das ist ein ganz großer Punkt.

Jetzt habe ich die erste Frage vergessen, Entschuldigung.

Jochen Ritter (CDU): Da ging es mir darum: Hier wird die Empfehlung der WHO als Maßstab herangezogen, um dann zu der These zu kommen, es würde viel zu viel Feinstaub emittiert. Kann man das so ohne Weiteres heranziehen?

Andreas Schoßland (Landesinnungsfachverband des Schornstiefegerhandwerks NRW): Ja, ich kann es nur sagen: Ich habe mir die Statistiken jetzt nicht vom Umweltbundesministerium angeschaut, sondern hier aus Nordrhein-Westfalen. Da ist eine Abnahme der Feinstaubemissionen massiv zu erkennen.

Die Aussage von der WHO ist, dass über 60.000 Menschen in Europa sterben durch Feinstaubpartikel – kann sein, ist aber nicht bewiesen, hundertprozentig, dass es nur vom Feinstaub ist. Aber die letzte Aussage, die ich von der WHO gelesen habe, nach dem Motto, „jetzt haben wir den Feinstaub ja weiter runter reduziert, jetzt müssen wir die Grenzwerte anpassen“, ist ein zweiseitiges Schwert. Man hat dies erfüllt, man hat jetzt die Sachen, die die WHO vorher vorgeschrieben hatte, erfüllt, und jetzt geht man an die Grenzwerte dran.

Was ich aber auch immer noch sehe, ist der soziale Aspekt. Es sind immer noch sehr viele Öfen, die auch als alleinige Heizung in einer Wohnung drin sind. Wir haben zum Beispiel noch über 25.000 Kohleöfen in Nordrhein-Westfalen. Die sind nicht nur ein Schmuckstück, die sind wirklich dafür da, um zu heizen. Es gibt auch genug Kaminöfen, die die Wohnung heizen. Das muss man auch ein bisschen berücksichtigen. Wir haben 6.000 Koksheizungen in NRW, die immer noch da sind. Und das muss man auch ein bisschen mal berücksichtigen. Das auf einmal jetzt zu verteufeln, ist der falsche Weg.

Es wird auch immer mit den falschen Holzmengen berechnet. Ein Beispiel, wenn ich das kurz mal nennen darf: Im Stuttgarter Raum hat man gerechnet, dass man den Holzverbrauch pro Kaminofen, der in Stuttgart steht, mit sechs Raummeter annimmt. Das ist Utopie. Wenn man auf diese Holzmengen die Feinstaubemission hochrechnen würde, das ist der falsche Weg.

Wir haben auch jetzt hier in Nordrhein-Westfalen ungefähr 250.000 offene Kamine, 250.000 offene Kamine, die nur gelegentlich benutzt werden dürfen. Von diesen 250.000 Kaminöfen sind auch etliche, die stehen nur so da. Da sind Spinnweben drin, da sieht man schon, dass in den letzten 20 Jahren nicht mehr geheizt worden ist. Aber die sind halt da und die werden mit in die Statistik eingefügt. Aus diesem Grund haben wir in NRW auch unter anderem 1,7 Millionen Einzelraumfeuerungsanlagen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gern Herrn Professor Hartmann noch mal fragen zu genau der Frage der Feinstaubbelastung, weil gerade anklagt, das sei auch eine soziale Frage. Und soziale Frage hat immer viele Facetten. So wie ich das mitbekomme, gibt es eben in bestimmten Wohngebieten – deshalb greift der Antrag das ja auch auf – erhebliche Beschwerden auch von Bürgerinnen und Bürgern über die Feinstaubbelastung.

Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen und auch durchaus zu der Frage der gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Feinstaub und welche Relevanz Kaminöfen an der Stelle haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Professor Hartmann, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Es ist so, dass die soziale Komponente nicht vernachlässigt werden darf. Denn gerade Menschen mit einem niedrigen Einkommen sind unter Umständen auf Kaminöfen angewiesen, weil das doch auch eine günstige Energiequelle darstellt.

Das heißt, Bürgerinnen und Bürger mit einem hohen Einkommen, einem Einfamilienhaus, die sich beispielsweise auch eine Wärmepumpe leisten können, die müssen nicht unbedingt eine Förderung bekommen für eine Emissionstechnik, die sie nachrüsten. Aber gerade die Leute, die wenig Geld haben, um dann auch noch solche Technik nachzurüsten, müssten in den Genuss dieser Förderung kommen. Und dafür müsste man, wenn man so ein Förderprogramm auflegt, das mit berücksichtigen, dass gerade diese Menschen, die dann beispielsweise in eng besiedelten Gebieten leben, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, ihre Anlagen nachzurüsten. Denn dort ist es dann so, dass sich diese sozial schwächeren Wohnregionen stärker selbst belasten. Und das darf ja keine Frage des Einkommens sein, sondern das muss so sein, dass allen Menschen der Zugang zu sauberer Luft gewährleistet wird. Also diese soziale Komponente ist ganz wichtig.

Bezüglich der Feinstaubbelastung auf die Gesundheitsauswirkungen bei Menschen: Es ist natürlich eine wissenschaftliche Darstellung, und man muss mit dem aktuellen wissenschaftlichen Stand davon ausgehen, dass nicht die reine Zahl der frühzeitig verstorbenen Menschen wichtig ist, sondern die verlorene Lebenszeit. Da gibt es auch entsprechende Abhandlungen zu, das kann man auch beim Bundesumweltamt nachlesen. Das heißt, durch eine höhere Feinstaubbelastung erfahren die Menschen eine deutliche Minderung ihrer Lebenszeit um mehrere Jahre. Dann hat man die verlorenen Lebensjahre.

Feinstaubemissionen führen dazu, dass Sie Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben, dass Sie langfristig tatsächlich Krebs an verschiedenen Stellen haben. Gerade als Schornsteinfeger weiß man, was Schornsteinfegerkrebs ist, nämlich Hodenkrebs. Hodenkrebs entsteht dadurch, dass man Partikel einatmet, die in der Lunge dann aufgenommen werden und über die Blutbahn im ganzen Organismus verteilt werden. Das heißt, diese Partikel können sich in allen Organen wiederfinden und können dort ihre gesundheitliche Auswirkung haben.

Das heißt, gerade bei PAKs, die eine Rolle spielen, die sehr langlebig sind, die man als sehr resistente Schadstoffe in der Umwelt hat, die sich dann langfristig auch anreichern, muss man vermeiden, dass diese in die Umwelt gelangen. Und die WHO-Vorgaben oder Vorschläge, die die machen, basieren auf wissenschaftlichen Fakten. Das heißt, wenn jemand eine Erkenntnis hat, die dagegen spricht, soll er sie bitte auf den Tisch legen. Momentan würde ich davon ausgehen, dass die WHO-Empfehlungen gerechtfertigt sind und dass die wissenschaftlich belegbar sind. Das heißt, die ganzen Gesundheitsgefahren, die von den Feinstaubemissionen ausgehen, sollten tatsächlich auch berücksichtigt werden. Die darf man nicht kleinreden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Jetzt noch eine Frage von Frau Winkelmann und Herrn Haupt und dann mit Blick auf die Uhr ...

Bianca Winkelmann (CDU): Ich mache es auch ganz schnell, ein bisschen anschließend an das Thema. Mir ist nämlich aufgefallen, dass bei Herrn Schoßland auch speziell das Thema der Feinstaubemissionen in Städten mit benannt worden ist in der Stellungnahme. Vielleicht einfach Ihre Sicht der Dinge: Wieso wäre ein Verbot von Holzheizungen in den Städten nahezu unwirksam, was die Feinstaubbelastung angeht?

Das ist jetzt im Grunde genommen so ein bisschen vielleicht die Gegenrede, mehr oder weniger.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Schoßland, bitte.

Andreas Schoßland (Landesinnungsfachverband des Schornsteinfegerhandwerks NRW): Ja, danke. Ich habe mich mit dem Thema noch mal intensiv auseinandergesetzt, gerade hier bei den Messstellen des Landesumweltministeriums. Natürlich sind die meisten der Messstellen überwiegend in den Innenstädten. Wenn man ein bisschen ländlicher geht und sich mal auf den einzelnen Dörfern umschaute, wo auch noch viel mit Holz geheizt wird, da sind kaum Messstationen. Deshalb ist es entsprechend auch nicht titulierbar.

Denn es kommt immer darauf an, wo diese Messstationen stehen. Es gibt verschiedene, es gibt die stationären Messstationen, und es gibt die mobilen Messstationen. Natürlich sind die meisten Messstationen in der Nähe von entweder Industrie oder Straßenverkehr. Und wenn man sich das so anschaut, zum Beispiel Essen, Gladbecker Straße, das ist halt die Hauptverkehrsstraße. Da sehen Sie, wenn Sie morgens durchfahren, ist da ein Auto neben dem anderen und dementsprechend sind hohe Emissionen mit dabei.

Die WHO hat zum Beispiel Gütersloh als Hochrisikogebiet eingestuft. Aber laut den Messstatistiken vom Landesumweltamt ist das alles grün, alles in Ordnung. Von daher sind immer so ein paar Sachen, die man mitberücksichtigen muss.

Gerade sehr viele Messstellen sind nun mal in den Städten, und dementsprechend ist da auch die Feinstaubproblematik am höchsten. Was aber auch nicht zu vernachlässigen ist, was wir auch geschrieben haben in unserer Stellungnahme, ist auch die Landwirtschaft mit der Gülleaustragung. Das ist natürlich auch ein enormer Punkt, der mit berücksichtigt werden sollte und könnte. Es ist ja nicht nur so, dass der Feinstaub von kleinen Feuerungsanlagen kommt, sondern auch von anderen Institutionen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt schaue ich noch Herrn Haupt an, und dann würde ich bitte ...

Stephan Haupt (FDP): Vielen Dank. Erst mal eine kleine Bemerkung an Herrn Rüsse: Ich glaube, die wenigsten Leute beschwerten sich wegen Feinstaubemissionen, sondern

die meisten Leute beschwerten sich wegen einer Geruchsbelästigung. Ich glaube, da wird etwas vermengt.

Meine Frage geht an Herrn Schmatloch und Herrn Schnabel. Und zwar hat Herr Professor Hartmann gerade gesagt, dass wir in der Tat auch an diejenigen denken müssen, die sich keine Wärmepumpe leisten können, und deshalb sollten dann die Öfen ausgetauscht werden. Jetzt hatte ich aber Herrn Schoßland so verstanden, dass es mit dem Austausch eines Ofens gar nicht getan ist, sondern weil da ja eine sehr komplizierte Steuerung drin ist – darum gebe es ja auch nur wenige Anbieter, die das zurzeit anbieten.

Meine Frage wäre: Herr Hartmann hat so getan, als wenn man nur den Ofen austauschen müsste. Was müsste tatsächlich passieren bei älteren Bestandsanlagen, und welche Kosten würde das ungefähr verursachen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr.

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Die Frage ist jetzt komplex. Anders als Herr Hartmann bin ich der Meinung, dass sehr wohl die Verbesserung der Technik im Laufe der Jahre zu spürbaren Verbesserungen auch im Feld geführt hat. Und wie ich schon vorher gesagt habe, ist das ein komplexes Feld. Das sind manuell betriebene Geräte. Da ist die Spannweite sehr groß, und anekdotisch kann man immer für alles Beispiele finden. Deshalb ist die Lage schwierig.

Deshalb ist das ganz sicher so, da gibt es auch ausreichend Hinweise darauf, dass der Austausch eines alten Gerätes gegen ein neues, was jetzt die zweite Stufe BImSchV erfüllt, hilfreich ist, dass das Verbesserungen bringt. Die komplexe Steuerung, wie Sie sagen, das ist im Grunde genommen üblicherweise der Vorteil dieser Einzelraumfeuerstätten, Scheitholzfeuerstätten, dass die normalerweise überhaupt nicht komplex sind. Das führt dazu, dass die Wärme machen, wenn man Holz reintut und anzündet. Dann wird es warm. Man braucht keinen Strom, man braucht keine Mittel von außerhalb, nichts weiter. Das ist eine völlig krisensichere Wärmequelle.

Hier gab es mal im Münsterland 2006 ... Wenn man sich da mal informiert, dann weiß man, was das für eine Wirkung haben kann, dass die Leute froh sind, wenn völliger Stromausfall ist – das waren damals die umgeknickten Masten –, dass man dann noch eine Wärmequelle im Haus hat.

Komplexer wird es eben mit den neuen Komponenten und Abgasminderungsmaßnahmen. Da habe ich mit Herrn Hartmann auch gemeinsame Projekte gemacht. Ich arbeite da gerne mit ihm zusammen. Wir haben nicht immer die gleiche Sichtweise. Da ist aber die Weiterentwicklung in Richtung Katalysator oder elektrostatischer Abscheidung richtig und sinnvoll. Man muss bloß den richtigen Weg finden. Und dadurch werden aber die Geräte komplexer. Man kann es aber durch entsprechende Technik auch schaffen, dass die dann immer noch sozusagen Notlaufeigenschaften haben könnten für solche Krisensituationen.

Die Kosten sind so, wenn man einen Ofen nimmt – es geht ja nicht allein darum, dass das so schwierig ist, da diese Prüfung zu schaffen oder ähnliches, es gibt andere

Gründe, warum da nicht viel mehr bisher aufgesprungen sind. Dann wird das teurer, solche Geräte werden dann hochpreisiger. Da wird man dann in der Gegend von 2.000 Euro bis 3.000 Euro liegen für einen neuen Kaminofen. Das ist also keine Anlage, sondern ein frei stehendes Gerät, die einfachste Ausführung, die man dort haben kann, und da sind dann keine Baumarktgeräte für 500 Euro zu haben. Das ist so die Größenordnung, wenn es um die Kosten geht.

Aber auch ohne jetzt diese aufwändige Technik würde sich eine Verbesserung herbeiführen lassen. Aber ich bin durchaus auch offen. Da wird schon lange dran gearbeitet, auch vorm Blauen Engel, dass man da Gütezeichen entwickelt, die bessere Verbrennungsqualität dann signalisieren können. Das Problem ist bei solchen, wenn man so etwas neu einführt – und das ist da mein Kritikpunkt und auch ein Grund, warum mancher Hersteller bisher zurückhaltend ist –: Es ist ja nicht fertig mit dem Blauen Engel. Es wurde versäumt, praktisch vor Einführung des Blauen Engels eine Validierung der Messverfahren und der ganzen Prüfverfahren durchzuführen. Und auch jetzt, zwei Jahre nach Einführung, Herr Hartmann, wenn ich richtig informiert bin, wird diese Validierung jetzt gerade erst nachgeholt.

Man muss doch erst mal Erfahrungen sammeln mit solcher neuen Methodik, muss auch sehen, bewährt sich das in der Praxis?, bevor man dann noch oben draufsattelt und auch Kosten verursacht. Das ist der Hintergrund. Ich hoffe, die Frage beantwortet zu haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt schaue ich noch einmal zu Herrn Rüße und dann Herrn Nolten, und dann schließen wir die Anhörung. – Bitte sehr, Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich habe eine ganz kurze Frage noch, vielleicht Herr Schnabel oder Herr Professor Hartmann. Einer von den beiden kann sie vielleicht beantworten.

Und zwar die Frage „Geruchsbelästigung und Feinstaubbelastung“. Das würde mich jetzt einfach interessieren, da bin ich jetzt gerade so drauf gekommen. Gibt es da einen Zusammenhang oder ist das unabhängig voneinander?

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Wollen wir beide? Ich kann mich ganz kurzfassen. Mein Mikrofon ist noch an.

Es gibt einen Zusammenhang, aber man kann es nicht ineinander umrechnen. Das hat beides mit Abgasen zu tun. Gerüche sind aber Kohlenwasserstoffe, und die Kohlenwasserstoffe haften oft an Partikeln an. So hängt das alles ein bisschen zusammen. Aber man kann das nicht umrechnen ineinander.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ob man das umrechnen kann, ist uns als Politikern egal. Wir möchten einfach nur eine Antwort haben.

(Heiterkeit)

Wenn ich die Feinstaubbelastung senken würde in einem Wohngebiet, reduziere ich dann auch die Geruchsbelastung?

Thomas Schnabel (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e. V.): Nicht notwendigerweise, das ist der Punkt. Wenn man dann die Kohlenwasserstoffe nicht reduziert, dann ist das möglich, dass es nicht geht.

Ich kenne das Problem, die Frage nach der Umrechenbarkeit: Ich bin oft auch so unterwegs und sage: Wenn man da irgendetwas reduziert, wird das andere auch weniger. Da wird mir dann auch oft von Instituten widersprochen. Es gibt da nicht so klare Zusammenhänge.

Und das ist ja die Gefahr, wenn man Maßnahmen verordnet, dann muss man doch sicher sein, dass auch das Ziel erreicht wird und dass man dann nicht irgendetwas mindert und dann Geruchsbelastung aber auch bleibt. – Herr Hartmann, Entschuldigung, ich habe jetzt doch länger gesprochen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt will ich auch bitten, einfach mit Blick auf die Uhr – wir haben wirklich eine lange Tagesordnung –, sich kurzzufassen mit den Antworten, dann noch eine Frage und dann schließen wir, bitte sehr.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Wenn man Feinstaubemissionen riecht, ist es zu spät, denn dann sind die Emissionen deutlich zu hoch.

Und zwar ist es tatsächlich so, dass die mit den organischen Verbindungen zusammenhängen. Immer dann, wenn der Ofen falsch betrieben wird, also zu wenig Luft reinkommt oder beispielsweise zu kalte Temperaturen, gerade angezündet wird. Dann riecht man den Ofen. Und diese Gerüche, wie gesagt, sind verbunden mit Feinstaubpartikeln, die man dann einatmet. Und den Zusammenhang sieht man ganz klar dann, wenn das Gas abgekühlt wird.

Das heißt, theoretisch müsste man die Messverfahren weiterentwickeln, um unter Verdünnungsbedingungen – also Umgebungsbedingungen – tatsächlich die Feinstaubemissionen aus der Anlage zu messen. Das heißt, die Messbeispiele, die beispielsweise in Skandinavien oder auch in den USA eingesetzt werden unter Verdünnungsbedingungen, berücksichtigen genau diese Kohlenwasserstoffe, die auf den Partikeln angelagert werden. Und wenn man das zusammen mindert, kann man das machen. Beispielsweise Katalysatoren reduzieren die Kohlenwasserstoffemissionen deutlich. Da gibt es Untersuchungen, aus Aachen auch. Das heißt, durch entsprechende Maßnahmen würde man die Gerüche deutlich reduzieren und damit einen Beitrag leisten, die Feinstaubemissionen zu reduzieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Die letzte Frage geht an Herrn Dr. Nolten, bitte sehr.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Vielen Dank. Feinstaubreduzierung ist sehr wichtig. Gerade wer in den Kerbtälern bei Invasionswetterlagen unterwegs ist, der weiß, wie die Situation da ist.

Aber da wir eben gehört haben, das Problem sitzt vor dem Ofen, die Frage: Gibt es eigentlich, Herr Hartmann, Gesamtbetrachtungen? Ich sage jetzt mal, wenn mir kalt ist und ich schmeiße den Ofen an, dann sehe ich gefühlte Wärme. Wenn ich aber hingehere und gehe dann an die Fußbodenheizung ran oder, noch besser, in den Keller rein und fange an, meine entsprechende Ölheizung oder was auch immer dann da zu verändern, dann habe ich natürlich einen sehr viel höheren Energieumfang, erst sehr viel später stellt sich dann das Gefühl der Wärme ein.

Jetzt können Sie mir natürlich sagen, da kann man auch mit einem Pullover und einer Decke und so weiter ... Aber diese handbeschickten Einzelraumanlagen sind ja im Gesamtsystem zu sehen. Und da ist für mich die Frage: Wenn ich sie jetzt nur sehr kritisch betrachte, habe ich nicht auf der anderen Seite auch sehr positive Effekte dadurch, dass sie beschickt werden? Ich bin da eher bei Herrn Schoßland, ich glaube auch nicht an die 6 Raummeter, die da durchgehen, sondern eher das Beifeuern für diese gefühlte Wärme vor allen Dingen.

Prof. Dr. Ingo Hartmann (DBFZ, Deutsches Biomasseforschungszentrum, gemeinnützige GmbH [per Video zugeschaltet]): Wenn ich darauf antworten darf: Die Strahlungswärme, die von den Öfen abgegeben wird, das wird als besonders angenehm empfunden, das heißt, durch eine Niedertemperatur, die dann abgegeben wird und dann im Prinzip durch Strahlungsaustausch. Dort hat man dann diesen Effekt, dass man sich wohler fühlt. Dieser Effekt ist natürlich gegeben und führt dazu, dass man sagt, es ist behaglicher, wenn man solche Öfen einsetzt mit einem höheren Strahlungsanteil.

Da geht der Trend dann aber hin zu Speicheröfen, das heißt Öfen, die eine höhere Speichermasse haben, einen Teil der Wärme tatsächlich in die Speichermasse einlagern und dann bei niedriger Temperatur über einen längeren Zeitraum diese Wärme in den Raum abgeben über Strahlungsprozesse. Das steckt dahinter. Deswegen geht der Trend hin zu Speicheröfen. Das können Heizeinsätze mit Speicher entsprechend nachgeschaltet sein oder auch Grund- oder Kachelöfen, die entsprechend so ausgelegt sind, dass sie über einen längeren Zeitraum Wärme haben. Das ist richtig, diese Effekte auf die Behaglichkeit und das Wohlfühlen eines Menschen in so einer Umgebung darf man nicht vernachlässigen, und natürlich ist eine reine Konvektionsheizung, so wie wir das kennen aus einem Ölkessel, der unten im Keller steht, nicht vergleichbar mit einer Wärme, die aus dem Speicherofen kommt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gut, dann vielen Dank. Mit Blick auf die Uhr werden wir diese interessante Anhörung jetzt leider beenden müssen. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind, vielen Dank für Ihre Antworten, die alle so konkret und klar waren. Wir werden jetzt gleich weitermachen. – Ich wünsche Ihnen allen einen sehr guten Heimweg.

(Allgemeiner Beifall)

Dann würden wir jetzt den Tagesordnungspunkt 1 abschließen. Da es heute voraussichtlich unsere letzte Ausschusssitzung ist in dieser Wahlperiode, werden wir jetzt direkt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abschließend beraten und zur Abstimmung stellen. Dabei fließen natürlich jetzt in die Abstimmung alle gerade gehörten Ausführungen mit hinein. Ich denke, jeder hat seine Meinung gefasst.

Deswegen stelle ich jetzt diesen Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15449 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

2 Die Situation der Landwirtschaft in der Ukraine

Gast: Kees Huizinga, ukrainischer Landwirt aus den Niederlanden

sowie

Auswirkungen auf NRW

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt haben wir einen besonderen Tagesordnungspunkt. Wir haben in der Obleuterunde auf Anregung von Herrn Rüße heute einen gesonderten Punkt auf der Tagesordnung, weil diese Situation uns alle heute schon im Plenum enorm besorgt, beschäftigt und berührt. Wir danken Ihnen, dass Sie extra aus den Niederlanden gekommen sind. Sie sprechen Deutsch wie Englisch wahrscheinlich. Vielen Dank, dass Sie uns berichten, wie die Situation in der Ukraine ist und wie Sie da so einschätzen aus Sicht der Landwirtschaft. Die Frau Ministerin würde dann auch noch mal aus der Sicht von dem Land NRW dazu einen Bericht geben.

Sie hatten etwas mitgebracht. Haben Sie das schon eingespielt, den USB-Stick?

Kees Huizinga: Ich habe es nicht mitgebracht. Mit Worten wird es auch gehen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr gut. Dann bitte sehr, Sie haben das Wort. Herzlich willkommen hier.

Kees Huizinga: Herzlichen Dank für die Einladung. Herzlichen Dank, Herr Rüße, dass Sie das organisiert haben. Ich möchte vorweg mal Entschuldigung anbringen für mein Deutsch. Dass ich mich vielleicht manchmal etwas unverständlich ausdrücke, das ist nicht speziell gemeint.

Mein Name ist Kees Huizinga. Ich bin Holländer; Niederländer, fast 20 Jahre Bauer in der Mitte der Ukraine. Wir sind da mit 1.000 ha Ackerbau angefangen 2001. Da war mehr als die Hälfte der Flächen der Ukraine noch Brachland. Mittlerweile ist unser Betrieb angewachsen auf 15.000 ha, 2.000 Kühe, 350 ha Gemüse mit Tröpfchenbewässerung und 450 Sauen. Alles zusammen haben wir 450 Mitarbeiter.

Letztes Jahr war ein riesengutes Jahr mit guten landwirtschaftlichen Erträgen und guten Preisen. Wir hatten Riesenpläne für die Zukunft, um unseren Betrieb weiter auszubauen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, um die Ukraine stabil zu machen. Das ist vor zwei Wochen tatsächlich mit Bomben und Raketen kaputt bombardiert worden.

Unsere Hofstelle wurde glücklicherweise nicht bombardiert, aber von den Russen werden ukrainische Frauen und Kinder, die 80 Jahre in Frieden gelebt haben, getötet aus der Ferne, mit Raketen. Und Putin hat immer gesagt – seine Propaganda funktioniert sehr gut –, ich will die russischsprachigen Leute in der Ukraine schützen. Aber der schießt jetzt russischsprachige Leute tot.

Das ist der Anfang des Problems. Die menschlichen Opfer, die da jetzt gebracht werden... Sie haben alle die Videos im Internet gesehen, was da alles passiert. Das ist schon sehr, sehr schlimm. Und es muss auch sofort gestoppt werden. Aber das ist nur

der Anfang. Das Problem wird noch viel größer, und es ist ein landwirtschaftliches Problem.

Es wird viel über Energie geredet, über Öl, über Gaspreise. Aber Öl und Gas kann man nicht essen. Weizen kann man essen. Getreide kann man essen. Da wird Mehl von gemacht, aus dem Mehl wird Brot gemacht, und die Ernährungsversorgung der Welt wird jetzt ein Riesenproblem werden. Deswegen bin ich auch hier, um Ihnen davon zu berichten. Ich möchte Sie bis in die Seele fühlen lassen, wie schlimm das werden kann. Und das Gefühl habe ich seit dem zweiten oder dritten Tag vom Krieg. Wir sind jetzt zehn oder zwölf Tage im Krieg. 80 Jahre war da kein Krieg, auch dort nicht, und wir sind jetzt im Krieg. Ich habe meine Kinder geweckt und gesagt: Es ist Krieg. Ich hätte niemals gedacht, dass ich das mal meinen Kindern sagen müsste.

Wir sind jetzt zwei Wochen im Krieg. Nach ein paar Tagen habe ich gedacht, das wird ein Riesenproblem für die Ernährungsversorgung, nicht nur in der Ukraine. Das ist es schon jetzt, denn die Linien von Essen zu den Leuten in die Städte sind zerstört. Und das ist nur der Anfang. Die Wege für Essen in die ganze Welt und speziell von der Ukraine aus nach Nordafrika, Südeuropa, in den mittleren Osten werden zerstört. Jetzt kommt schon aus dem Hafen der Ukraine und Russland kein Getreide mehr weg. Es geht nicht mehr nach Nordafrika, es geht nicht mehr in den Mittleren Osten. Da sind Länder, die sind teilweise zu 90 % abhängig von ukrainischem Getreide. Da sind tatsächlich innerhalb von ein paar Wochen die Vorräte weg, aufgegessen, und dann gibt es keine neuen Vorräte mehr.

Der Weizenpreis ist seit Januar um 50 % gestiegen. Der Weizenpreis ist im Vergleich zu vor drei Jahren ist schon drei-, fast viermal höher. Damals haben wir 150 \$ für eine Tonne Weizen gekriegt. Jetzt geht der Weizenpreis in Richtung von 500 \$ pro Tonne. Aber es ist nicht nur eine Frage vom Preis. Wir hier im reichen Westen, im reichen Deutschland und im reichen Holland können das wahrscheinlich noch bezahlen. Aber die Leute in Nordafrika und im Mittleren Osten werden das nicht mehr bezahlen können. Da werden 50 %, 60 %, 100 % des Einkommens für Nahrung ausgegeben, und wenn das Essen gleich zwei-, dreimal teurer wird, dann kommen wir nicht mehr zum Ende des Monats. Und dann sind es nicht nur die 5 bis 10 Millionen Flüchtlinge, die aus der Ukraine jetzt kommen. Es sind jetzt schon mehr als 2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine raus, geschätzt zwischen 5 und 10 Millionen, da kommt noch das Zehnfache an Millionen Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Mittleren Osten dazu.

Damals hat Angela Merkel gesagt: "Wir schaffen das." Aber das schaffen wir nicht mehr. Und ich denke, dass Putin sehr wohl weiß, dass er dort in diesen Ländern eine zweite Front öffnet, um Europa weiter zu destabilisieren. Deswegen ist es auch sehr, sehr wichtig ... Europa macht schon große Schritte. Die sind schon von Putin richtig zusammengebracht worden, sie arbeiten schon wie ein Team, wie eine Mannschaft. Aber das ist noch nicht genug. Es muss viel härter und viel mehr passieren.

Und: Gas und Öl, das verstehen wir alle, aber Landwirtschaft und Ernährungsvorräte, das ist für uns alle so gewohnt, wir verstehen das nicht. Wir Bauern verstehen das. Markus Holtgauer, hinter mir, der ist auch Bauer, der versteht das auch, und viele Bauern in der Welt verstehen das. Aber das Publikum und – nicht falsch verstehen –

viele Politiker, da denke ich nicht, dass die das in der Seele fühlen, wie schlimm das werden kann.

Und da möchte ich Sie von überzeugen, und auch dass Sie Ihre Kollegen von überzeugen, dass da wirklich in den nächsten Tagen etwas passieren muss. Wir haben da keine Zeit mehr, um hier gemütlich zusammensitzen und mal darüber nachzudenken, wie wir das lösen. Denn wir müssen in zwei Wochen auf die Felder raus, um die Aussaat zu machen. Und für diese Aussaat haben wir, grob gesagt, von Anfang April bis Ende April Zeit, und alles, was wir später machen, ist mit riesigen Ertrageinbußen verbunden. Und wenn wir es überhaupt nicht machen, dann gibt es überhaupt keine Erträge.

30 % der Weizenexporte in der Welt kommen aus Russland und der Ukraine. Wenn das nicht ausgesät wird, dann kann es auch nicht geerntet werden und auch nicht exportiert werden.

Heute Morgen habe ich ein Beispiel übermittelt bekommen, was da alles schiefgehen kann. Es können sehr viele Sachen schiefgehen: Es gibt kein Saatgut, kein Diesel, keinen Dünger, keine Ersatzteile für Maschinen. Heute Morgen habe ich vom Ministerium für Landwirtschaft in der Ukraine über unseren Agrarverband einen Bericht bekommen, die haben eine Umfrage gemacht unter den Bauern, dass da 200.000 t Diesel fehlen in der Ukraine, um die Aussaat zu machen. Der kommt normalerweise aus den Schwarzmeerhafen, die sind jetzt gesperrt, und es kommt normalerweise aus Weißrussland. Das Geld ist auch bezahlt, aber Diesel wird selbstverständlich nicht geliefert.

200.000 t Diesel, das sind 8.000 LKWs. Das kann nur aus dem Westen kommen. Das ist ein logistischer Alptraum, es ist eigentlich unmöglich, das in die Ukraine verteilt zu kriegen. Und wenn man keinen Diesel hat, kann man die Schlepper nicht starten, und dann kann man den Weizen oder die Gerste oder den Mais nicht aussäen. Und das ist schon ein ganz konkretes Problem, was vorliegt.

Ein Kollege von mir aus dem Süden, der ist in Cherson. Der hat deutsche Einnahmen, der ehemalige Vorsitzende von Agravis, und der hat noch 15.000 l Diesel, kann nicht mehr Diesel kriegen, weil da russische Panzer auf der Straße stehen. Der kann seine Milch nicht mehr an die Milchfabrik liefern, weil da russische Panzer auf der Straße stehen. Sein Agronom wohnt auf der anderen Seite der Straße in einem kaputtgeschossenen Haus im Keller. Er kann nicht mehr zur Arbeit kommen, weil der Russe ihn nicht mehr über die Straße rüber lässt. Der hat Saatgut gekauft, bezahlt, aber noch nicht geliefert gekriegt. Der hat kein Saatgut. Der Diesel reicht nicht aus.

Das sind alles konkrete Beispiele. Und wenn das nicht in den nächsten Tagen entschieden wird, wenn da nicht Politiker aufstehen und da harte, knallharte, rücksichtslose Entscheidungen treffen, dann wird das Problem ein weltweites Problem, bei dem wir in Europa die größten Folgen tragen werden.

Deswegen möchte ich Ihnen anbieten, das auch weiterzuleiten an Ihre Kollegen, damit Sie diese Panik, die ich fühle, auch fühlen und Ihre Kollegen das auch fühlen, sodass tatsächlich innerhalb von einer Woche in Europa eine Entscheidung getroffen wird.

Ich habe mich heute noch mit dem Agrarminister von Holland getroffen. Ich werde mich in den nächsten Tagen mit Frans Timmermans treffen. Ich bin mehrere Male im holländischen Fernsehen gewesen, in internationalen Medien, um diese Message zu verbreiten, wobei wir eigentlich alle in Panik sind.

Man darf natürlich nicht in Panik eine Entscheidung treffen, aber wir haben keine Wochen mehr, um diese Entscheidung zu treffen. Denn sonst gibt es ein Riesenloch in der Ernährung der Welt und speziell in Nordafrika und im Mittleren Osten. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, dass Sie das so geschildert haben und auch, dass Sie noch mit dem Landwirtschaftsminister in den Niederlanden gesprochen haben und mit Herrn Timmermans. Ich denke, für uns als Gruppe hier würde ich zuerst der Ministerin das Wort geben, wie NRW das sieht, und vielleicht machen wir dann eine allgemeine Diskussion auch, was wir alles zusammen machen können. Aber ich kann Ihnen sagen, es ist ja auch Livestream: Es hören Sie jetzt ganz viele.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Frau Vorsitzende! Herr Huizinga! Meine Damen und Herren! Das, was Sie geschildert haben, deckt sich eins zu eins auch mit unseren Beobachtungen, was die weltweite Versorgungssituation angeht. Die Ukraine gehört zu den Top Five Exporteuren Weizen, Mais, Raps, Top One Sonnenblumenöl, Sonnenblumenschrot. Das heißt, es werden hier tatsächlich auch Lücken bemerkbar sein.

Es ist jetzt schon so, wie mir gesagt wurde, dass bestimmte Länder im Nahen Osten sich den Weizen schon nicht mehr leisten können, weil die Preise derartig – jetzt salopp gesprochen – durch die Decke gehen. Das heißt, wir bekommen in der Tat ein großes Thema bei der Welternährung. Wir müssen gucken, wie wir dabei helfen können.

Ich hatte mit dem BMZ, also mit dem Bundesentwicklungsministerium, dieser Tage auch Kontakt schon dazu. Dort wird gearbeitet an einem – ich sage es jetzt mal mit meinen Worten, ob das wirklich so heißt, weiß ich nicht – Sonderprogramm Welternährung oder Ernährungssicherheit. Das Thema ist in Berlin auch schon wirklich angekommen und im Blick.

Gleichwohl kann das zu dramatischen Entwicklungen führen. Wir wissen natürlich nicht, wie jetzt tatsächlich während des Krieges überhaupt ausgesät wird, beziehungsweise wie hinterher noch geerntet wird. Das ist alles noch mit vielen Fragezeichen versehen. Und wir sehen eben auch nicht so leicht, dass das kompensiert werden kann.

Wir können zum Beispiel nicht kompensieren. Gerade kam frisch eine Agenturmeldung rein aus Italien. Da fordert der Ministerpräsident auch eine Diversifizierungsstrategie in der Ernährung. Italien ist sehr abhängig, im Übrigen auch von Lieferungen bei Weichweizen aus der Ukraine. Wir werden das insgesamt merken.

Wir werden es in Nordrhein-Westfalen nicht so sehr direkt merken, wir haben einen hohen Selbstversorgungsgrad. Da, wo wir keinen hohen Selbstversorgungsgrad haben, etwa bei Obst und Gemüse, sind die Handelsströme andere. Aber wir werden es

in den Preisen merken. Wir müssen uns auch Gedanken machen, wie die Preisentwicklung hier bei uns sein wird, denn hohe Lebensmittelpreise kommen zu den hohen Energiepreisen. Wir werden hier im Laufe des Jahres wahrscheinlich eine doppelt schwierige Situation tatsächlich erleben.

Wir hatten diese Woche aus dem Haus heraus mit Vertretern der gesamten Lebensmittelkette ein erstes Gespräch. Da waren die Landwirtschaftsverbände dabei, da war AGRAVIS dabei als Agrarhandel, es waren Unternehmen dabei, es war der Lebensmittelhandel dabei, um von all diesen Branchenvertretern der einzelnen Stufen der Kette ihre Einschätzung zu hören. Das, was die Landwirte am meisten umtreibt, auch hier bei uns, sind natürlich die hohen Dieselpreise, die dann auch noch mal zu zusätzlichen Verteuerungen führen.

Wir haben uns vorgenommen, diese Gespräche jetzt regelmäßig zu führen, so wie wir das in der Coronazeit auch hatten. Inwiefern wir jetzt auf Steuern noch wirken können und die Welternährung unterstützen können, die ja wirklich ein dringendes Problem hat; insbesondere die ärmsten der armen Länder betroffen sind –, das muss man jetzt mit Berlin zusammen gucken.

Es gab auch mit Cem Özdemir, dem Bundeslandwirtschaftsminister, eine erste Beratung des Bundes und der Länder zu diesem Thema hin. Das war aber letzten Freitag, und der vergangene Freitag war hier noch von großen Unsicherheiten auch in Einschätzungen geprägt. Ich glaube, dass das sich in den nächsten Wochen und Monaten verändern wird.

Herzlichen Dank, dass Sie uns noch mal so einen eindringlichen Bericht auch gegeben haben. Denn ich glaube, wir müssen auch aufpassen, dass wir uns nicht nur auf das Thema Energie konzentrieren, sondern auch sehen, welche sonstigen Themen mit der wirklich furchtbaren Situation in der Ukraine noch zusammenhängen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich schaue jetzt in die Runde. Die ersten Fragen sind da. Ich würde jetzt einmal so rumgehen. Herr Blex, fangen Sie an, und dann gehen wir weiter.

Dr. Christian Blex (AfD): Danke, dass Sie die Situation erst mal so geschildert haben, wie sie ist, und die Problematik, die dann ja auch auf Länder zukommt, die halt viel gravierender mit der Ernährungsproblematik zu kämpfen haben, als das hier in Westeuropa der Fall ist. Vor diesem Hintergrund: Angesichts dieser sehr angespannten Nahrungsmittelsituation, wie bewerten Sie dann eigentlich solche Programme wie „Farm to Fork“ oder Agrophotovoltaik, wo es darum geht, dass wir im reichen Westen praktisch unsere Anbauflächen noch verringern für Weizen und für Lebensmittel per se?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wollen Sie direkt antworten?

Kees Huizinga: Ja, sonst werde ich die Frage wahrscheinlich vergessen. Frau Ministerin, alles, was Sie gesagt haben, das tut mir gut. Ich merke, dass die Situation Ihnen klar ist. Ich möchte noch mal die Geschwindigkeit von Entscheidungen, die getroffen

werden müssen, nachdrücklich erwähnen. In zwei, drei Wochen müssen wir auf die Felder und haben dann einen Monat Zeit. Wir können nicht im Mai oder Juni oder Juli noch eine Aussaat machen. Wir haben da keine Monate mehr, um darüber zu reden. Es ist eher eine Frage von Tagen.

Aber langfristig muss man natürlich darüber reden, wie man die Landwirtschaft angeht in Europa. Und nach dem Krieg haben wir diese Butterberge gebaut und diese Milchseen, und das war vielleicht damals auch übertrieben. Und jetzt ist es in die andere Richtung durchgeschlagen, zu weit wahrscheinlich auch wieder. Das ist eine wirklich wichtige Frage, die Sie stellen, wo auch dran gearbeitet werden muss. Aber kurzfristig müssen da sehr harte Entscheidungen getroffen werden.

Politisch ist es schwierig für mich zu sagen, ob man Flächen stilllegen müsste oder nicht. Das weiß ich nicht. Aber dass man die ganze Landwirtschaft anders angehen müsste, weil auch die Abhängigkeit von Düngemitteln aus Russland sehr groß ist, dem stimme ich zu. Da müssen wir versuchen, die gleichen Erträge herzustellen mit weniger Dünger, mit anderen Arten von Landwirtschaft. Da sind sehr viele Kenntnisse notwendig, aber Bauern sind konservativ. Die ändern sich langsam. Aber diese Situation zeigt uns, dass wir nicht so viel Zeit mehr haben, um uns langsam zu ändern, und dass Bauern in ihren Verbänden auch selber darüber nachdenken müssen, wie es anders oder wie es besser geht, weniger abhängig von Ländern wie Russland zum Beispiel.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Absolut. Vielen Dank. – Ich gehe jetzt mal weiter, Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Auch herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich glaube, man merkt auch so an der Ruhe hier in der Runde, wie sehr uns das alle hier betrifft und wie sehr uns das alle mitnimmt.

Herr Huizinga, meine Frage würde in eine andere Richtung gehen. Wir haben jetzt ja schon viel über die Situation Getreidemarkt gesprochen. Meine Sorge ist auch von Anfang an gewesen, dass der Brotweizen uns ausgeht. Wie geht das da weiter? Was passiert, vielleicht jetzt nicht in diesem Frühjahr, aber spätestens nächstes Jahr im Herbst? Dann kommt natürlich die große Lage in den afrikanischen Staaten dazu, die Sie beschrieben haben.

Ich habe aber trotzdem eine andere Frage, weil Sie ja die Situation vor Ort ganz anders einschätzen können. Sie sprachen vorhin davon, Sie haben selber auch einen Milchviehbetrieb, eine große Anzahl von Milchvieh. Wie läuft das im Moment, wie läuft die Arbeit? Milch ist ein hoch verderbliches Gut. Was ist mit den Molkereien? Können die im Moment überhaupt noch etwas machen?

Ein Schwein kann man sicherlich zwei Wochen länger mästen, aber man kann keine Kuh zwei Wochen nicht melken. Deshalb die Frage: Wie ist da die Situation? Können Sie uns da noch ein paar Informationen geben?

Kees Huizinga: Ja, glücklicherweise nimmt unsere Milchfabrik diese Milch noch ab. Bei meinem Kollegen im Süden, der hat keinen Zugang mehr zur Milchfabrik. Der

verarbeitet es teilweise auf dem Hof auf jede Art und Weise und verteilt es unter den Leuten in die Dörfer. Er versucht, das teilweise zu Fuß in die Stadt reinzubekommen, weil es mit dem Lkw oder mit dem Auto nicht geht.

Es ist kaum vorstellbar, 2022, dass man von Hand noch Milch verarbeiten muss und das zu Fuß in die Stadt reintragen muss, um den Leuten dort zu essen oder zu trinken zu geben. Die versuchen auch, so gut es geht, die Kühe weiter zu melken, um die Leute mit Essen zu versorgen.

Im Norden der Ukraine, den die Russen auch zum Teil besetzt haben, ist die Situation ähnlich. Wir geben unsere Milch teilweise umsonst an die Milchfabrik. Die Milchfabrik verarbeitet das umsonst und gibt es umsonst wieder weiter an die Armee und in die Städte, wo die Not am größten ist. Es ist nicht immer möglich, das auch tatsächlich dahin zu kriegen. Aber sie versuchen es jedenfalls.

Ich würde sagen, alle Bauern der Ukraine und alle Leute in der Ukraine versuchen, die Armee und die Leute in den Städten mit Essen zu versorgen. Da werden Schweine von Hand geschlachtet und von Hand verarbeitet, weil die Schlachtereien nicht mehr arbeiten. Das Fleisch wird in die Städte transportiert. Das machen die alle umsonst. Wir geben die Schweine umsonst weg, Weizen geben wir umsonst weg, Zucker geben wir umsonst weg. Und das machen alle Bauern der Ukraine. So versuchen wir, die Leute nicht vor Hunger sterben zu lassen. Aber das ist mittelalterlich. Es ist Wahnsinn, dass es jetzt so passieren muss.

Deswegen, die einzige Weise, dass es jetzt aufhört, ist, dass Putin so viel Druck aus dem Westen kommt – wie auch immer, das ist Ihre Entscheidung, dafür sind Sie gewählt, um da auch diese sehr verantwortlichen Entscheidung zu treffen und das sehr schnell zu machen. Denn jetzt geht es noch, aber wenn da weiter bombardiert wird, weiß ich nicht, wie es weiter geht. Dann müssen wir vielleicht auch entweder die Milch wegkippen oder, so viel es geht, an die Leute der Umgebung abgeben. Aber wenn es so weitergeht, wird es nicht leichter.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt gehe ich weiter. Markus Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch von meiner Seite vielen herzlichen Dank, dass Sie da sind, dass Sie uns schildern, was Sie erleben, was wir ja nur von Weitem sehen und mitbekommen. Aber zumindest von Weitem stellt sich auch die Frage: Selbst wenn wir es jetzt schaffen, dort zum Beispiel Diesel in großen Mengen zur Verfügung zu stellen oder anderes: Reicht das? Sind die anderen Hindernisse nicht auch genau so groß? Würde man überhaupt die Leute in Ruhe arbeiten lassen? Haben Sie da eine Einschätzung? Hat die russische Armee ein Interesse an einer Zerstörung von Ernte und Infrastruktur und auch Ernährungssicherheit der Bevölkerung dort, oder schätzen Sie das anders ein?

Klar, Diesel braucht man gerade primär für etwas anderes, aber das könnte man im Zweifel akzeptieren. Aber kann man überhaupt dann sonst in Ruhe arbeiten und ackern? Über Monate müsste diese Ruhe gewährleistet sein, damit man auch eine

Ernte einfahren kann. Wie sehen Sie das? Braucht es nicht auch andere Unterstützung oder Sicherheiten, um überhaupt damit beginnen zu können?

Kees Huizinga: Diesel ist natürlich nur ein Glied in der Kette. Es sind viele Sachen, die da fehlen, Saatgut zum Beispiel auch. Es sind auch viele Männer in die Armee gegangen, Arbeitskräfte sind ein Problem. Und es ist alles so miteinander verflochten.

Wir haben schon eine Lücke von zwei Wochen in dieser Lieferkette. Das wird ohnehin schon sehr schwierig und ist eigentlich schon unmöglich, das wiedergutzumachen. Best Case Scenario ist schon, dass die Erträge viel niedriger werden als im Vorgängerjahr. Das ist schon das Best Case Scenario. Worst Case ist, dass nichts rauskommt.

Wenn wir es schaffen zu säen, und wenn wir es schaffen zu ernten, dann ist auch noch die Frage: Sind die Häfen am Schwarzmeer noch nicht kaputtgeschossen? Denn wenn die kaputt sind, dann kriegen wir es nicht raus. Ich meine, dann können wir es mit dem Zug in den Westen bringen. Aber ein Zug nimmt 3.000 t mit, und ein Schiff nimmt 60.000 t mit. Ukraine hat Breitspur, Westeuropa hat Schmalspur. Dann muss das irgendwo in Polen auch noch einmal alles verladen werden. Da gibt es überhaupt diese Kapazität nicht.

Die Ukraine hat in den letzten 20 Jahren die Produktion verdreifacht, fast vervierfacht. Die Umschlagkapazitäten in den Häfen sind auch mitgewachsen. Diese Mengen über Polen mit dem Zug oder mit Lkws wegzutransportieren, das ist logistisch unmöglich. Die ganze Kette hängt da zusammen, und sie ist sehr verletzlich. Wenn ein Teil kaputtgemacht wird, haben wir ein Riesenproblem.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Rüße, bitte sehr, und dann Herr Schneider!

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich habe auch nicht so viel. Wir haben ja ein bisschen schon vorher gesprochen, aber ich möchte mich noch mal ausdrücklich bedanken. Ich glaube, es ist gut, dass wir diesen Fokus alle ein Stück weit mal von der Energie auch auf die Lebensmittel verlegen, und genau das, was du gesagt hast: Man braucht etwas zu essen. Das ist die Grundlage allen Lebens.

Was mich aber noch mal interessieren würde, wäre ein Einblick in die ukrainische Bevölkerung. Wie ist der Zustand der Gesellschaft, die Moral, sozusagen, auch Widerstand zu leisten gegen Russland? Ich finde, damit dürfen wir uns auch kurz beschäftigen. Es würde mich einfach interessieren als Einblick.

Dann klang eben an die Frage: Wie muss Landwirtschaft sich weiterentwickeln? Was muss da geschehen? Vielleicht kannst du das auch ein bisschen ausführen, wie wir die Abhängigkeit von Öl ... Sollen wir selbst Düngemittel wieder herstellen? Welche Wege sollen wir da perspektivisch gehen?

Kees Huizinga: Die Bevölkerung ist sehr motiviert. Es ist natürlich schade, dass sie so auf diese Weise motiviert sind. Aber sie ist sehr entschlossen, die Russen aus dem Land rauszujagen.

Russland oder Putin wollte mit seiner Riesenarmee mal zeigen, wie groß und stark er ist, aber der kämpft schon zwei Wochen in der Ukraine und hat es noch nicht geschafft. Der Bluff von Putin, da haben wir im Westen ein bisschen Angst davor. Aber wir sollten nicht so viel Angst davor haben, denn es ist tatsächlich nur viel Bluff. Davon sollten wir aus dem Westen nicht verängstigt werden.

Aber die ukrainische Bevölkerung kämpft weiter. Da sind Frauen und Kinder getötet worden mit Raketen, aus der Ferne, ganz cowardly (feige). Wenn man es mit Soldaten nicht schafft, dann aus der Distanz Kinder und Frauen totschießen – das kann man doch nicht verstehen. Und das hat die Ukrainer so aufgeregt, die geben es nicht mehr auf. Die kämpfen weiter.

Deswegen muss es auch jetzt aufhören, denn sonst wird es ein Partisanenkrieg, wie wir das in Afghanistan erlebt haben. Und das ist für die Ernährung der Welt eine Riesenkatastrophe.

Wie es weitergehen muss mit der Landwirtschaft, als Beispiel: Die Energie, die man für 1.000 ha Ackerbau braucht, kann man mit 1 ha Photovoltaikanlage generieren, mit Umsetzung durch Wasserstoff. In diese technologische Entwicklung muss sehr viel Geld investiert werden, damit wir als Landwirtschaft unabhängig werden von fossilen Brennstoffen. Wenn man weiter denkt, wenn die Technologie sich weiterentwickelt, könnte man vielleicht auch Stickstoff machen mit dieser Energie. Aber regenerative Landwirtschaft mit Zwischenfrüchten, mit Leguminosen, wo man Stickstoff aus der Luft in den Boden bindet, wo dann nachher Weizen wachsen kann, das sind alles Sachen, in die wir viel mehr Zeit und Geld reinstecken müssen, um das zu untersuchen, damit wir nicht mehr so abhängig sind von russischen oder weißrussischen Düngemitteln.

Das ist natürlich eine langfristige Diskussion, die man aber jetzt mit Eile auch führen und durchsetzen muss.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Absolut. – Herr Schneider bitte.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Huizinga, auch von Seiten der SPD, der Partij van de Arbeid, vielen herzlichen Dank für die sehr eindrücklichen Worte. Man sitzt ja hier, und ich schaue ja auch in die Gesichter, und man merkt ein Stück weit auch die Machtlosigkeit, weil es hier leider keinen Schalter gibt in Nordrhein-Westfalen zu sagen: Wir machen dem ein Ende. Letzten Endes, und ich glaube, das ist sehr deutlich geworden bei dem, was Sie geschildert haben – es war mir zumindest nicht so klar –, scheint es auch Teil der Strategie von Putin zu sein, den Hunger in Nordafrika auszulösen, um damit eine zweite Flanke aufzumachen auf die europäischen Staaten, dass da ein neuer Exodus auch ausgelöst wird.

Das muss betroffen machen, und da fragt man sich natürlich als Politiker, der für Nordrhein-Westfalen mit Verantwortung trägt, was man tun kann – sicherlich nicht auf militärischem Wege. Dafür haben wir hier nicht die Entscheidungskompetenzen. Wir können natürlich mit Kolleginnen und Kollegen sprechen in anderen Parlamenten, aber ich beginne, mich zu fragen, inwieweit wir zumindest in Nordrhein-Westfalen schon jetzt, hoffentlich nur als B-Plan, nicht als A-Plan, eine Form von Kompensation

schaffen können, eine Lebensmittelproduktion schaffen können, die hier noch mal aufdreht, Möglichkeiten schaffen, zu sagen, mit Landwirtinnen und Landwirten, die sich vielleicht sowieso daran anpassen und ihr Geschäftsmodell ein Stück weit umändern werden, weil sie merken, da ist dieser Bedarf da an Weizen beispielsweise. Also das noch mal anzuregen und zumindest den Hunger in der Welt und das, was unter Umständen, wenn alle Stricke reißen, dann fehlt, zu kompensieren durch eine hiesige Produktion, inwieweit man das anregen kann, inwieweit man da – ich will gar nicht von Notstand reden – auch gesetzlich vorgeben kann, dafür fehlt mir im Moment die Phantasie, aber es wäre ein Gedanke.

Die Frage geht auch an Sie: Was kann man tun, um den Panzer, von dem Sie gerade gesprochen haben, der zwischen Ihnen, zwischen den Kolleginnen und Kollegen Landwirten und dem Feld, dem Acker stehen, da wegzubekommen?

Den können wir hier nicht wegdiskutieren, wie Sie sagen, da können wir hier einen Kaffee trinken, aber es bringt uns nicht weiter. Wie bekommen wir den Panzer von der Straße? Ich sehe im Moment nicht, dass wir das von hier aus schaffen, außer natürlich mit den entsprechenden Hinweisen an höhere Stellen. Aber die NATO wird sich da nicht einschalten innerhalb der Ukraine, dafür fehlt mir die Phantasie. Und alles andere, wie gesagt, scheint Strategie von Vladimir Putin zu sein, es genau so zu machen, wie es gerade passiert. Und das macht, da komme ich noch mal zu Beginn, in mir ein großes Gefühl der Machtlosigkeit.

Kees Huizinga: Wir sollten uns nicht machtlos aufstellen. Putin blufft, und wir müssen da voll rübergehen mit unseren ... nicht nur Bluffs, ich denke, dass wir besser sind. Und ich meine, es sind mehr Leute aus Russland, die in Europa und Amerika wohnen, als umgekehrt. Ich denke, dass wir da an der richtigen Seite sind. Und wenn wir alle sagen, „wir können nichts machen“, dann passiert auch nichts.

Deswegen versuche ich auch mit so vielen Leuten zu reden wie möglich, um die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass wir etwas machen müssen. Es ist nicht die Frage „wir machen nichts, wir warten mal ab“. Wir müssen etwas machen, jetzt in den nächsten Tagen. Und da brauchen wir Ihren Druck, da brauchen wir den Druck vom Landwirtschaftsministerium von Holland, da brauchen wir den Druck von Frans Timmermans, da brauchen wir den Druck von allen Bauern in der Welt, die das auch fühlen, dass da eine Krisenkrise entsteht, damit die Politik in der Lage ist, diese schwierige Entscheidung zu treffen.

Aber wenn wir alle einen Kaffee trinken und sagen, „hm, ja, nein, was können wir machen?“, dann passiert nichts. Und dann ist es zu spät. Und so schlimm ist es.

Ich habe mit Markus unterwegs darüber geredet und habe ihn gefragt: Reden wir uns selber nicht das Szenario schlimmer, als es ist? Aber ich denke nicht, und ich habe da auch mit Experten von der Rabobank und der Weltbank gesprochen. Die hörten sich auch alle, als ich die am Telefon gehabt habe, sehr nervös an. Die reden nicht von „eine Tasse Kaffee trinken und mal drüber reden“, die sind wirklich angespannt am Telefon.

Und der erste Report der Rabobank war vom Januar dieses Jahres. Im Januar hat die Rabobank schon geschrieben nicht über eine Krise, nicht über eine Megakrise, aber über eine Metakrise, im Januar. Und den Bericht habe ich erst vor ein paar Tagen bekommen. Das hat dann mein Gefühl auch bestätigt. Nichts Tun und weiter – Entschuldigung – Quatschen ist keine Lösung.

Und jetzt in Deutschland oder Holland oder Frankreich ein bisschen mehr Weizen zu säen, löst das Problem nicht. Ich meine, wenn wir da Flächen wegnehmen von Kartoffeln oder von Zwiebeln oder von etwas anderem, dann kriegen wir dort ein Loch. Und ich meine, wenn wir Weizen von hier in die Ukraine bringen, dann haben wir das Loch gefüllt, aber dann haben wir hier ein Loch geschaffen. Und das ist dann auch nicht in einem Jahr wieder gelöst. Das dauert Jahre.

Deswegen: Jeder sagt, Ihre Kollegen vom holländischen Landwirtschaftsministerium sagen das auch, „wir können nichts machen“. Aber da muss irgendwie einer aufstehen, der uns darin leitet und der uns forciert, Entscheidungen zu treffen. Man braucht dafür vielleicht auch ein bisschen Kreativität und Phantasie und viel mehr, aber da muss etwas passieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Dann würde ich da direkt die Anschlussfrage stellen. Wir müssen, ich denke, in der jetzigen Situation nicht mehr drüber nachdenken, was wir in den letzten Jahren mit der Unproduktivität der Landwirtschaft gemacht haben oder mit dem Weg in eine Unproduktivität. Das ist jetzt heute der völlig falsche Zeitpunkt, darüber zu diskutieren.

Sie haben davon gesprochen: Wir müssen jetzt Druck machen, wir müssen jetzt Druck ausüben. Wie konkret könnten Sie sich das vorstellen? Was könnte Politik im weitesten Sinne tun?

Kees Huizinga: Ich meine, Putin droht mit dem roten Knopf. Aber er hat auch gesagt, die Zerstörung der Sowjetunion ist die größte geopolitische Katastrophe der Geschichte. Und er hat gesagt, er will die ehemalige Sowjetunion zurück. Ich meine, wenn wir jetzt sagen, „ja, roter Knopf, okay, bitte nimm die Ukraine“... Der nächste Schritt wird Moldawien, und der nächste Schritt wird das Baltikum. Und dann wird er vielleicht noch sagen: „Ach, Polen? War damals auch im Warschauer Pakt. Ostdeutschland? Auch mal Warschauer Pakt. Ich habe hier den roten Knopf.“

Meiner Meinung nach muss man sofort eingreifen. Und das haben wir auch schon viel zu lange nicht gemacht, sofort eingreifen, am besten mit einer kreativen Lösung, bei der man keine militärische Kraft braucht. Aber ich meine, wenn das nicht geht, dann muss man dafür auch bereit sein, das tatsächlich irgendwie zu tun.

Wie und was, das sollen die Leute in der Armee und in der Politik entscheiden. Aber die müssen diese Entscheidung treffen. Denn sonst wird es nur schlimmer.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde da gerne noch mal anschließen. Man kann ja die Frage der Entwicklung der Landwirtschaft immer sehr unterschiedlich diskutieren. Ich würde immer dafür plädieren: Sie muss resilienter werden wie so vieles. Das ist auch ein Ergebnis von Globalisierung, von Warenströmen. Wenn die dann zusammenbrechen wie der Energiestrom, dann funktioniert auch Landwirtschaft auf einmal nicht mehr. Deshalb muss man sich gut überlegen, wie man das perspektivisch macht, ob man nicht eine bestimmte Ernährungssicherheit auch im eigenen Land braucht.

Aber ich würde an die Frage von Frau Winkelmann anknüpfen wollen. Der Wirtschaftsminister, Bundeswirtschaftsminister, gehört meiner Partei an und sagt sehr deutlich: Wenn wir das Gas und Öl nicht mehr nehmen aus Russland, haben wir hier ein Problem mit dem sozialen Frieden. Frau Agnes Strack-Zimmermann, das ist die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Mitglied der FDP, fordert dagegen genau das, dass man sofort auch Putin zuvorkommen soll und Öl und Gas boykottieren soll und nicht mehr abnehmen soll aus Russland.

Wäre das so ein Schritt? Denn es ist, glaube ich, eben zu Recht gesagt worden: Kein westliches Land hat Interesse, sich in so einen Konflikt direkt zu begeben. Aber wäre das ein Schritt, den Sie erwarten würden?

Kees Huizinga: Ich bin auch nur ein einfacher Bauer. Das weiß ich nicht. Ich meine, wenn ich meinen Bauerverstand gebrauche, würde ich sagen, Deutschland, schaltet bitte diese Atomkraftwerke wieder an. Im Norden Hollands, Groningen, wo die Erdbeben sind vom Gasauspumpen, da hat es schon Umfragen gegeben, wonach mehr als 60 % der Leute gesagt haben, dass in solchen Notfällen mehr Gas aus der Erde gepumpt werden darf.

Das sind Schritte, die ich mit meinem Bauernverstand erfassen kann. Aber wie das weitergeht, das weiß ich nicht. Aber dass man daran arbeiten muss, ist sehr klar.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Absolut. – Ich schaue jetzt mal in die Runde, ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Wir danken Ihnen wirklich sehr. Sie haben gesagt, unsere Herzen sollen fühlen. Das haben Sie geschafft. Vielen, vielen Dank. Ich glaube, Sie können hier sehen in unseren Gesichtern, dass wir noch ein viel größeres Verständnis bekommen haben, auch von der Gesamtdimension, die man vielleicht in manchen Teilen so noch nicht gesehen hat. Ich glaube auch, Ihr Appell, auch kreative Lösungen jetzt zu finden, die vielleicht nicht sofort auf der Hand liegen, ist unser aller Auftrag, den wir auch hier noch mal mitnehmen.

Ich denke, wir Landwirte – und hier sind ja einige Landwirte im Raum – werden jetzt noch anders zusammenhalten als früher. In dem Sinne: vielen Dank. Wenn Sie noch weiter dabei sein wollen, sind Sie herzlich eingeladen, einfach noch weiter hier dabei zu sein. Sonst wünsche ich Ihnen einen guten Heimweg. Wir danken Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte mich noch mal bei Herrn Rüße bedanken, im Namen des Ausschusses, für diese gute Initiative. Ich glaube, das hat noch mal einen ganz anderen Einblick gegeben.

3 Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16256

Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/16699

(Überweisung des Antrages am 26. Januar 2022)

René Schneider (SPD) führt aus, das Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechtes sei relativ spät eingebracht worden. Seine Fraktion habe gesagt, das schiebe man durch, da sei man dabei. Bis gestern Mittag hätte seine Fraktion auch gesagt, dem könne man auch so zustimmen, tue man eigentlich im Kern immer noch. Seine Fraktion habe aber extreme Bauchschmerzen bei dem Änderungsantrag, der am Vorabend erst zugegangen sei. Der Änderungsantrag sei leider nicht Gegenstand des Obleutegespräches gewesen. Die Herleitung hätten er und Frau Winkelmann schon geklärt.

Selbst wenn man gestern um 16:00 Uhr noch darüber gesprochen hätte, blieben bei ihm sehr viele Fragezeichen. Er frage, wo das jetzt herkomme, ob es wirklich so eilbedürftig sei. Der richtige Weg sei es sowieso nicht. Wenn man fünf Jahre in der Regierung sei und man wisse, dass die Praxis Ende 2021 ausgelaufen sei, dann müsse man das nicht einen Tag vor der Ausschusssitzung so einbringen.

Des Weiteren gehe es hier um weitere Gesetze. Da sei es aus Sicht seiner Fraktion zwingend erforderlich, eine Anhörung durchzuführen. Wenn er diese jetzt beantrage, tue er das auch in dem Wissen, dass das zeitlich nicht mehr funktioniere. Im anderen Fall würde man sich ein Stück weit verleugnen. Nach den Schilderungen, die er gerade gehört habe, sei so etwas angeblich bedeutungslos. Wenn man in die Wirklichkeit zurückkomme, dann sei das dann doch nicht. Es lohne sich der Blick darauf. Es werde z. B. nicht erklärt, warum der Verwaltungsrat notwendig sei. Dazu gebe es in der Begründung nichts, auch dazu, wie er ausgestaltet sein solle. Kurzum, die Welt gehe nicht unter, wenn man das in aller Ruhe in der kommenden Wahlperiode berate.

Seine Fraktion sei dabei, wenn es um die Drucksache 17/16256 gehe. Dem Änderungsantrag könne seine Fraktion nicht zustimmen. Auch wenn es mit den Fristen nicht mehr klappen werde – es gebe vier Wochen Ladungsfrist –, bitte er, eine Anhörung anzuberaumen.

Bianca Winkelmann (CDU) merkt an, in der Obleuterunde sei darüber gesprochen worden. Ihre Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass es wichtig sei, dass die Änderungen im Landesforstgesetz zügig durchgezogen würden. Es gebe Menschen, die Förderungsanträge stellen würden. Das dürfe man nicht gefährden, man könne die Waldbauern da doch nicht hängen lassen. Das sei das, was jetzt noch umgesetzt

werden könne. Sie wolle im Detail nicht mehr darauf eingehen. Herr Schneider habe gesagt, er habe ein Problem damit.

Sie mache einen Vorschlag, wie man es vielleicht auch mit einer Anhörung über die Bühne bekommen könnte. Sie schlage vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, ein Sachverständiger pro Fraktion. Dann könnte die Auswertung und abschließende Beratung in einer zusätzlichen Sitzung in der 13. Kalenderwoche erfolgen. Die Frist für die Stellungnahme wäre der 25. März, dann könne man in einer Sondersitzung darüber beraten. Dann könne man es auch in der zweiten Lesung im April-Plenum über die Bühne bekommen. Dann habe die SPD genügend Zeit, über das Thema nachzudenken, zu beraten. Man hätte eine schriftliche Anhörung und hätte Experten, die ihre Stellungnahme dazu auch abgäben. Trotzdem würde man es noch vor Ende der Legislaturperiode verabschieden.

René Schneider (SPD) erwidert, Frau Winkelmann tue so, als ob keine Anträge gestellt werden könnten. Er frage, ob ohne diesen Änderungsantrag eine Antragstellung nicht mehr möglich sei.

AL'in Claudia Bönnighausen (MULNV) antwortet, eine Antragstellung sei möglich. Sie unterliege aber einer gewissen Rechtsunsicherheit, weil im Moment das Entgeltverzeichnis, aufgrund dessen direkte Förderung erteilt werde, nicht im Landesforstgesetz stehe. Da stehe die Entgeltordnung, die vorher subventionierte indirekte Förderung bemessen habe. Das sei ein Instrument der Rechtssicherheit für die Antragstellung. Jeder Antragsteller wolle sicher sein, dass er hinterher nicht irgendetwas zurückzahlen müsse. Deswegen sei es notwendig. Es ändere nichts an der Umstellung von der indirekten auf die direkte Förderung. Der Prozess sei häufiger in Berichten im Ausschuss vorgetragen worden. Insofern sei das nichts Inhaltliches, sondern eine Rechtssicherheit, damit die Anpassung im Landesforstrecht stimme.

René Schneider (SPD) fragt nach, ob alle Bescheide, die im Moment erteilt würden, rechtsunsicher seien.

AL'in Claudia Bönnighausen (MUNLV) entgegnet, es gebe ja Kläger und Beklagte. Jemand müsse sich darüber aufregen. Es gebe eine gewisse Rechtsunsicherheit, sie könne nicht sagen, bis zu welchem Grad diese Rechtsunsicherheit gehe. Es sei ein Entgeltverzeichnis. Im Gesetz stehe eine Entgeltverordnung, die auch anders sei. Ihr liege daran, dass alles ordentlich sei und passe.

Stephan Haupt (FDP) hält fest, es gehe nicht darum, dass Schwarz-Gelb irgendetwas noch vor Ende der Legislatur durchdrücken wolle. Man wolle damit denjenigen, die einen Förderantrag stellten, einfach Rechtssicherheit einräumen. Es sei eine relativ formale Sache. Die sei sehr unpolitisch und diene demjenigen, der einen Förderantrag stelle. Wenn man etwas hätte verheimlichen wollen, was da unterstellt werde, dann hätte man das isoliert eingebracht. Dann wären das Forstgesetz und die Änderungen erst gar nicht beraten worden. Alleine an diesem Verfahren sehe man – im Moment

werde hinter jedem Busch ein Indianer vermutet, da sitze kein Indianer –, alle wollten dasselbe, es gehe um Rechtssicherheit.

Frau Winkelmann habe einen guten Weg gezeigt, wodurch man Zeit habe, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Der Ausschuss könne auch noch eine schriftliche Anhörung einschieben, um auch Experten anzuhören – und das bei einer so formalen Sache, die letztendlich nur demjenigen diene, der einen Antrag stelle, nämlich den Forstleuten. Nun gehe man auf die Wahl zu. Nichtsdestotrotz gehe es letztlich um die Bürgerinnen und Bürger.

Norwich Rüße (GRÜNE) legt dar, es sei spannend, in den letzten Sitzungen sei es immer wieder sein Standardatz gewesen, zu sagen, wenn Rot-Grün das gemacht hätte, dann wäre Herr Deppe um die Ecke gekommen und hätte richtig die Meinung gezeigt.

Wenn der Vorschlag von Frau Winkelmann so sei, dass man in der Tat noch einmal Zeit habe, sich das anzugucken, dann könne man das machen. Handwerklich stümperhaft finde er es schon. Natürlich sei es jetzt dem Wahltermin geschuldet, dass man jetzt noch einmal versuche, die Dinge abzuarbeiten – geschenkt. Wenn es anderen einmal genauso gehe, dann sei er gespannt, wie sich CDU und FDP dann verhielten.

René Schneider (SPD) betont, es gehe gar nicht darum, dass er irgendwelche Indianer suche. Er meine, der Gesetzentwurf sei schlampig gemacht. Man sei seit drei Jahren dran. Dann falle im allerletzten Moment auf, da müsste man noch etwas regeln. Er habe immer noch nicht herausgehört, ob es jetzt rechtlich eindeutig sei oder nicht. Man könne jetzt nicht einfach sagen, wenn kein Kläger, dann kein Richter. Aber demnächst, wenn man es nicht regele, dann könne ja jemand kommen.

Er stelle fest, im Moment sei es kibbelig. Das werde versucht zu kitten. Das hätte schon vor einigen Monaten gekittet werden können mit einem ordentlichen Verfahren. Jetzt sei es aufgefallen. Damit es schnell gehe, sei es den Koalitionsfraktionen rübergeschoben worden. Die hätten den Änderungsantrag eingebracht, man mache es über Nacht. Wenn man diese Klärung herbeigeführt habe, dann sollte man darauf pfeifen. Gerade die Oppositionsfraktionen hätten eine Allergie vor solchen Vorgehensweisen. Das sei nicht schön. Seine Fraktion enthalte sich bei der Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/16699 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Runderneuerte Reifen – NRWs Beitrag zur Kreislaufwirtschaft stärken!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10627

(Überweisung des Antrags am 26.08.2021)

Norwich Rüße (GRÜNE) legt dar, dieser Antrag sei aktueller denn je. Er glaube, dass man in den letzten 14 Tagen noch einmal schmerzhaft habe wahrnehmen dürfen, was Ressourcenknappheit bedeute, und dass sich alle anstrengen müssten, Ressourcen wie Energie, Kautschuk zu schonen. Da könnten runderneuerte Reifen einen Beitrag leisten.

Ihn ärgere persönlich, dass man seit 147 Jahren auf die UBA-Studie zu diesem Thema warte. Man habe gesagt, man schiebe den Antrag so lange, bis endlich der Bericht komme. Aber das scheine eher der Sankt-Nimmerleins-Tag zu sein. Vielleicht wisse das Ministerium mehr. Nach wie vor halte er ein Pilotprojekt für richtig. Das Land Nordrhein-Westfalen, die Landesverwaltung sollte auch Vorreiter sein. Er bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

Carsten Löcker (SPD) hält fest, runderneuerte Reifen lieferten sicherlich einen Beitrag zur Ressourcenschonung. Das habe auch mit Blick auf die Debatte eben heute eine andere Bedeutung. Wenn das Gutachten vorliegen würde, müssten auch die CDU und die FDP mitmachen. Denn dann hätte man nämlich einen klaren Blick darauf, was man in Zukunft noch besser machen könne. Er sage nicht, dass man das einfach ersatzlos ersetzen könne oder mit Blick auf gute Konzepte lösen könne. Die Wahrheit sei, dass neben diesem ressourcenschonenden Einsatz durch Runderneuerung, insbesondere das Problem des Mikroplastiks, noch nicht gelöst sei. Das müsse man auch sehen. Das müsse man heute nicht problematisieren. Klar sei das, das, was bevorstehe mit Blick auf die Gewässer, die man in Ordnung halten müsse mit einer vierten Reinigungsstufe, sei auch keine Kleinigkeit. Das dürfe man nicht vergessen.

Er wolle keine Kritik üben an dem Einsatz der Reifen und dem, was es heute schon in diesem Zusammenhang gebe. Es gebe ja runderneuerte Reifen. Hier gehe es darum, noch besser zu werden, es noch intelligenter zu machen. Da könne niemand gegen sein. Seine Fraktion werde sich an der Stelle der Stimme enthalten. Leider sehe er auch, dass das Gutachten eine gute Gelegenheit gewesen wäre, längerfristig zu diskutieren und dabei auch die Fragen rund um die Mikroplastikeinbringung in die Gewässer zu thematisieren. Heute mache man es kurz. In diesem Sinne werde sich seine Fraktion enthalten und wolle damit signalisieren, dass das Thema damit nicht weg sei.

Dr. Christian Blex (AfD) macht darauf aufmerksam, heute gebe es schon runderneuerte Reifen, die jeder kaufen könne, wenn er wolle. Dann fahre er halt nicht mehr so schnell, dann sei alles okay. Er fahre dann etwas langsamer. Bei Lkws sei das überhaupt kein Problem, die könnten eh nicht so schnell fahren.

Der Kautschuk müsse auch bei runderneuerten Reifen erneuert werden, der hauptsächlich abgefahrene Kautschuk. Das heiße, die Ersparnis – das sei die Realität – sei sehr mig. Der restliche Reifen sei gut zu recyceln. Da sei auch Stahl drin, Metall. Das sei nicht die Problematik bei der Recyclinggeschichte. Wenn man aber die Polizei mit Reifen ausstatten wolle, die vielleicht eine schnellere Fahrt des Polizeiwagens zwangsweise verhinderten, dann finde er das schon absurd. Deshalb lehne seine Fraktion diesen Antrag ab. Privat könne man sich die Reifen gerne kaufen, für einen Trecker vielleicht auch. Jetzt einen Zwangsantrag bei einer solchen Sache daraus zu machen, dazu sage er Nein.

Thorsten Schick (CDU) meint, die Beiträge seien etwas breiter als das, was Dr. Blex hier eingeworfen habe. Natürlich müsse man vor dem Hintergrund der Ressourcenknappheit fortlaufend evaluieren und Potenziale heben. Allerdings gehörten Sicherheit und andere Themen genauso mit in die Überlegung hinein. Von daher müsse man das fairerweise mitdenken. Vor dem Hintergrund greife der Antrag leider etwas kurz. Seine Fraktion lehne ihn ab.

Stephan Haupt (FDP) merkt an, das Tempolimit komme schon automatisch mit den hohen Spritpreisen. Das sehe man jeden Tag auf der Autobahn. Niemand fahre mehr schneller als 120 km/h die Stunde. Herr Lücke habe auf den Abrieb hingewiesen, den man in Betracht ziehen müsse. Man müsse die Gewässer schonen. Das sei bei runderneuerten Reifen nicht anders als bei den anderen Reifen. Er verstehe auch nicht die Forderung nach Einrichtung eines Pilotprojekts zum Einsatz von runderneuerten Reifen und zur Beschaffung. Wenn die Kommunen welche anschaffen wollten, dann würden sie sie anschaffen. Er wisse nicht, warum man da ein Pilotprojekt brauche. Das Pilotprojekt zur Anschaffung und zum Einsatz von runderneuerten Reifen bringe da nicht weiter.

Das einzig sinnvolle an diesem Antrag sei Punkt 3. Er sehe das als Lösungsansatz an. Das sei die Problematik, dass es das EU-Label für runderneuerte Reifen nicht gebe. Wenn es dieses Label geben würde, dann hätte man eine Vergleichbarkeit, dann hätte man eine Vergleichbarkeit des von Herrn Lücke angesprochenen Abriebes. Dann hätte man eine Vergleichbarkeit der Langlebigkeit. Das sei das, was der Verbraucher brauche. Dem könnte er sich anschließen. Aber die anderen zwei Punkte brächten da nicht weiter.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/10627 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

5 **Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

Ausschussprotokoll 17/1685 (Anhörung vom 12.01.2022)

(Überweisung des Antrages an den Wirtschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 07.10.2021)

René Schneider (SPD) legt dar, mittlerweile sei jedem klargeworden, dass vor dem Hintergrund von Klimaschutz und einer Umwelt, die man erhalten wolle, eine Zirkularität der Wirtschaft dringend geboten sei. Das seien auch die Ergebnisse gewesen, die er aus der Anhörung mitgenommen habe. Er könne nur um Zustimmung für diesen Antrag werben.

Norwich Rüße (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, weil er in die richtige Richtung gehe, er deutet an, dass man Dinge wie Reifen, von denen nur 80 % verbraucht seien, wieder dem Kreislauf zuführen müsse, indem man sie runderneuere. Dass man das nicht tue und nicht einmal beschließe, zeige, wie entwicklungsbedürftig die ganze Angelegenheit sei. Seine Fraktion finde den Antrag richtig und stimme ihm zu.

Bianca Winkelmann (CDU) erwidert, wer auf zirkuläre Wertschöpfung und Kreislaufwirtschaft Wert lege, hätte dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zustimmen sollen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sei verabschiedet worden. Das packe genau die Themen an, die in dem Antrag enthalten seien. Die Carbon Management Strategie des Wirtschaftsministers sei schon verabschiedet worden. Ihre Fraktion habe in dem Antrag der SPD keine neuen Impulse entdecken können und lehne ihn deshalb ab.

Dr. Christian Blex (AfD) meint, es gehe nicht darum, ob es sinnvoll sei. Der Antrag sei voller Buzzwords, er enthalte politische Schlagwörter ohne Ziel und Plan und vor allem ohne Preisschild. Man merke an der Politik der SPD öfter, dass es vollkommen egal sei – koste es, was es wolle, für die vermeintlich gute Sache. Das trage seine Fraktion nicht mit.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/15255 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 **Bekämpfung von Umweltkriminalität in NRW endlich stärken – Schwerpunktstaatsanwaltschaft und Koordinierungsstelle für NRW einrichten**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14258

Ausschussprotokoll 17/1703 (Anhörung vom 19.01.2022)

(Überweisung des Antrages am 30.06.2021)

Norwich Rüße (GRÜNE) führt aus, die Frage der Umweltkriminalität habe den Ausschuss in dieser Legislatur häufiger beschäftigt. Das Gutachten, das das Ministerium zur Auflösung der Stabsstelle erstellt habe, habe auch gezeigt, welche Bedeutung die Stabsstelle für diesen Bereich gehabt habe. Er sei auch Mitglied im entsprechenden Untersuchungsausschuss. Auch da sehe er sich bestätigt, dass das eine richtige Einrichtung gewesen sei.

Das Land NRW sollte einen Schritt weitergehen und tatsächlich eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für diesen Bereich der Kriminalität einrichten. Es zeige sich immer wieder, dass das ein großes Feld von Kriminalität sei. Der Staat sei aus Sicht seiner Fraktion nicht hinreichend handlungsfähig. Die Kriminalität im Bereich Umwelt verlange Expertenwissen in hohem Maße. Je stärker man sich auf etwas spezialisieren könne – das gelte für alle Berufsfelder –, umso besser werde man auch. Seine Fraktion sei eindeutig dafür, diesen Weg zu gehen. Wenn es nicht jetzt passiere – der Antrag werde wahrscheinlich abgelehnt –, so glaube er doch fest daran, dass das der richtige Weg sei, den man gehen müsse, um Nordrhein-Westfalen neu aufzustellen, damit genau dieser Bereich von Kriminalität endlich stärker eingedämmt werde.

Dass die Bekämpfung der Umweltkriminalität ein wichtiges Anliegen sei, stehe fest, legt **Heinrich Frieling (CDU)** dar. Die Kriminalstatistik zeige auch, dass entschlossen dagegen vorgegangen werde. Er finde es schade, dass hier immer wieder auf der alten Stabsstelle Umweltkriminalität herumgeritten werde. Anscheinend diene der Antrag nur dazu. Auf die anderen Punkte sei Herr Rüße gerade nur am Rande eingegangen. Man rede immer noch von einer 2-Personen-Veranstaltung, bei der man wie in der Schule zwei streitende Schüler irgendwann habe auseinandersetzen müssen, weil sie nicht mehr miteinander klargeworden seien, sogar schriftlich die Zusammenarbeit miteinander ausgeschlossen hätten.

Da könne man ihm nach wie vor nicht deutlich machen, wie diese Stabsstelle irgendeinen Beitrag in dem von Herrn Rüße deutlich gemachten Maße zur Bekämpfung der Umweltkriminalität geleistet haben solle. Das funktioniere auch viel besser, wenn man es fachlich anbinde. Das sei jetzt auch im Ministerium passiert. Auch die Analyse des Gutachtens teile er dementsprechend nicht. Da gehe Herr Rüße in die falsche Richtung. Die Expertenanhörung habe auch noch mal deutlich gemacht, dass der hier vorliegende Antrag nicht zielführend sei.

Es sei deutlich geworden, dass es bereits ohnehin eine gute Zusammenarbeit zwischen den Umweltbehörden, die in der Regel die Vorarbeiten leisteten, und den Staatsanwaltschaften gebe, die das entsprechend umsetzten. Auch die Zusammenarbeit mit dem LANUV sei von staatsanwaltlicher Seite als positiv beschrieben worden. Da brauche man jetzt nicht einen Vermittler, nur weil der sich dann Stabsstelle nennen dürfe, ohne Befugnisse in irgendwelchen Ermittlungsverfahren zu haben.

Der Bereich der Schwerpunktstaatsanwaltschaften sei von den Vertretern der Staatsanwaltschaften in der Anhörung unisono abgelehnt worden, weil sie gesagt hätten, dass in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen eine gewisse örtliche Nähe zu den Verfahren gegeben sein müsse, auch zu den verschiedenen Schwerpunkten, die sich herausbildeten. Auch da gehe es den Grünen wieder nur um eine Begrifflichkeit. Da gehe es nicht um eine strukturelle Verbesserung. Die Vertreter hätten deutlich gemacht: Wenn große Verfahren anstünden, sei in der Regel ohnehin die Wirtschaftskriminalität betroffen, und dafür gebe es schon Schwerpunktstaatsanwaltschaften, so dass dieser Vorschlag in Anhörungen keine Zustimmung gefunden habe.

Auch die Vorschläge zur universitären Ausbildung seien nicht gutgeheißen worden, weil jetzt schon Wahlmöglichkeiten bestünden – sowohl im universitären Teil als auch im Referendariat.

Summa summarum werde seine Fraktion den Antrag ablehnen. Ungeachtet dessen, messe seine Fraktion der Bekämpfung der Umweltkriminalität einen hohen Stand bei. Man werde weiter daran arbeiten, das kontinuierlich zu verbessern.

René Schneider (SPD) erklärt, seine Fraktion stimme dem Antrag zu, zumal das PwC-Gutachten, das nicht die Opposition in Auftrag gegeben habe, deutlich dargestellt habe, die Stabsstelle arbeite gut, mehr Personal wäre gut gewesen, mehr Koordination wäre gut gewesen. Neun Wochen vor der Wahl könne man das jetzt nicht mehr klären, das müssten andere dann machen.

Ein Hinweis noch: Die Rede im Plenum von Herrn Diekhoff zu dem Punkt habe ihn bewegt. Er habe gesagt, der Antrag wäre von der übelsten Sorte, er hätte nicht einmal Lust, ihn zu überweisen. Er finde, so sollte man nicht miteinander umgehen, auch wenn die Wahrheit schmerze.

Stephan Haupt (FDP) möchte zur Sache sprechen. Es sei immer sinnvoll, wenn man Leute aus der Praxis befrage. Das habe man in der Anhörung gemacht. Der Generalstaatsanwalt Dr. Brauer aus Rheinland-Pfalz sei angehört worden. Rheinland-Pfalz werde auch von der SPD mitregiert. Dr. Brauer habe klar gesagt, das A und O sei die örtliche Vernetzung. Er habe auch klar gesagt, dass insbesondere in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen, das so heterogen aufgestellt sei, die örtliche Vernetzung, die örtlichen Kenntnisse das A und O seien.

Die Staatsanwaltschaften seien vor Ort gut vernetzt mit den Umweltbehörden. Natürlich könne man das immer verbessern. Dr. Brauer habe gesagt, dass es in Nordrhein-Westfalen sehr gut funktioniere, auch dank dem LANUV. Wenn Herr Rüsse da eine Verbesserung haben wolle, wenn er irgendwo ansetzen wolle, dann sollte er fordern,

dass man das noch weiter ausbaue. Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die die Grünen forderten, mache genau das Gegenteil. Dadurch werde das Netz löchriger, die Verbindung werde weitläufiger, der Sache werde es eher schaden. Das habe er eindeutig dargelegt. Das sei wahrscheinlich auch der Grund, warum die Grünen zusammen mit SPD und FDP in Rheinland-Pfalz diese Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Bereich Tierwohl abgelehnt hätten – nicht weil man dagegen sei, dass verfolgt werde, sondern weil es nicht zielführend sei, weil man die örtliche Vernetzung brauche.

Man könne alles verbessern. Aber eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft würde in der Sache eher schaden als nutzen.

Dr. Christian Blex (AfD) erklärt, er könne sich Herrn Frieling und Herrn Haupt anschließen. Herr Frieling habe es schon passend gesagt: Diese seltsamen Sachen in der Stabsstelle hätten ihn als Landesbeamten schon gewundert. Dass man sich als Beamter gegenseitig öffentlich schreibe, dass man nicht miteinander arbeiten wolle, das sei schon interessant. Anscheinend sei es möglich, dass Beamte sich einfach weigerten, mit anderen Beamten zusammenzuarbeiten.

(Zurufe)

– Ein Beamter habe gesagt: Ich will nicht mit dem anderen zusammenarbeiten. Das sei schon eine interessante Sache. Das komme halt davon, wenn man ideologische Projekte durchziehe. Das Ganze sei damals ideologisch besetzt gewesen. Die Stabsstelle sei dann aus politischen Gründen aufgelöst worden, was er begrüße.

Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft sei – das sei auch in der Anhörung gesagt worden – kein Vorteil. Es wäre eine reine Politveranstaltung, das zu tun. Das bringe keinen Mehrwert. Seine Fraktion mache das nicht mit. Sie lehne es ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14258 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Wiederaufbau gestalten – den Hochwasserschutz für morgen sicherstellen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14892

Ausschussprotokoll 17/1652 (Anhörung vom 01.12.2021)

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie den Wirtschaftsausschuss am 08.09.2021; Ablehnung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill hält fest, sie beabsichtige, diesen Antrag heute abschließend zu beraten.

Norwich Rüße (GRÜNE) gibt an, in dem Antrag sei deutlich gemacht worden, was zu tun sei. Die Anhörung habe viele gute Anregungen gegeben, wie man mit zukünftigen Hochwasserereignissen umzugehen habe, insbesondere sei die Problematik der kleinen Flüsse angesprochen worden, die bei der Flutkatastrophe das Problem gewesen seien. Seine Fraktion fühle sich durch die Anhörung bestätigt. Er bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

René Schneider (SPD) erklärt, seine Fraktion stimme dem Antrag zu. In der guten Anhörung sei deutlich geworden, dass bei Hochwassersituationen per Gesetzeslage geregelt sei, wie man darauf reagieren könne. Bei Starkregen gebe es keine Gesetzeslage. Er glaube, das könnte Teil eines guten Klimaanpassungsgesetzes werden, das man neu machen müsse. Dazu komme man später.

Dr. Ralf Nolten (CDU) weist darauf hin, dass der Antrag vom August sei. Das sei kein Fehler, aber man sehe es ihm an. Es handele sich um einen Kessel Buntes, es seien gute Mohrrübchen da reingeschnibbelt worden. Einige Dinge würden aber nicht so ganz passen. Er beziehe sich auf Punkt 23: „Für technische Hochwasserschutzmaßnahmen sind umgehend Planungserleichterungen vorzunehmen, ... unter Beibehaltung der Anforderungen aus dem Naturschutz.“ Das sei ein Widerspruch an sich, wenn man die Praxis kenne.

Wenn man für Hochwasserrückhaltebecken heute sieben Jahre ansetze und man sei froh, dass man in sieben Jahren durch sei, dann sei das technische Bauen nicht das Thema, sondern die Frage, ob man Widersprüche bekomme und von wem die kämen. Der Antrag nehme in vielen Bereichen die städtische Perspektive ein. Die Schwammstadt werde angesprochen. Aber im ländlichen Raum seien manche Forderungen nicht umsetzbar. Es sei ein Kessel Buntes, es sei auch Gutes dabei. Durch die Anhörung fühle sich seine Fraktion gestärkt. Verschiedene Sätze seien in bestimmte Richtungen

gefallen, was die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie angehe, dass das Vorkaufsrecht nicht das Entscheidende sei, sondern die Frage der Flächenverfügbarkeit über Bodenordnung und andere Dinge. In dem Antrag seien viele Aspekte drin. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. Es sei zu umfassend, da lohne das Aufsplitten nicht. Über das Talsperrenmanagement habe man lange im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss diskutiert. Das sei auch nicht so in der Generalität, wie es im Antrag dargestellt werde. Insofern könne man die Diskussion abkürzen.

Dr. Christian Blex (AfD) bezeichnet den Antrag als ein umfangreiches Konglomerat von Sachen, von denen man sicher ein paar Dinge gut finden könne. Dann komme wieder die Klimahybris, der Klimagedanke. Das Trauma-Gas, das CO₂, werde wieder verarbeitet. Das könne seine Fraktion nicht mittragen. Aus dem Grund könne seine Fraktion dem Antrag schon nicht zustimmen.

Markus Diekhoff (FDP) bedankt sich bei SPD und Grünen, die sich Gedanken über den Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gemacht hätten. Das sei gut und richtig und habe auch diverse gute Ansätze. Das hätten CDU und FDP auch. Man habe schon Sachen auf den Weg gebracht.

Er verweise auf den Antrag von CDU und FDP, der sich mit Hochwasser, Starkregen und Risikomanagement befasse – vgl. Drucksache 17/14953. Rechtliche Voraussetzungen existierten ebenfalls bereits, die in dem Antrag noch einmal angesprochen würden. Die Grünen forderten das Vorkaufsrecht, das gebe es schon auf Bundesebene. Es gebe aber auch wichtigere und bessere Instrumente. Ein wesentlicher Kritikpunkt sei auch die Flächenverfügbarkeit für Hochwasserschutzmaßnahmen. Da seien die Forderungen der Grünen eine Idealvorstellung und am Ende nicht umsetzbar, wenn man schnell genug reagieren wolle, um Menschen effektiv zu schützen. Er bedanke sich für den Input und die Diskussion darüber. Aber den Antrag in der Form werde seine Fraktion ebenfalls ablehnen.

Rainer Deppe (CDU) betont, manchmal komme man in der Realität an. Der Antrag, der im August 2021 gestellt worden sei, enthalte viele gute Gedanken. Er bitte Herrn Rüße – vielleicht könne man ja auch gemeinsam etwas machen –, nicht nur hier etwas zu fordern, man müsse es auch machen. Er komme auf eine Maßnahme zu sprechen, die im Regionalrat in Köln beschlossen worden sei. Alle Flächen seien untersucht worden, was HQ 100 angehe. Da habe man so gut wie kein Problem im neuen Regionalplan. Dann sei es um die Flächen HQ extrem gegangen. Die würden in dem Antrag auch angesprochen. Der Regionalrat wolle die von Bebauung freihalten.

Wenn er die Briefe zeigen würde, die der Regionalrat bekommen habe, die auch grüne Dezernenten unterschrieben hätten, die schreiben würden, das könne man doch alles nicht machen, dann müsste man mit denen reden und Nachhilfeunterricht geben und fragen, was sie in dem einen Gremium und in dem anderen Gremium machen würden.

Das andere betreffe den Regionalrat selber. Er könne nicht, wie die Kollegen der Grünen das machten, sagen, bei der Herausnahme der Flächen HQ extrem sei man mit dabei. Aber wenn die Kommunen Ersatzflächen brauchten, dann sei man nicht mehr

dabei. Da müsse man Wege finden, wie der nachgewiesene Bedarf – der sei sehr eng und restriktiv berechnet nach dem Landesentwicklungsplan – an anderer Stelle erfüllt werden könne. Wenn man das gemeinsam schaffe, sei er zufrieden, dann hätte man einen guten Punkt in dem Antrag. Einfach nur Dinge zu fordern und dann die Konsequenzen nicht mitzutragen, das passe nicht.

Alle hätten aus dem Hochwasser gelernt. Die Landesregierung habe im Umweltbereich ein umfangreiches gutes 10-Punkte-Programm vorgelegt. Wenn man darauf aufbaue, könne man sowohl in der Regionalplanung wie in der Hochwasservorsorge wie beim Thema Schwammstadt eine Menge für das Land und für die Sicherheit der Bürger erreichen. Es wäre schön, wenn man das gemeinsam hinbekommen könnte.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14892 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Explosions- und Brandereignis in der Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) der Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen-Bürrig und Informationen zu aktuellen Ereignissen in den rheinischen Chemieparks (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6484

in Verbindung mit:

Erneute Explosion im Chempark Leverkusen – was sind die Hintergründe?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6519

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir haben mittlerweile unsere Tagesordnung umgestellt. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen angekommen ist. Wir werden jetzt direkt mit den Tagesordnungspunkten, ehemals, 11 und 12 einsteigen, da wegen einer Sonderkabinettsitzung die Ministerin heute früher weg muss. Deswegen haben wir uns im Ausschuss verständigt, sobald Sie da sind, würden wir diese zwei wichtigen Tagesordnungspunkte vorziehen.

Meine Damen und Herren, mit dem Schreiben vom 25. Februar 2022 haben die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD um einen weiteren entsprechenden Bericht gebeten, der Ihnen mit der Vorlage 17/6519 übersandt worden ist. Ich frage: Wer wünscht das Wort? – Die Ministerin hat das Wort, bitte sehr.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Wenn Sie einverstanden sind, Frau Vorsitzende, starte ich gerne und würde dann auch die Regierungspräsidentin und Herrn Dr. Büther bitten, zu ergänzen. Das Unglück, die Explosion in Leverkusen, aber auch andere Schadensereignisse des Chemparks haben uns jetzt schon sehr häufig hier in den vergangenen Ausschusssitzungen beschäftigt. Wir haben darüber berichtet. Wenn Sie das einmal Revue passieren lassen: Zunächst lag der Fokus der Berichterstattung auf dem Ablauf des Schadensereignisses, den Gefahrenabwehrmaßnahmen in Untersuchungen des LANUV im Umfeld der Anlage bezüglich möglicher Schadstoffeinträge.

Zuletzt war – ich erinnere auch an die Diskussion, die wir im Plenarsaal hatten – insbesondere die Einleitung von Ereigniswässern über die Kläranlage in den Rhein, die Herkunft einzelner Stoffströme und eine mögliche Wiederinbetriebnahme der Anlage Thema der Berichterstattung.

Es sind eine ganze Reihe Fragestellungen formuliert worden, die von uns aufgegriffen worden sind, in weiteren Berichten beantwortet worden sind. Ich würde Ihnen gerne noch mal die wichtigsten Informationen aus den Berichten kurz darstellen. Dann haben wir noch das Thema PFAS-Belastungen von Einleitung. Da gibt es ja noch mal einen

gesonderten Tagesordnungspunkt. Ich würde hier auch darum bitten, es nicht zu vermengen, weil wir sonst in der öffentlichen Diskussion auch mit zwei Kreisen zu tun haben, die wir nicht überlagernd betrachten sollen.

In den vergangenen Monaten haben weitere Inspektionen vor Ort stattgefunden, die durch die Bezirksregierung Köln jeweils unangekündigt durchgeführt worden sind. Dabei wurden unter anderem auf dem Anlagengelände des Entsorgungszentrums vorhandene Abfälle, die Zwischenlagerung von Abfällen an Produktionsanlagen sowie die weitere Lagerung von aufgefangenen Ereigniswässern geprüft. Es gab dann noch eine weitere unangekündigte Inspektion durch die Bezirksregierung Köln am 14. Januar am Standort in Dormagen. Bei dieser wurden die organisatorischen Regelungen im Bereich der Gefahrenabwehr und des Leitsystems überprüft. Die Inspektion wurde durch die Dezernate 22, zuständig für das Thema Gefahrenabwehr, und 53, zuständig für das Thema Anlagensicherheit, der Bezirksregierung gemeinsam durchgeführt.

Grund für diese Inspektion war eine der Bezirksregierung am 7. Januar übermittelte anonyme Beschwerde. In dieser wurden unter anderem organisatorische Änderungen in der Besetzung der Sicherheitszentrale in Dormagen und Ausfälle im Leitsystem vorgebracht. Weitere Details, denke ich, können Ihnen im Anschluss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung Köln hier noch berichten.

Ich weiß jetzt gar nicht, ist ein Vertreter aus dem Innenministerium jetzt hier? – Okay, die beiden Kollegen aus dem Innenministerium können gegebenenfalls auch noch etwas dazu sagen. Sie werden auch noch einen Bericht von uns dazu erhalten. Ich hoffe, dass wir Ihnen den morgen zur Verfügung stellen können.

Zur Teil-Wiederinbetriebnahme der Anlage in Leverkusen: Zurzeit werden durch die Firma Currenta und die von ihr beauftragten Sachverständigen und Gutachter weitere Unterlagen zur Inbetriebnahme erarbeitet. Die Inbetriebnahme eines Teils der Anlage soll nach dem bisherigen Konzept der Currenta unter betrieblichen Einschränkungen geschehen. Das betrifft sowohl die Eigenschaft als auch die Herkunft der flüssigen Abfälle, die dann wieder angenommen werden sollen.

Die Einschränkungen und sicherheitstechnischen Planungen werden durch das mit der Prüfung des Sicherheitsmanagementsystems beauftragte Gutachterteam um Professor Dr. Jochum einer zusätzlichen Kontrolle unterzogen. Erste vorläufige Ergebnisse sind durch das Gutachterteam unter anderem in der dritten Sitzung des Begleitkreises vorgestellt worden. Dem Gutachterteam scheint – ich sage das jetzt mal sehr vorsichtig – eine Teil-Wiederinbetriebnahme der Anlage im Grundsatz möglich zu sein. Ich mache mir den Satz jetzt nicht zu eigen, das sage ich ganz deutlich – nicht, dass Sie mich hier falsch verstehen.

Die abschließende Prüfung und Entscheidung liegt bei der zuständigen Behörde, nämlich bei der Bezirksregierung Köln. Diese prüft die Unterlagen der Currenta in Zusammenarbeit mit dem LANUV und in engem Austausch mit dem Umweltministerium. Sowohl aus Sicht des Gutachterteams als auch der Aufsichtsbehörde sind derzeit noch weitere Fragestellungen zu klären, sodass noch kein verbindlicher Zeitplan für die von Currenta angestrebte Teil-Wiederinbetriebnahme angegeben werden kann.

Heute Morgen hat, glaube ich, Professor Jochum Frau Dr. Fiebig, der zuständigen Abteilungsleiterin, gesagt, dass er sich zu dem Zeitplan in der nächsten – habe ich das jetzt richtig in Erinnerung? – Begleitkreissitzung äußern will. Frau Dr. Fiebig kann vielleicht gleich noch etwas dazu sagen.

Auch wenn ich mich wiederhole, möchte ich auch Ihnen gegenüber noch mal versichern, dass eine Wiederinbetriebnahme auch von Teilen der Anlage nicht ohne eine aus unserer Sicht nachgewiesene Sicherheit des Anlagenbetriebs erfolgen kann. Das ist das Stichwort „stabiles Sicherheitsmanagement“ und im Übrigen auch das Thema „Ursache des Unglücks“. Auch hier müssen wir sehr genau Bescheid wissen, wie es tatsächlich zu dieser Explosion gekommen ist. Beides haben wir der Firma Currenta auch vermittelt, sowohl auf Fachebene als auch durch mich persönlich in Gesprächen mit der Geschäftsleitung.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „Herkunft des Clothianidin im Abwasserstrom“ sagen. Denn neben den sich stellenden Fragen zur Teil-Wiederinbetriebnahme sind wir der Frage der Herkunft des Clothianidins im Abwasser nachgegangen. Die Zulassungen für Pflanzenschutzmittel, die Clothianidin als Wirkstoff enthalten, sind Ende 2018 widerrufen worden. Deshalb war nicht davon auszugehen, dass der Stoff aus dem kommunalen Abwasseranteil stammt, der in der Kläranlage Bürrig behandelt wird. Die Annahme wurde auch durch eine Beprobung des kommunalen Abwasserstroms bestätigt. Wir gehen also deshalb davon aus, dass das Clothianidin aus dem Chempark stammt. Ein Teil der nach dem Schadensereignis festgestellten Belastung ist erklärbar, aber eben nicht alles. Herr Dr. Büther, das können Sie vielleicht gleich noch ergänzen. Das heißt, wir werden dem noch weiter nachgehen.

Inzwischen wurde uns durch die Bezirksregierung Köln mitgeteilt, dass in Leverkusen in Laborbereichen mit Clothianidin umgegangen wird, es wird allerdings nicht in Produktionsanlagen hergestellt. Aber wir sehen daran, dass wir hier noch wirklich Nachforschungen betreiben müssen.

Lassen Sie mich auch noch etwas zur Löschwasserrückhaltung sagen. Weitere Prüfungen haben bezüglich der Frage der Löschwasserrückhaltung stattgefunden. Diese wurden ebenfalls durch die Bezirksregierung durchgeführt. Die Anforderungen der Löschwasserrückhalterichtlinien wurden eingehalten und teilweise übererfüllt. Als Konsequenz aus dem Brandereignis von 2016 waren Vorkehrungen verbessert worden, allerdings immer noch nicht ausreichend. Deshalb wirken wir auf ein Löschwasserrückhaltekonzept hin, mit dem sichergestellt wird, dass in vergleichbaren Fällen eine Vermischung von Löschwasser und betrieblichen Abwässern nicht erfolgt.

In dem Zusammenhang auch das Thema Entsorgung der vorhandenen Spül-, Reinigungs- und Ereigniswässer: Zur Vermischung von Abwässern im Ereignisfall sowohl im Chempark als auch auf der Kläranlage lagern – das steht auch im Bericht – noch mehr als 15.000 m³ des sogenannten Ereigniswassers. Für diese hat Currenta bei der Bezirksregierung Köln Anträge auf Sondererlaubnis gestellt. Ich habe die Bezirksregierung gebeten, neue Sondereinleitererlaubnisse nur nach meiner Zustimmung zu erteilen. Ich erinnere an die Diskussion, die wir auch hier im Ausschuss hatten.

Eine Einleitung der Ereigniswässer würde nur nach Aktivkohlevorbehandlung erfolgen können. Gerade hinsichtlich des Clothianidins haben die Erfahrungen der zuletzt eingeleiteten Ereigniswässer mit der Vorbehandlung über zwei Aktivkohlefilter vor Einleitung in die Kläranlage gezeigt, dass Clothianidin gut aus dem Ereigniswasser entfernt werden kann. Aber das gilt nicht zum Beispiel für die Noteinleitung, die es im Juli 2021 gegeben hat, bei der die Aktivkohle erst in der Kläranlage dazugegeben wurde. Eine wirksame Kontrolle der Reinigungsleistung der Aktivkohlevorbehandlung wäre jedoch unbedingt sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, das Schadensereignis bei Currenta im Sommer letzten Jahres war in der Schwere der Folge ein außergewöhnlich tragisches Ereignis. Daneben hat es in den Chemparks in Leverkusen und Dormagen, aber auch in weiteren Chemparks im Land im vergangenen Jahr noch immer wieder kleinere Ereignisse gegeben. Die aktuellen Ereignisse in den Chemparks Leverkusen und Dormagen haben wir in unserem Bericht, der Ihnen vorliegt, aufgeführt.

Bezüglich des aktuellsten Ereignisses vom 9. Februar, dem Bersten einer Rohrleitung, sind durch die Bezirksregierung Köln zwei Anordnungen zur Durchführung von sicherheitstechnischen Prüfungen abgefasst und den Anlagebetreibern zur Anhörung übersenden worden. Ziel der sicherheitstechnischen Überprüfung ist zum einen die Ermittlung der Ursache an dem das Ereignis auslösenden Abschnitts der Rohrleitungen, und bei der zweiten Prüfung soll auch die Konformität der weiteren Abschnitte der Rohrleitung untersucht werden.

Auch zu dem Ereignis vom 31. Januar, bei dem an einem Produktionsgebäude Nitrose Gase freigesetzt worden sind, ist ebenfalls eine sicherheitstechnische Prüfung durch die Bezirksregierung Köln angeordnet worden. Diese soll die Ursache des Ereignisses klären. Ich glaube, ein erster Zwischenbericht zu der Untersuchung soll zum 31. März vorgelegt werden.

Das sind eine ganze Reihe von Vorfällen. Die können Sie auch noch mal nachlesen. Sie wollen gleich noch Fragen stellen und diskutieren. Ich habe, vielleicht nur zum Abschluss, vor dem Hintergrund der Ereignisse eine systematische Überprüfung der vorhandenen Chemparkstrukturen angekündigt. Hier sollen die prinzipiellen organisatorischen Strukturen und das Zusammenspiel im Sicherheitsmanagement untersucht werden. Dieses Vorhaben soll zusammen mit den zuständigen Überwachungsbehörden in fünf Bezirksregierungen erörtert und umgesetzt werden. Da kann Frau Dr. Fiebig Ihnen gleich vielleicht noch etwas Genaueres zu sagen.

Wir haben in NRW 15 Standorte, an denen zwischen zwei und knapp 20 Betreiber Anlagen betreiben, die zur Herstellung und Verarbeitung chemischer Stoffe dienen. Die haben aufgrund ihrer Historie ganz unterschiedliche Strukturen, die die Zusammenarbeit am Standort kennzeichnen. Neben den von der Firma Currenta betriebenen Rheinischen Chemparks sind hier auch der Chempark Marl, der Chempark Knapsack in Hürth oder die Ruhrchemie in Oberhausen als größere Standorte zu nennen.

Wichtig ist uns bei der Untersuchung, zu schauen, inwiefern möglicherweise Schnittstellen zwischen Anlagenbetreibern untereinander oder zwischen Standort und Anlagen-

betreibern bei Ereignissen eine Rolle gespielt haben. Das kann etwa die Zuständigkeiten für einzelne Anlagenteile und Rohrbrücken, die ferne Entsorgung mit Energie von Abwässern sowie die Anlagensicherheit oder Gefahrenabwehr betreffen. Durch die geplante Untersuchung sowie dem damit einhergehenden gemeinsamen Austausch mit Überwachungsbehörden und Betreibern möchten wir sicherstellen, dass die chemische Industrie auch zukünftig weiterhin als wichtiger und zuverlässiger Partner vor Ort wahrgenommen wird.

Das Vertrauen der Bürger in die Anlage und deren Sicherheit ist gerade auch angesichts der anstehenden Herausforderungen der Transformation der Wirtschaft hin zur Treibhausgasneutralität ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz der Industriestandorte bei uns in NRW.

Wenn Sie einverstanden sind, gebe ich jetzt zur Ergänzung der Regierungspräsidentin das Wort.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will mich kurzfassen, weil auch die Runde des Dialogs ja sicherlich wichtig ist, und nur ganz wenige Worte sagen, dann Herrn Dr. Büther, wenn Sie erlauben, noch mal Gelegenheit geben, auch das letzte Ereignis, die Ergebnisse unserer letzten Inspektion, die unangekündigt war – es ist dann die vierte in diesem Jahr –, darzulegen, damit Sie auch sehen, dass wir tatsächlich das, was da im Juli passiert ist, nicht nur sehr ernst nehmen, sondern auch die Auswirkungen uns intensiv anschauen.

Wir haben bei dieser wieder unangekündigten Inspektion auch festgestellt– es gab vorab eine anonyme Anzeige dazu, Frau Ministerin hat es angesprochen –, dass es tatsächlich, insbesondere bei der ständigen Besetzung der Sicherheitszentralen an den einzelnen Standorten, Probleme gab und diese unter Umständen auch, wahrscheinlich wird das auch so klar sein, etwas zu tun haben mit dem Explosionsereignis im Juli.

Insofern war uns wichtig, das heute auch noch mal mit hier an dieser Stelle zu diskutieren. Wenn Sie einverstanden sind, würde Herr Dr. Büther ein paar Worte dazu sagen, und dann können wir, glaube ich, in die Fragerunde einsteigen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Natürlich sind wir einverstanden. – Herr Dr. Büther, bitte.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Herzlichen Dank, Frau Walsken, Frau Dr. Peill. Kurz zu der Inspektion: Mittlerweile haben wir fünf unangekündigte Inspektionen. Es ist also schon nicht mehr die letzte, sondern wir haben noch eine im Abfallbereich gemacht. Glücklicherweise haben wir bei allen anderen unangekündigten Inspektionen, die wir durchgeführt haben – zur Anlagensicherheit, zum Abfallmanagement, Abwassermanagement, Anlagenintegrität –, keine Mängel festgestellt – bis auf einen Fall, wo uns zwei Abfallbegleitscheine nicht rechtzeitig zugestellt worden sind.

Das ist dann nachgeholt worden. Das war aber kein erheblicher Mangel, sondern nur ein geringfügiger Mangel.

Erheblich war für uns die Inspektion, die wir aufgrund der anonymen Anzeige durchgeführt haben. Da haben wir festgestellt, dass der angeordnete Zustand beziehungsweise der genehmigte Zustand der Werkfeuerwehr nicht mehr in dem Maß erfüllt war, wie er von uns im Jahr 2001 angeordnet worden ist, sondern dass es hier Abweichungen gegeben hat, dass auf ein neues Softwaresystem umgestiegen worden ist. Dieses neue Softwaresystem sollte als Nebeneffekt auch dazu dienen, dass die Besetzung der Sicherheitszentralen von der Mannstärke – oder Fraustärke – her reduziert werden kann, dass also nicht mehr alle Sicherheitszentralen rund um die Uhr 24 Stunden besetzt sein müssen, sondern da eine Reduktion stattfinden kann.

Dies ist auch bei uns vor zwei Jahren, bei unserem Dezernat 22, zuständig für Gefahrenabwehr, beantragt worden, war aber noch nicht genehmigt worden, weil uns noch Informationen fehlten vom Betreiber, die noch nachgeliefert werden sollten.

Bei der Inspektion haben wir festgestellt, dass da zum Teil ein Umsetzen dessen, was der Betreiber vorhatte, stattgefunden hat. Mit dem sind wir natürlich nicht einverstanden, sondern wir haben veranlasst, dass der ursprünglich genehmigte Zustand wiederhergestellt wird, nämlich dass alle drei Sicherheitszentralen rund um die Uhr besetzt sind und dass eine intensive Prüfung des neuen Softwaresystems durchgeführt wird, weil es sich gezeigt hatte – auch in der anonymen Anzeige angesprochen worden ist –, dass dieses Softwaresystem nicht fehlerfrei arbeitet, sondern dass es da Aussetzer gegeben hat. Und diese Aussetzer haben zum Beispiel auch stattgefunden bei dem Einsatz am 27. Juli letzten Jahres. Da gab es zwei Aussetzer. Aber dadurch, dass diese Systeme redundant ausgelegt sind, also es immer eine Rückfallebene gibt, sind nach Angaben der Berufsfeuerwehr Leverkusen diese Aussetzer nicht aufgefallen, sondern sie konnten eben durch die Redundanz aufgefangen werden.

Von daher sind wir als Überwachungsbehörde im Moment in dem Zustand, dass wir sagen, eine akute Sicherheitsgefährdung geht von diesem Umbau der Sicherheitszentralen nicht aus, aber es ist unbedingt erforderlich, dass dieses System fehlerfrei arbeitet. Das muss nachgewiesen werden, bevor wir hier einer Änderung der Organisation zustimmen können. – Vielleicht so viel dazu.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Büther. – Dann gehen wir jetzt in die Fragen hinein. Herr Schneider hatte sich zuerst gemeldet und dann Herr Rüsse, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch für den Bericht. Ich frage mich, je länger ich mich mit dem Thema beschäftige und jetzt auch diesen Bericht lese mit Störfällen, mit Leckagen, auch von Fremdfirmen: Liegt das an der Befassung mit dem Thema, oder ist es tatsächlich so, dass diese Häufung von Fällen neu ist? Gab es die immer schon, sie war nur nicht im Fokus der Öffentlichkeit? Oder wie muss ich das annehmen, dass das jetzt plötzlich so oft kommt und solche Meldungen sind? Hier ein Knall, da natürlich dieses schreckliche Ereignis im vergangenen Juli. Das ist ja schon eine Häufung.

Da würde mich mal interessieren, wie da Ihre Einschätzung ist. Ist es einfach nur, weil man jetzt draufguckt? Das hat man ja ganz oft so, auch in anderen Bereichen: Jetzt guckt man drauf, dann fällt es mehr auf. Liegt es daran, dass die Anlage in die Jahre gekommen ist? Ist das vielleicht ein Erklärungsansatz? Das würde mich mal interessieren als Einschätzung.

Der letzte Westpol-Bericht über Sicherheitszentrum – heißt es da, glaube ich –, darauf bezieht sich auch die Softwaregeschichte, da frage ich mich, ehrlich gesagt: Gibt es da eigentlich eine Strafe für? Wenn ich etwas umsetze, was gar nicht genehmigt ist und einfach mal laufen lasse, da müsste es doch irgendwie eine Art von Strafe geben, Strafzahlung, wie auch immer. Das würde mich mal interessieren. Gibt es das tatsächlich, oder wird nur gesagt „Du, du, du, das hättest du nicht tun dürfen. Jetzt mach mal wieder den Ursprungszustand, und alles ist wieder gut; wir haben uns wieder lieb“?

Und der dritte Gedanke oder die dritte Frage: Neben diesen nicht wunderbaren Wörtern aber Wortneuschöpfungen wie „Ereigniswässer“ gefällt mir dieses „Sicherheitsmanagement“ auch ausgesprochen gut. Ich frage mich nur immer: Was heißt das?

Wenn Sie im Bericht Vorlage 17/6484 ganz zum Schluss schreiben „das Sicherheitsmanagement soll in den Fokus genommen werden“, da frage ich mich: Was genau heißt das jetzt? Was ist das Sicherheitsmanagement? Im Laufe des Berichtes, Vorlage geht es irgendwie um den ganzen Weg, den ganzen Prozess, den es innerhalb der Currenta da gibt, und dass man alles irgendwie angucken muss. Was genau ist dieses Sicherheitsmanagement, das man in den Fokus nehmen muss? Wo läuft es nicht rund?

Das wird überdeckt, finde ich, durch diese sehr nebulöse Formulierung „Sicherheitsmanagement“, auch „Ereigniswässer“. Da muss ich immer an das Wort „Entnahme“ denken, wo Sie, Gott sei Dank!, auch als Ministerin auch immer sagen „es geht um Abschluss.“ Aber das nur ein Sidestep. Wenn Sie da noch mal Licht ins Dunkel bringen könnten für uns, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Direkte Antwort, Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Der erste Punkt, Herr Schneider, treibt mich um wie Sie. Woran liegt das? Das ist auch die Motivation, weshalb wir gesagt haben, wir überprüfen alle. Ich will jetzt auch überhaupt nicht irgendwelche Vermutungen äußern, sondern ich möchte einfach diese Überprüfung jetzt abwarten und hoffe, dass wir dann im Laufe des Jahres vielleicht die eine oder andere Klarheit haben. Dazu kann Herr Dr. Büther noch etwas Genaueres sagen, auch aus seiner Erfahrungsbeurteilung. Strafe – ich weiß nicht, ob das Innenministerium etwas dazu sagen kann, sonst würde ich auch die Bezirksregierung dazu bitten.

Zum „Sicherheitsmanagement“: Da verbergen sich natürlich schon sehr konkrete Themen hinter, die auch mit dem Gutachter besprochen werden und die der Gutachter – der macht bestimmte Prüfungen im Sicherheitsmanagement des Unternehmens. Ich würde Frau Dr. Fiebig oder Herrn Stürmer bitten, etwas dazu zu sagen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Mit wem fangen wir an? Herrn Dr. Büther?

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich würde mit Herrn Dr. Büther anfangen oder der Regierungspräsidentin vielleicht.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Vielleicht das Thema Strafe auch einmal rüber Richtung Innenministerium. Das wäre nämlich in der Verantwortung dort zu sehen, das tun wir nicht.

MR Helmut Probst, Inspekteur für Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz (IM): Das für uns maßgebliche Brand- und Hilfeleistungsgesetz sieht keine finanziellen Sanktionen vor. Es gibt keine ordnungsrechtlichen Strafen, wie das in anderen Bereichen vorgesehen ist. Da müsste man vielleicht überlegen, ob das bei einer Novelle dann ansteht, mit eingebracht werden kann. Derzeit gibt es da keine Sanktionsmöglichkeiten, so wie Sie die auf Grundlage des BHKG angesprochen haben. Die gibt es derzeit nicht.

AD Dr. Host Büther (Bezirksregierung Köln): Zur Häufung von Unfällen: In meiner Zeit, seit ich hier in Köln zuständig bin für den Bereich – das sind jetzt 18 Jahre –, gab es zweimal eine Häufung von Unfällen. Einmal, als wir uns mit Shell beschäftigt haben vor ungefähr zehn Jahren, da hatten wir eine Häufung von Unfällen, insbesondere bei Shell, und jetzt, wo wir uns mit Currenta beschäftigen, haben wir eine Häufung von Unfällen.

Wir haben im Laufe der 18 Jahre auch immer mal wieder Unfälle gehabt. Seit wir die Shell-Unfälle gehabt haben, sind wir wesentlich intensiver hinterher, was die Berichterstattung angeht. Es gibt bestimmte gesetzliche Vorgaben, ab wann Unfälle berichtet werden müssen. Es ist einmal in der Störfallverordnung festgelegt, dass Störfälle berichtet werden müssen. Dann gibt es eine Schadensanzeigeverordnung, dass ab einem bestimmten Punkt Unfälle berichtet werden müssen. In der Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie, Bundes-Immissionsschutzgesetz gibt es auch Vorgaben, ab wann Unfälle berichtet werden müssen.

Wir haben mit den Betreibern vereinbart und auch mit dem Ministerium, dass uns alle Unfälle berichtet werden. Die berichten wir auch weiter ans Umweltministerium, auch wenn sie noch so klein sind. Hin und wieder sind auch ein paar größere Unfälle dazwischen, die wir dann berichten und denen wir dann entsprechend nachgehen in Form von Anordnungen, dass die Unfälle untersucht werden, die Ursachen festgestellt werden, was getan werden muss, damit solche Unfälle in Zukunft nicht wieder passieren.

Aber wir sind hier an einem sehr eng besiedelten industriellen Standort. Von daher werden sich Unfälle grundsätzlich nicht vermeiden lassen. Aber wir setzen alles daran, wenn denn Unfälle geschehen sind, dass sich solche nicht noch mal wiederholen. Das vielleicht zu den Unfällen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Da würde ich dann direkt anschließen wollen. Weil es ja auch so eine dichtbesiedelte Region ist, wäre es ja umso wichtiger, dass es gar nicht zu Unfällen kommt. Diese Häufung ist schon erstaunlich, aber das ist jetzt gar nicht mein Thema.

Ich würde gerne noch mal auf die Frage „Sicherheitszentrale“ kommen. Was mich schon stutzig macht, denn, ehrlich gesagt geht es auch um Vertrauen in die Kontrollbehörde. Es geht nicht nur um Vertrauen in das Ministerium – nein, in das Unternehmen; in das Ministerium habe ich ganz viel Vertrauen, sondern es geht auch um die Frage, wie kontrolliert wird. Es ist für die Menschen auch wichtig ist, dass sie tatsächlich das Gefühl haben, dass dort eine Behörde arbeitet und Missstände entdeckt. Und im Moment haben die Menschen das Gefühl, dass die besten Mitarbeiter in puncto Umwelt bei Westpol sitzen und Paul Kröfges vom BUND. Und man hat den Eindruck, wenn ich mich mit Menschen unterhalte, dass die sagen: Immer dann, wenn Westpol berichtet, dann kommt der nächste Bericht in den Umweltausschuss. Und das ist ein Zustand, der ist nicht gut.

Zur Sicherheitszentrale habe ich die konkrete Frage, ob denn die Konstruktion der Sicherheitszentrale nicht integraler Bestandteil einer Gesamtgenehmigung ist. Ich vergleiche das mal: Wenn ich eine BImSch-Anlage habe, einen Schweinestall, da kann ich zum Beispiel nicht hingehen und Ausläufe einfach so dranmachen, denn dann erlischt sofort die Genehmigung. Die ist weg.

Jetzt frage ich mich natürlich: Wenn ich die Sicherheitszentrale so manipuliere – so sage ich das jetzt mal –, ist denn dann nicht eigentlich die Gesamtgenehmigung in dem Moment gefährdet? Ich greife ja ein in ein Gesamtsystem.

Dann hätte ich eine weitere Frage. Die bezieht sich auf die PFAS-Werte. Da finde ich, ehrlich gesagt, in dem Bericht irritierend – das ist der Bericht Vorlage 17/6518 auf Seite 10, da ist das Bild Nummer 2. Wir haben den Orientierungswert von 35 g. Der ist auch dargestellt in dieser Grafik. Ich fühle mich dann so ein bisschen als Politiker, wenn ich so einen Bericht sehe, wenn ich da in zwei-Kilo-Schritten eine Grafik mache, aber der Orientierungswert der Höchstbelastung pro Tag soll eigentlich bei 35 g liegen, und dann mache ich quasi einen roten Strich, dann finde ich das darstellungsmäßig sehr unglücklich.

Man sieht ja trotzdem, dass die Zacken permanent über der roten Linie liegen. Die sind permanent darüber. In dem Bericht wird gesagt, ja, wir gehen jetzt auf das Unternehmen zu. Jetzt frage ich mich aber:

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vermischen Sie gerade (ehemals) 11 und 12 bei dem Thema?

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich dachte, das wollten wir zusammen machen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Nein, wir haben extra gesagt, wir machen das auseinander.

Norwich Rüße (GRÜNE): Dann mache ich das gleich noch mal.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Aber jetzt hat Herr Lieberoth-Leden die Zeit, sich vorzubereiten. Stellen Sie also die Frage bis zum Ende Herr Rüße, dann hat er Zeit.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, die Frage ist: Was ist denn in der Vergangenheit passiert, wenn man sich permanent im Bereich vom 400, 500 g bewegt, also mehr als das zehnfache über dem Orientierungswert liegt? Das LANUV schreibt, „wenn der Orientierungswert überschritten wird, dann sollen Gegenmaßnahmen ergriffen werden“. Ich wüsste gerne: Was ist denn in den letzten acht Jahren passiert an Gegenmaßnahmen? Was ist denn gemacht worden?

Ich sitze hier im Umweltausschuss von Nordrhein-Westfalen. Ich erfahre solche Dinge immer erst, wenn Paul Kröfges oder Westpol aktiv geworden sind. Das nervt mich. Denn so verliere ich tatsächlich das Vertrauen. Es wird immer erst über Dinge hier geredet in diesem Land, in diesem Ausschuss, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und wenn die Öffentlichkeit auf anderem Wege darüber erfährt. Und das finde ich absolut enttäuschend. – Jetzt haben Sie ganz viel Zeit.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Das wird Herr Lieberoth-Leden nachher mitnehmen zu Punkt 12 (jetzt Punkt 9).

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich darf vielleicht ganz kurz starten, Herr Rüße. PFAS machen Sie gleich.

Ich kenne das. Sie wissen, dass ich lange in diesen Themen – jetzt nicht so sehr in der Chemie, aber in anderen Themen – unterwegs bin, und ich weiß in vielen Themen auch, wie engagierte Bürgerinnen und Bürger sich mit Sachverhalten auseinandersetzen. In dem Zusammenhang begrüße ich zum Beispiel sehr den Begleitkreis, den es gibt bei Currenta, weil er natürlich genau das Verbindungsstück ist, mit dem auch die Öffentlichkeit mitdiskutieren kann. Deshalb kann ich auch nur motivieren, sich da tatsächlich zu beteiligen.

Zur Sicherheitszentrale: Ich muss noch mal meine Position deutlich machen, die wir auch mit dem Gutachter deutlich besprochen haben. Das Thema Sicherheitsmanagement betrifft alle Bereiche. Das betrifft nicht nur das Thema, „warum ist es zu der Explosion gekommen?“, sondern das betrifft alle Bereiche, und das betrifft auch die Sicherheitszentrale. Die Bezirksregierung hat da jetzt auch schon bestimmte Auflagen erteilt, wenn ich das richtig im Kopf habe. Aber es ist wirklich alles.

Und da gibt es ein Programm und einen Plan, den der Gutachter abarbeiten muss. Hinterher wird die Bezirksregierung sich sehr genau angucken, ob das so funktioniert. Ich habe Vertrauen in Professor Jochum. Wir kennen ihn alle schon sehr lange, auch aus seiner Tätigkeit für das Bundesumweltministerium. Ich glaube, er ist in der Anlagensicherheitskommission gewesen, er hat die Firma Shell – jetzt auf Holz klopfen – gut in der jüngeren Zeit begleitet. Seitdem er sich auch um das Thema Shell

gekümmert hat, kann Herr Dr. Büther vielleicht ein bisschen besser schlafen oder hat es nicht so oft auf der Tagesordnung. Aber ich würde auch noch mal Herrn Dr. Büther bitten, da etwas zu sagen. Frau Dr. Fiebig, vielleicht stellen Sie auch noch mal kurz dar, was das Thema Sicherheitsmanagement, Untersuchungen von Jochum auf sich hat.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Fiebig, bitte sehr.

Abteilungsleiterin Dr. Claudia Fiebig (MULNV): Kann ich gerne machen. Wie Frau Ministerin auch gesagt hat: Es ist ein sehr großes, umfassendes Projekt. Das fängt bei der Sicherheitszentrale an, geht aber auch über das Thema Hochspannungsleitungen zum Beispiel. Das war auch ein Thema.

Das heißt, alles, was mit der Sicherheit der Anlage zu tun hat, wird angeguckt. Es wird noch mal das Thema „Sicherheitsabstand zu Wohngebieten“ geprüft. Das ganze Thema „interne Notfallpläne“ wird geprüft. Wie laufen die Wege, Informationen bei Störungen ab? Löschwasser, Havariewasser sind Thema des ganzen Sicherheitsmanagements. Stromversorgung, die ganzen Sicherheitsbetrachtungen im engeren Sinne – es sind Störfallanlagen. Das heißt, diese Störfallanlage muss auch einen Sicherheitsbericht haben. Dieser Sicherheitsbericht wird natürlich auch betrachtet.

Es wird betrachtet: Wie laufen die Systeme, um Leckagen zum Beispiel zu erkennen? Wie ist die systematische Gefahren- und Unfallanalyse? Wie ist eine Eingangskontrolle? Das heißt, wir gucken uns wirklich alles an, zum Beispiel jetzt bei der Abfallverbrennungsanlage, bei der Annahme der Abfälle: Ist alles geregelt bei der Annahme der Abfälle, dass auch wirklich geguckt wird, „ist es der Stoff, der in der Deklaration ist?“ Da erwarten wir auch nicht nur das Zwei-Augen-Prinzip, sondern wirklich das Mehr-Augen-Prinzip. Dann: Wie geht es in die Anlage rein, wie wird es verbrannt? Sind da alle redundanten Sicherheitseinrichtungen?

Das Hauptprinzip von Sicherheitstechnik ist redundant und diversitär. Das heißt, es muss mehrfach vorhanden sein, es muss auch verschieden vorhanden sein. Also es sind eine ganze Reihe von Aspekten, die betrachtet werden, von der Annahme des Abfalls bis zur Verbrennung und Entsorgung.

Uns ist auch wichtig, dass natürlich auch die Entsorgung sichergestellt ist – „was passiert hinterher?“ – und dennoch-Ereignisse, dass es nicht mehr dazu kommt, dass es zu einer Erhitzung des Abfalls kommt und dann zu dem tragischen Ereignis kommt, sondern dass natürlich geklärt ist, wenn es zu unvorhergesehenen Ereignissen kommt, zu unvorhergesehener Erwärmung oder sonstigen Dingen, die nicht geplant sind: Wie ist dann die Reaktion des Betreibers?, um darauf schnell und angemessen zu reagieren, dass es halt nicht dazu kommt, dass die Feuerwehr kommen muss, sondern dass vor Ort die Anlagentechnik so gestaltet ist.

Das ist ein ganz breites Portfolio von Dingen, was im Rahmen dieses Sicherheitsmanagements von Professor Jochum – die Ministerin sagte es, er war früher Vorsitzender der Kommission für Anlagensicherheit, kennt sich wirklich sehr gut aus – ... Wir haben

alle ein sehr gutes Gefühl, wie er da herantritt an diese Gesamtbetrachtung dieser Anlagen.

Es sind viele Facetten. Das würde jetzt den Zeitrahmen sprechen, wenn wir alle Facetten jetzt betrachten würden, die zu einem Sicherheitsmanagement gehören.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Dr. Fiebig. Ich würde jetzt gern noch Herrn Deppe dran nehmen von der CDU-Fraktion zu diesem Punkt, weil dann die Ministerin gleich gehen muss. – Bitte sehr.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich für den Bericht bedanken, aber vor allem auch für das konsequente Vorgehen des Ministeriums. Frau Dr. Fiebig hatte eben auch noch mal die einzelnen Schritte dargestellt, und die Ministerin hat eben auch klar gesagt, die Anlage kann erst in Betrieb gehen, wenn die Betriebssicherheit nachgewiesen ist. Und das sind, glaube ich, die entscheidenden Dinge, dass wir genau hingucken.

Herr Rüße, es ist manchmal einfach auch die Frage, wie heute Kommunikation abläuft. Dass vielleicht vieles auch erst im Fernsehen ausgestrahlt wird, bevor es in die Gremien getragen wird, das würde mich jetzt nicht so stören. Das Entscheidende ist doch, dass man proaktiv hinguckt. Es werden immer wieder neue Themen auftauchen, und dass man dann nicht sagt „na gut, das ist jetzt einmal passiert“, sondern dass man dann tatsächlich der Sache auf den Grund geht und bis zum Ende untersucht.

Die Vorgänge bei Shell – es war schön, dass Herr Dr. Büther das vorhin auch mal erwähnt hat – haben wir hier damals auch immer wieder diskutiert, bis es dann irgendwann hoffentlich – wir können alle nicht in die Leitungen reingucken – soweit war, dass die Leitungen dann so gesichert waren, dass, falls irgendwo Leckagen auftreten, die dann nicht zu der Gefährdung der Umwelt führen. Das war ja damals das Hauptproblem.

Der zweite Punkt ist ganz wichtig, dass die Ministerin eben auch noch mal klargestellt hat, dass wir ein Löschwasserkonzept brauchen und verlangen, und dass das auch Bedingung ist für die Wiederinbetriebnahme der Anlage. Wir wollen die Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen haben. Das ist, glaube ich, auch klar. Was genauso klar ist: Sie muss natürlich sicher sein. Ich glaube, dass das am Ende auch für die Unternehmen natürlich von großem Vorteil ist. Denn das, was da an Schaden entstanden ist – ich lasse jetzt mal diese menschlichen und Umweltdinge ganz weg –, allein, was an wirtschaftlichem Schaden da bei Currenta entstanden ist, das ist eigentlich durch nichts aufzuwiegen – hätte man mal mehr in Vorsorge oder in Konzepte investiert. Denn das, was da passiert ist, ist mit Sicherheit höher, und da haben wir noch nicht die anderen Dinge, die ich jetzt nicht erwähnt habe, besprochen.

Wichtig ist, dass hier gehandelt wird. Ich habe den Eindruck nach der heutigen Diskussion, aber auch nach der, die wir schon im Sommer geführt haben und seitdem immer wieder führen, dass sowohl im Ministerium wie auch in der Bezirksregierung sehr kompetent und nachhaltig gearbeitet wird.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Das ist jetzt für mich mal Thema „Schlusswort“.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Aber der Herr Haupt kommt noch dran vorher.

Stephan Haupt (FDP): Ja, jetzt muss ich der Ministerin in die Parade fahren, sorry, kein Schlusswort.

(Heiterkeit)

Ich habe noch zwei kurze Nachfragen. Wir haben schon viel über das Sicherheitsmanagement und über die organisatorischen Strukturen gesprochen. Vielleicht können Sie noch mal darlegen: Wie waren die denn vor dem Ereignis? Wo waren aus Ihrer Sicht die größten Defizite? Und wie sollen sie zukünftig aussehen, und wie wird das kontrolliert?

Zum Zweiten: Wir haben ja jetzt Abfälle, die laufen auf, die werden jetzt nicht mehr entsorgt. Da wäre meine Frage: Was passiert mit diesen Abfällen? Werden die eingelagert? Gibt es da auch besondere Vorgaben, oder werden die jetzt abtransportiert; also das, was wir ja eigentlich nicht wollen, dass diese gefährlichen Güter jetzt über die Straße gehen? Was passiert mit diesen Abfällen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bevor die Regierungspräsidentin antwortet, gebe ich doch kurz der Ministerin die Möglichkeit, sich zu verabschieden.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich muss jetzt zur Staatskanzlei. Ich bin auch Berichterstatterin heute Abend wegen des Themas Ernährung.

Ich möchte mich zum Abschluss bei Ihnen bedanken. Ich vermute, das war die letzte Sitzung. Man weiß es natürlich nie, aber ich tue jetzt mal so, als wäre es die letzte Sitzung. Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Für mich war das eine sehr spannende Erfahrung, hier im Landtagsausschuss zu sein. Ich habe viel gelernt.

Ich danke allen für die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung, die wirklich zu – ich muss es jetzt mal ehrlich sagen – 95 % immer an der Sache orientiert war, und die anderen 5 % gehören zum politischen Geschäft. Die haben am Ende ein bisschen mehr zugelegt als in der Mitte und am Anfang, aber wie gesagt, herzlichen Dank. Ihnen alles Gute!. Wir sehen uns im Plenum oder in anderen Ausschüssen. In diesem Zusammenhang noch mal: danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich glaube, im Namen des Ausschusses können wir den Dank einmütig zurückgeben. Vielen Dank für das Rede- und Antwort-Stehen und immer da zu sein im Ausschuss, auch zu Sondersitzungen. Das ist auch nicht gewöhnlich. In dem Sinne: vielen Dank. Wir sehen uns weiter im Plenum. – Frau Walsken, Sie dürfen.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Herr Dr. Büther würde noch mal ein paar Punkte aufgreifen. Ich glaube, wir können nicht alles darstellen, aber so ein paar Eckpunkte.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Büther, bitte sehr.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Vielleicht zum Sicherheitsmanagement. Die Frage war ja: Was war schlecht? Zum Grundsätzlichen: Unfälle können auch passieren, auch wenn ich eine sehr gute Sicherheitsorganisation und sehr gutes Sicherheitsmanagement habe und einen sehr guten Sicherheitsbericht, wenn das alles nicht gelebt wird von der Firma. Das ist der wesentliche Aspekt: Das, was niedergeschrieben und was ausgedacht ist, das muss tatsächlich vor Ort auch gelebt werden.

Und das ist genau der Grund, warum wir Professor Jochum engagiert haben. Er hat genau das angeguckt bei Shell, und er hat genau den Auftrag, das wieder anzugucken bei Currenta, ob tatsächlich das, was alles niedergelegt ist, was ja auch im Rahmen von Genehmigungsverfahren überprüft worden ist – Sicherheitsbericht und so weiter, da engagieren wir immer das LANUV, damit die Sicherheitsberichte überprüft werden, ob die in Ordnung sind –, sein Job ist zu sehen: Ist das tatsächlich gelebt worden? Und: Lag es tatsächlich an der falschen Organisation, oder lag es daran, dass es nicht gelebt worden ist?

Unser bisheriger Eindruck ist: Es lag daran, dass es nicht gelebt worden ist. Und das ist das, was dann verändert werden muss, dass die Philosophie im Haus, also das Denken der Einzelnen, die verantwortlich sind, dann tatsächlich in die Richtung geht, dass es auch umgesetzt wird und nicht das Schnelle im Vordergrund steht, sondern das qualitativ Hochwertige und das Sichere im Vordergrund stehen.

Von daher muss das Alte nicht schlecht gewesen sein, aber es wird natürlich trotzdem noch mal überprüft. Es ist der Sicherheitsbericht schon überprüft worden durch die Gutachter. Es ist für die eingeschränkte Wiederinbetriebnahme schon ein eingeschränkter Sicherheitsbericht für den Bereich als Entwurf vorgelegt worden. Es wird zur Zeit vom LANUV überprüft, ob das in Ordnung ist. Und wenn das in Ordnung ist, kann es weitergehen in Richtung einer eingeschränkten Wiederinbetriebnahme. Aber so weit sind wir noch nicht. Da können wir noch nicht sagen, wann das sein wird, sondern da muss noch einiges geprüft werden.

Was die Abfälle angeht, die haben uns natürlich auch die ganze Zeit bewegt. Das hat angefangen mit einer unangekündigten Inspektion bei der Sonderabfallmüllverbrennungsanlage in Dormagen. Denn in dem Moment, als Bürrig abgeschaltet war nach der Explosion, ist ja viel nach Dormagen gegangen beziehungsweise woandershin. Da haben wir geguckt: Wird auch tatsächlich nur das in Dormagen verbrannt, was da auch genehmigt war? Das war der Fall.

Was passiert mit den anderen Abfällen? Es gibt einen Abfallabnahmeverbund in Europa. Es sind andere Abnehmer angesteuert worden, zum Beispiel Anlagen in Hamburg, aber auch im Ausland sind Anlagen angesteuert worden und werden auch jetzt noch angesteuert. Wir haben in dem Zusammenhang die einzelnen Abfallerzeuger in

den Chemparks auch kontrolliert, ob die ihre Abfälle an irgendwelchen Stellen jetzt womöglich stapeln, wo gar keine Abfälle gestapelt werden dürfen, weil sie zu viel produzieren und das nicht loswerden. Und wir haben festgestellt: Nein, die halten ihre Mengen, die sie auf den Vorhalteplätzen vorhalten dürfen, auch entsprechend ein.

Die Klagen sind aber groß. Sowohl von den Betreibern als auch von Currenta wird uns ständig vorgehalten: Wir haben Probleme, wir müssen womöglich mit der Produktion runterfahren, weil wir unsere Abfälle nicht vernünftig loswerden. Deswegen entsteht von der Seite ein großer Druck für die teilweise Wiederinbetriebnahme. Aber da geht für uns, wie gesagt, Qualität und Sicherheit vor Geld.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Büther. – Ich sehe jetzt Herrn Rüße, bitte sehr.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, der Punkt „das muss auch gelebt werden“, das hat mich so ein bisschen hellhörig gemacht. Wie wollen Sie das kontrollieren, ob eine Firma die Vorgaben auch lebt?

Da bin ich dann auch noch mal in dem Bericht auf Seite 6 oben. Da steht, dass der Brandvorfall 2016 genutzt wurde und man entsprechend Verbesserungen ergriffen hat. Nun ist das, was 2016 passiert ist, nämlich, dass das Löschwasser nicht aufgefangen werden konnte, eigentlich wieder passiert 2021. Nun kann man sagen, die Menge war einfach noch größer. Wir waren jedenfalls alle ein bisschen überrascht.

Und ich wüsste gerne: Was hat das Unternehmen denn konkret gemacht jenseits des Turbolöschers? Was mich halt so überrascht hat, war, dass die Abwässer aus dem Chempark durch die Kläranlage laufen und es anscheinend nicht möglich war, das voneinander zu trennen. Ich hätte die Vermutung, dass auch schon 2016 bei dem Brand hätte auffallen müssen, dass es diese Problematik gibt. Deshalb wüsste ich einfach gerne: Was wurde 2016 denn tatsächlich ergriffen?

Und da wüsste ich auch gerne: Hat das das Unternehmen aus sich heraus gemacht oder mit Ihnen zusammen? Wer ist da aktiv geworden?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Das ging an die Bezirksregierung, Herr Dr. Büther.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Vielleicht muss man erst mal trennen. Was 2016 war, war auf dem Chemparkgelände in Wiesdorf. Was jetzt war, diese Nichttrennung des Abwassers, war in Bürrig. In Bürrig läuft alles zusammen, was aus der Produktion kommt an Abwässern. Und es läuft zusammen mit dem Kanal vom Gelände, also dem verunreinigten Regenwasser. Das läuft in den gleichen Kanal, wird dann mit in die Kläranlage gegeben und wird gereinigt.

Dieser Zusammenlauf, der ist auch aktiv geworden. In dem Moment, als der Brand war, als die Explosion war und das Löschwasser eingesetzt worden ist, ist es über diesen Einlauf in Richtung Kläranlage gelaufen, zusammen mit dem Produktionsabwasser, und ist dann gemeinsam in diese Auffangbehälter gegeben worden, weil diese Trennung nicht da war.

Diese Trennung soll aufgehoben werden. Das ist nicht ganz einfach, weil dieser Kanal, da ist noch der Graben von der ehemaligen Dünn – die fließt ja jetzt außen rum um das Gelände. Da drunter ist dieser Zusammenfluss, und da muss einiges an organisatorischen Maßnahmen gemacht werden, damit diese Trennung dann tatsächlich stattfinden kann. Und wenn diese Trennung durchgeführt ist, dann sieht es so aus, dass im Prinzip im Vergleich zu dem Unfall, den wir 2021 hatten, die fünffache Menge an Löschwasser aufgefangen werden kann, bevor abgeschlagen werden muss.

Also es wird eine wirklich erhebliche Änderung zu sein zu dem Zustand, den wir jetzt haben. Wir haben gesagt, in dem Zusammenhang reicht uns nicht aus, dass an dieser Stelle die Löschwassereinleitung und das Löschwassermanagement überdacht und geändert wird, sondern es muss zusammen auch mit dem Auffangsystem im Bereich Wiesdorf überarbeitet werden, damit wir da zu einer gemeinsamen, für beide Standorte gut verträglichen Löschwasserrückhaltung kommen, die nicht dazu führt, dass irgendwelches Löschwasser direkt oder im Abschlag über die Kläranlage weiterhin eingeleitet werden müsste.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt sehe ich aber keine weiteren Fragen mehr für diesen Bericht. Ich danke für diese ausführlichen Antworten und würde dann diesen Tagesordnungspunkt schließen und zu Tagesordnungspunkt 9 kommen.

9 Berichterstattung über erhöhte PFAS-Werte im Chempark Leverkusen – was ist dran? *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6518

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren, mit dem Schreiben vom 24. Februar 2022 haben die Fraktionen von CDU und FDP über einen entsprechenden Bericht gebeten, der Ihnen mit der Vorlage 17/6518 übersandt worden ist.

Herr Rüße hat schon die erste Frage gestellt, die ich hiermit aufnehme und direkt Herrn Lieberoth-Leden die Möglichkeit einer Antwort gebe.

MDgt Hans-Jörg Lieberoth-Leden (MULNV): Ich versuche, die Frage zu beantworten. Der erste Punkt ist: Die Orientierungswerte, die das LANUV festgelegt hat, sind keine Grenzwerte im rechtlichen Sinne. Das heißt, es sind keine Werte, die Sie von Behördenseite automatisch durchsetzen können.

Das ist die Grundfolie, und daran hat sich bis heute – das war 2011 so – auch nichts geändert. Es gibt mittlerweile eine angestoßene Diskussion von der europäischen Ebene, wo darüber nachgedacht wird, ob es Grenzwerte geben soll. Diese Diskussion ist aber im Gange. Wir haben bisher noch keine juristisch scharfen Grenzwerte, auf die man behördliche Maßnahmen zwingend stützen kann.

Ich versuche jetzt, noch mal deutlich zu machen, wie die Entwicklung dort war. Es hat dieses Ereignis 2011 dann gegeben. Infolge dessen hat man mit dem Betreiber, dieser Firma, die dafür verantwortlich ist – das ist Lanxess –, eine Verabredung getroffen, dass dort eine Ionentauschanlage eingerichtet wird. Diese Anlage ist genehmigt worden 2011 und hatte laut der Genehmigung einen Mindestreinigungsgrad von 80 %. Das war gegenüber dem Vorzustand schon mal ein deutlich großer Schritt nach vorne, ändert aber nichts daran, dass die Orientierungswerte damit alleine nicht zu erreichen waren.

Das erklärt sich aber aus zwei Dingen, die auch in dem Bericht angesprochen sind: Die Überschreitung der Orientierungswerte basiert im Wesentlichen auf zwei bestimmten kurzkettingen Einzelsubstanzen. Die sind im Wesentlichen dafür verantwortlich. Für die gab es damals auch keine bessere Technik. Diese Ionentauschertechnik hat sich an dem damaligen Stand orientiert. Wir versuchen, zwischenzeitlich rauszufinden, ob es nun auch Möglichkeiten gibt durch verbesserte Technik und ähnliches, eine zusätzliche Elimination der immerhin noch vorhandenen Fracht zu erreichen.

Dazu vielleicht als ergänzende Information: Herr Büther und ich haben gestern noch ein Gespräch mit Lanxess geführt. Lanxess macht seinerseits seit geraumer Zeit Experimente, wie man die Ionentauschertechnik optimieren kann, und ist zuversichtlich, in überschaubarer Zeit ein Modellprojekt aufzusetzen mit dem Ziel, eine nochmalige deutliche Reduzierung der jetzt noch vorhandenen Fracht hinzunehmen. Das bewegt sich alles, ich möchte das noch mal betonen, auf der Grundlage freiwilliger Aktivitäten,

verbesserter Kenntnisse, verbesserter Technikstand. Und wenn das gut funktioniert und wenn es im Modellprojekt so funktioniert, wie es in den Laborversuchen bislang gemacht wird, ist die Firma zuversichtlich, da auch in absehbarer Zeit eine großtechnische Anlage hinzusetzen.

Das ist das, was man im Augenblick in diesem Kontext auch behördlicherseits tun kann vor dem Hintergrund – das ist noch mal eine Stange Geld –, dass wir keine juristisch scharfen Grenzwerte haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Lieberoth-Leden. – Ich schaue noch mal in die Runde, Herr Haupt, bitte.

Stephan Haupt (FDP): Herr Lieberoth-Leden, Sie haben jetzt mehrfach die Grenzwerte angesprochen und dass sie – Sie haben das zum Schluss gesagt – nicht gesetzlich scharf sind. Die Einführung von Grenzwerten wird ja immer gemacht, wenn der Stoff über einen bestimmten Grenzwert zu einem Schaden führt. Dann gibt es einen Grenzwert.

Können Sie vielleicht mal kurz den Hintergrund erörtern: Warum gibt es auf Bundes- und/oder EU-Ebene für diesen Stoff keinen Grenzwert? Ist das einfach bis dato – ich will nicht sagen – „vergessen worden“, aber ist das schon in Arbeit, aber irgendwo hakt es, was sind die Gründe? Ich kann es nicht fassen, warum es da gar keinen Grenzwert gibt.

MDgt Hans-Jörg Lieberoth-Leden (MULNV): Ich kann Ihnen jetzt nicht ganz genau erklären, warum es dazu keine Grenzwerte gibt. Über PFAS ist aber im Laufe der Zeit nach meinem Wissensstand verschiedentlich diskutiert worden. Die Bewertung der Gefährlichkeit der Stoffe ist unterschiedlich vorgenommen worden, und nach meinem Kenntnisstand hat das bislang dazu geführt, dass man gesagt hat, wir sehen keine Notwendigkeit, für diese PFAS-Stoffe einen juristisch scharfen Grenzwert festzulegen.

Es gibt seit einiger Zeit, angestoßen auch durch europäische Institutionen, eine neue, auch wissenschaftliche Diskussion um die Frage der Gefährlichkeit von PFAS, die sich insbesondere aus dem speziellen Charakter dieser Stoffe ableitet, dass sie persistent sind, wie es heißt, das heißt, dass sie sich in der Natur kaum abbauen. Und das ist der Hauptgrund sozusagen, dass jetzt eine Diskussion geführt wird, ob und in welchem Umfang man diese Stoffe tolerieren kann.

Das ist eine Diskussion, die ich aus dem Bereich der Trinkwasserversorgung kenne. Da ist sie angestoßen. Wir gehen im Moment davon aus, dass die Diskussion über die Neubewertung, auch die toxikologische Neubewertung dieser Stoffe dazu führen kann, dass wir künftig Grenzwerte haben werden. Aber das ist eine Mischung aus naturwissenschaftlicher Bewertung, toxikologischer Einschätzung und ähnliches.

Das hat in der Vergangenheit jedenfalls dazu geführt, dass man keine Notwendigkeit oder Möglichkeit gesehen hat, einen abgeleiteten Grenzwert festzulegen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Das Spannende ist ja in der Debatte: Nordrhein-Westfalen hat ja auch schon mal eine PFT-Debatte gehabt. Da kann ich mich gut dran erinnern. Die ist schon ein paar Jahre her, aber letztendlich gehören PFTs zu den PFAS dazu, wenn ich es richtig verstanden habe. PFC sagt uns auch allen noch etwas.

Manchmal hat man das Gefühl, es werden neue Begriffe erfunden, und dann muss man erst mal gucken: Was ist denn das überhaupt? Und dann stellt man fest: Oh, kommt uns bekannt vor, und nicht ungefährlich.

Jetzt frage ich aber noch mal. Das LANUV ist ja eine Landesbehörde. Jetzt gibt die einen Orientierungswert raus, 35 g, und sagt, wenn dieser Orientierungswert überschritten wird, dann sollen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Dann gibt es einmal da diese Maßnahme, da wird es auch deutlich abgesenkt – um 80 %, haben Sie ja dargestellt –, aber trotzdem bleibt es noch deutlich zu hoch, schon eine Verbesserung, aber es bleibt deutlich zu hoch.

Jetzt frage ich mich ... Das LANUV ist ja nicht irgendwer. Und jetzt schreiben Sie in dem Bericht auf Seite 14, dass die Bezirksregierung Köln zusammen mit dem Ministerium zeitnah ein Gespräch führen wird, um zu klären, wie eine weitere Reduzierung möglich ist.

Jetzt wüsste ich natürlich gerne – die erhöhte Fracht ist jetzt seit acht Jahren gleichbleibend –: Gab es in der Vergangenheit diese Gespräche nicht? Ist das jetzt das erste Gespräch, das geführt wird, und ansonsten hat man gewartet, dass sich das Unternehmen irgendwann meldet und sagt, ja, wir kriegen das irgendwie hin? Also, da bin ich überrascht. Ich wiederhole das noch mal, das LANUV ist ja nicht irgendwer. Es ist nicht rechtlich bindend, aber irgendwie sollte man ja das, was die eigene Behörde empfiehlt, versuchen umzusetzen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Lieberoth-Leden!

MDgt Hans-Jörg Lieberoth-Leden (MULNV): Ich kann noch mal darauf verweisen, dass die spezielle Problematik mit dieser Fracht mit den Einzelstoffen zusammenhängt. Sie haben Recht, früher hieß das PFT, heute heißt das PFAS. Das ist eine andere naturwissenschaftliche Kategorisierung. Die Stoffe sind ähnlich. Und für die kurzkettigen Stoffe, die da hauptsächlich für verantwortlich sind – das steht auch in dem Bericht –, gab es zunächst mal in den letzten Jahren keine bekannte Reinigungstechnik.

Wir haben die jetzige Situation und die angestoßene Diskussion um die Neubewertung der PFAS zum Anlass genommen, um zu sagen: Wir gehen von uns aus auf das Unternehmen zu und versuchen zu klären, ob das der letzte Stand ist oder nicht. Und nach dem Gespräch, das Herr Dr. Büther und ich gestern geführt haben, gehen wir davon aus, dass man in absehbarer Zeit hier zu einer weiteren Verbesserung kommen kann.

Wie ich geschildert hatte: Lanxess arbeitet daran. Es gibt Laborversuche, die erwarten lassen, dass es möglich ist, die PFAS in größerem Umfang als bisher über Ionen-

tauschersysteme zu eliminieren. Da muss man schauen, was dann da entsprechend technisch rauskommt.

Norwich Rüße (GRÜNE): Darf ich noch mal?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ja, natürlich.

Norwich Rüße (GRÜNE): Aber das ist jetzt das erste Gespräch, in der Vergangenheit gab es das nicht? Denn es macht ja auch Sinn, mit einem Unternehmen zu sprechen, weil man damit das Problembewusstsein seitens des Ministeriums auch anzeigt, dass man sagt: Wir sehen, dass euer Wert da um mehr als das Zehnfache überhöht ist, und wir erwarten, dass ihr das verändert.

Oder ich melde mich gar nicht, und dann hat das Unternehmen ja das Gefühl, okay, können wir ein bisschen in die Zeit setzen.

MDgt Hans-Jörg Lieberoth-Leden (MULNV): Also soweit ich das für meine Person übersehe, ist es in der Tat das erste Gespräch. Aber ich weiß nicht, ob Herr Dr. Büther dazu etwas ergänzen kann.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Büther, wollen Sie noch etwas ergänzen?

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Ja. Wir sind natürlich in ständigen Gesprächen, aber auf der anderen Seite ist es so, dass, wie Herr Lieberoth-Leden es gesagt hat, es kurzkettinge Verbindungen sind. Das ist eine Viererkette, also ohne Fluor – das ist die Buttersäure, die wir immer gern in der Schule verwendet haben, um die Lehrer zu verschrecken –, mit Fluor ist es eben ein PFAS und kurzketting. Deswegen wird es auch nicht zurückgehalten, und deswegen wird es auch in der Umwelt nicht so angereichert wie die langkettingen PFAS, also die Octylverbindungen, die uns da in der Vergangenheit die Probleme bereitet haben, als sie noch PFT hießen, die jetzt auch unter PFAS laufen.

Und man sieht das auch, wenn Sie auf Seite 19 gucken in den Trinkwasserleitwerten: Da sind die Trinkwasserleitwerte für PFBA und PFBS – das sind die beiden Stoffe, um die es geht – Faktor 10 bis Faktor 100 höher als für die anderen PFAS. Das heißt, diese werden als wesentlich ungefährlicher eingestuft. Von daher, wo wir schon einen Grenzwert haben, haben wir die natürlich auch ungefährlicher eingestuft und haben gesagt, es ist schön, dass die um 80 % reduziert werden im Verhältnis zu dem, wie sie vorher eingeleitet worden sind. Denn wir haben festgestellt im Rahmen der PFT-Untersuchung vor zehn Jahren, dass da hohe Konzentrationen eingeleitet werden, die ja damals wesentlich höher waren, als sie es jetzt sind.

Daraufhin ist ja diese Anlage gebaut worden, und wir waren sehr zufrieden, dass wir hier so weit runtergekommen sind und dass es sich hier um die kurzkettingen handelt, die schlecht abgebaut werden, auf der einen Seite schlecht zurückgehalten werden, aber sich auf der anderen Seite auch nicht so anreichern wie die langkettingen. Und

das ist der Grund, warum wir jetzt, nachdem sich der Stand der Technik in Bezug auf die Reinigungsleistungen, die jetzt möglich sind, erweitert hat, weiter mit Lanxess zusammenarbeiten und einen weiteren Schritt nach vorne gehen wollen, um noch mal zu einer wesentlich verbesserten Ableitung im Verhältnis zum jetzigen Zustand zu kommen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt gehe ich weiter in meiner Liste. Herr Deppe ist der Nächste, bitte sehr.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vorsitzende! Wir hatten diesen Bericht beantragt, und ich bin ja auch dankbar dafür, dass wir den bekommen haben. Aber der zeigt auch, dass wir uns vielleicht in dieser Wahlperiode zum letzten Mal damit beschäftigten, aber mit Sicherheit nicht der Landtag sich zum letzten Mal damit beschäftigt.

Ich habe das miterlebt – Herr Rüsse hatte das vorhin mal angesprochen –, die PFT-Debatte. Das war nach dem Gammelfleischskandal unter Frau Höhn mit das erste größere Thema, das wir hier hatten. Damals wurde gesagt, wir verfolgen eine Strategie der Eintragsminderung, also dass man schon direkt am Produktionsort versucht – damals PFT, das kann man vielleicht jetzt nur zum Teil vergleichen –, den Stoff zurückzuhalten, um ihn nicht dann aus der Kläranlage oder sonst irgendwie herausfiltern zu müssen, was hier bei den PFAS offenbar nicht gelingt, wie wir bis jetzt erfahren haben.

Da würde mich interessieren, ob es da Aktivitäten im überschaubaren Zeitraum – hier wurden ja die letzten zehn oder elf Jahre aufgeführt – gegeben hat, dass man diesen Weg weiterverfolgt hat. Zum anderen ist es in der Tat so, Herr Rüsse hatte eben schon diese Diagramme da kritisch angemerkt: Wenn man sich das anguckt, liegen so gut wie alle Messwerte über der roten Linie. Vielleicht gab es sogar mal Phasen, wo es drunter lag, aber das kann man hier aus den Messwerten gar nicht mehr erkennen.

Die Frage ist doch: Wenn es diese Orientierungswerte gibt, die sind ja auf irgendeinem Weg ermittelt worden ... Sie haben richtig dargestellt, dass es keine rechtlich verbindlichen Werte gibt. Übrigens, andere Bundesländer machen praktisch gar nichts auf dem Gebiet, wie man den Vorlagen entnehmen konnte. Von daher ist es auch gut, wenn man genauer hinguckt. Aber müsste das nicht Anlass sein, unabhängig davon, dass man gerade bei Currenta genauer hinguckt, mit den jeweiligen Betreibern dann in Diskussionen einzutreten: „Wie kann man denn erreichen, dass diese Orientierungswerte nicht überschritten werden?“

Und da, denke ich, müssen wir alle vielleicht noch mal genauer hingucken. Sind die Werte richtig bemessen, die Orientierungswerte? Ich will die jetzt nicht in Frage stellen, bitte nicht das jetzt so interpretieren. Aber wenn sie so sind, dann kann man es auch nicht, nur weil es rechtlich nicht sanktioniert ist, auf Dauer dabei belassen und sagen, na ja, das ist eben jetzt so.

Von daher ist es gut, dass zumindest jetzt diese Gespräche geführt worden sind. Aber vielleicht müssen wir da für die Zukunft etwas genauer hingucken.

Dann noch die letzte Frage: Jetzt ist der Blick Richtung Leverkusen/Currenta gerichtet. Wir haben eben von anderen Chemieparks gehört, aber unter Umständen fallen ja

auch diese Verbindungen nicht nur in Chemieparcs an. Ist da vorgesehen, von Seiten des LANUV oder der Bezirksregierung – ich weiß jetzt gar nicht, wer da so richtig der Zuständige ist – auch andere in den Blick zu nehmen? Im Moment konzentriert sich alles hier auf Bürrig und den Standort, und das Problem, vermute ich mal, ist kein lokales Problem.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Büther, bitte.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Diese Fragestellung, „wo kann das noch auftauchen?“, in anderen Chemieparcs und ähnlichen, die ist ja damals vor zehn, zwölf Jahren genau untersucht worden, als wir diesen PFT-Skandal, wie es damals noch hieß, hatten mit dem Aufbringen auf dem Feld von den sogenannten Bodenverbesserern. Da sind diese Untersuchungen vom LANUV gemacht worden und es ist festgestellt worden, in welchen Bereichen erhöhte Einleitungen von PFT oder PFAS in Gewässer stattfinden.

Letztlich waren die Haupteinleitungsquellen, die nicht zur vollständigen Zufriedenheit, also zum Erreichen des LANUV-Wertes geführt haben, diese Einleitungen hier von Lanxess über die Anlage in Bürrig. In allen anderen Bereichen nach meiner Kenntnis, obwohl ich nicht für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig bin, gab es diese Probleme nicht, weil die alle mit längererkettigen PFAS arbeiten, wenn sie denn überhaupt damit arbeiten. Die lassen sich einfach besser aus dem Abwasser entfernen über entsprechende Reinigungsmaßnahmen. Das ist mein Stand dazu.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Dann sind alle Fragen beantwortet?

(Zuruf: Das nicht!)

Das nicht. Aber mal für heute? – Für heute mal alle Fragen beantwortet. Vielen Dank an alle, die sich hier da reingearbeitet haben.

Dann schließe ich auch diesen Tagesordnungspunkt und wir springen in der Tagesordnung, wie ausgemacht, wieder zurück.

10 Landwirtschaft schützen, Bodenpreise dämpfen, Bodenspekulation beenden – NRW braucht ein wirksames Agrarstrukturgesetz!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14937

(Überweisung des Antrages am 08.09.2021)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, zunächst sei geplant gewesen, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückziehe, um zu diesem Thema einen gemeinsamen Antrag mehrerer Fraktionen einzubringen. Daraus sei allerdings leider nichts geworden. Der Ausschuss werde diesen Antrag heute abschließend beraten.

Inge Blask (SPD) führt aus, Nordrhein-Westfalen brauche ein wirksames Agrarstrukturgesetz. Die landwirtschaftlichen Flächen Nordrhein-Westfalens seien für den Erhalt der Ernährungssicherheit der Bevölkerung und für den Fortbestand der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Sie seien Teil der Kulturlandschaften in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens.

Die landwirtschaftlichen Flächen leisteten einen wichtigen Beitrag zum Natur-, Klima- und Artenschutz. Sie seien für den Erhalt der diversen Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und der damit verbundenen Regionalisierung und Wertschöpfungsketten im Interesse der nordrhein-westfälischen Bevölkerung wichtig.

Das Land Nordrhein-Westfalen habe die Möglichkeit, Landesgesetze im Bereich des landwirtschaftlichen Bodenrechtes zu erlangen. Das sei seit 2006 möglich. Es sei festzustellen, dass die Entwicklungen auf dem Bodenmarkt in Bezug auf landwirtschaftliche Flächen und die Struktur negativ beeinflusst würden, das heiße, die Preise stiegen. 43,3 % der Gesamtfläche Nordrhein-Westfalens würden landwirtschaftlich genutzt. Der tägliche Druck auf die Landwirte nehme erheblich zu. Sie verweise auf die Bodenversiegelung von fast 19 ha/Tag. Nicht landwirtschaftliche Akteure würden die Flächen kaufen und trügen zu massiven Preissteigerungen bei. 54.000 Euro pro Hektar würden gezahlt. Ähnlich verhalte es sich auch bei den verpachteten Flächen.

Man könne auch nachlesen im Papier „Ackerland in Bauernhand“, der Initiative für einen gerechten Bodenmarkt. Das sei ein Papier von Frau Klöckner. Es werde deutlich, dass derzeit 50 % bis 80 % der Direktzahlungen meist an nicht landwirtschaftliche Bodeneigentümer gezahlt werde. Das seien mindestens 2,4 Milliarden Euro der jährlichen Zahlungen in Deutschland.

Das wolle ihre Fraktion mit einem Agrarstrukturgesetz ändern. Die rechtlichen Möglichkeiten habe man. Baden-Württemberg habe schon gute Erfolge damit erreicht. In so einem Gesetz sollte es eine Definition einer ungesunden Verteilung von Grund und Boden geben und der besonderen Bedeutung landwirtschaftlicher Nutzflächen für Natur-, Arten- und Ernährungsschutz. Es solle die Erfassung von Anteilskäufen an landwirtschaftliche Unternehmen im Bodenrecht erfolgen. Auch die Einführung der Nichtanzeige von Landpachtverträgen solle als bußgeldbewertete Ordnungswidrigkeit

gelten. Auch schlage der Antrag die Senkung der Spekulationsschwellen vor. Kaufverträge von bisher 50 % des Marktpreises sollten an eine Höchstpreisregelung gekoppelt werden – das im Vergleich zum durchschnittlichen Ertrag vergleichbarer landwirtschaftlicher Flächen bei Verpachtung und Verkauf. Abschließend wolle man eine klassische gemeinnützige Landgesellschaft wiedereinführen sowie die Ausübung von Vorkaufsrechten stärken und erleichtern. Das sei der Antrag, den ihre Fraktion heute zur Diskussion stelle. Sie würde sich freuen, wenn die anderen Fraktionen dem Antrag zustimmen würden.

Heinrich Frieling (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Diskussion zu diesem Antrag in der Ausschusssitzung am 01.12. geführt worden sei. Die Diskussion habe damit geendet, dass Frau Watermann-Krass seinerzeit angekündigt habe – so ende das Protokoll –, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag schriftlich zurückziehen würde. Warum das nicht passiert sei – es gehe im Hintergrund auch darum, dass es noch eine gemeinsame Initiative zum Thema Landgesellschaft geben sollte –, das sei ihm jetzt nicht klar. Er könne insoweit auf die Ausführungen in der letzten Sitzung verweisen. Wenn der Antrag hier zur Abstimmung stehe, bleibe es dabei, dass seine Fraktion den Antrag in der Gänze so nicht teile.

Er flankiere im Grunde die Enquetekommission, in der schon ausführliche Fachdiskussionen geführt worden seien. Bei den Punkten, die konsensfähig seien, insbesondere die Landgesellschaft, stehe man weiterhin zur Verfügung, das in einem gemeinsamen Antrag zu machen, was offensichtlich jetzt nicht mehr gewünscht sei.

Die anderen Punkte seien zu stark vom sozialistischen Gedankengut geprägt. Es solle eine staatliche Landverteilung organisiert werden. Das gehe deutlich in eine falsche Richtung. Letztendlich sei der Landwirt auch noch Unternehmer.

In der Analyse sei man nicht weit auseinander. Auch die aktuelle Situation gebe noch einmal Anlass, deutlich zu machen, wie wichtig es sei, dass die landwirtschaftlichen Flächen auch in der Landwirtschaft und für die landwirtschaftliche Produktion erhalten blieben. Das gehe auch nur, wenn der Landwirt als Unternehmer das mitgehe und man nicht versuche, das ausschließlich staatlich zu steuern. Es bleibe dabei, dass seine Fraktion den Antrag ablehne mit dem zusätzlich weinenden Auge, dass hier eine gemeinsame Initiative zum Thema Landgesellschaft anscheinend nicht mehr gewünscht sei.

Markus Diekhoff (FDP) unterstreicht, als Vorsitzender der Enquetekommission bedauere er ebenfalls außerordentlich, dass der gemeinsame Antrag, der aus seiner Sicht den einzig brauchbaren Punkt des SPD-Antrages auch enthalten müsse, nicht zustande komme. Das trage das Signal, dass man sich nicht auf einen einzigen Punkt habe einigen können, wogegen es in der Enquete durchaus solche Punkte gegeben habe. Das sei sehr traurig.

Der Antrag sei ansonsten sinnlos. Der Ausschuss habe schon darüber debattiert. Man hätte es heute gar nicht mehr vortragen müssen. Die SPD habe den Antrag zurückziehen wollen. Jetzt sei der Antrag wieder da. Das mache ihn nicht besser, er habe sich nicht verändert. Wenn man über Details reden wolle, hätte man auch einen Gesetz-

entwurf schreiben können. Dann hätte man das auseinandernehmen können. Der Antrag sei dünn. Er habe inhaltliche Schwächen.

Das zeige sich schon bei der Frage, wenn man den durchschnittlichen Wert von Flächen feststellen wolle für Genossenschaftsmodelle oder anderes und am Ertragswert orientiere; der Ertragswert in dieser Saison werde ziemlich hoch sein. Die Frage sei, wie er dann in fünf Jahren sei. Da sehe er Schwächen des Antrages. Der Ertrag in dieser Saison aufgrund der hohen Weizenpreise werde exorbitant sein, stelle aber nicht den durchschnittlichen Ertrag dar. Man könne auch nicht in die Zukunft gucken. All diese Spielchen mit Bodenpreisen gehörten in die sozialistische Mottenkiste. Da würde er Herrn Frieling recht geben. Seine Fraktion lehne den Antrag weiterhin ab.

Norwich Rüße (GRÜNE) weiß nicht, ob man den Antrag auf diese Art und Weise versenken müsse. Er finde, dass er durchaus die Probleme richtig analysiere. Dass bei mancher Verpachtung von Flächen der unternehmerische Verstand auch ausgesetzt habe, stehe außer Frage. Man könne sich durchaus fragen, ob man nicht in der Tat gelegentlich den einen oder anderen vor sich selbst schützen müsste. Die Frage sei nur, ob man dafür tatsächlich ein Agrarstrukturgesetz brauche. Er sei sich da nicht sicher.

Er gebe da Herrn Diekhoff recht. Er würde gerne sehen, wie das konkret aussehe. Dann wäre es schön, wenn man das als Gesetzentwurf vorgelegt hätte. So sei ihm das auch zu wenig. Seine Fraktion werde den Antrag zur Landgesellschaft mittragen. Das sei eine Forderung, die er persönlich schon lange habe, dass hier in Nordrhein-Westfalen ein Instrument der Bodenmarktsteuerung ein Stück weit fehle, seit langem fehle, seit der Pleite damals. Von daher sei das gut. Bei dem Antrag werde sich seine Fraktion enthalten.

Dr. Christian Blex (AfD) betont, es gehe um die bösen Investoren, die alles aufkaufen würden. Die habe doch erst die Politik dazu gebracht, dank der EZB-Politik. Dadurch, dass es immer mehr Zwangssubventionierungen für gewisse Energieerzeugungsraten geschaffen würden, treibe man die Leute dazu. Zum Schluss komme man wieder mit dem Vorkaufsrecht, nachdem man erst die Leute da reingetrieben habe, das Kapital da reingetrieben habe. Dann heiße es doch wieder Junkerland in Bauernhand. Seine Fraktion trage das sicher nicht so mit. Man müsse die Ursachen abschaffen. Dann brauche man sich auch nicht über die Wirkungen zu beschweren.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14937 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

11 Veräußerung einer landeseigenen Waldfläche an den Freizeitpark Phantasialand in Brühl (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6282

12 Erfolgte eine behördliche Bevorzugung der Firma Tönnies? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6493

13 NRW geht beim Tierwohl voran – Aktueller Stand der Nutztierhaltungsstrategie sowie zum Stall der Zukunft (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6509

14 Starke Regionalvermarktung – Ökomodellregionen schaffen neue Strukturen (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6501

15 Wie sieht die Umsetzung des Gifftiergesetzes in der Praxis aus? (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6502

16 Umsetzung der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung – Wann erhalten die betroffenen Landwirte den Erschwerenausgleich vom Bund? (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6503

17 Neustart für LEADER – Die Landesregierung schaut auf eine erfolgreiche Förderperiode zurück (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6506

18 Energie aus Wildpflanzen – Wie schreitet die Förderung voran? (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6504

19 Geruchsbelästigung durch die Glasrecyclinganlage von PreZero (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6510

20 Aktueller Sachstand Rote Gebiete in NRW – Ausweisung nitratbelasteter Gebiete nach § 13a DüngeVO (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6508

21 Wachsende Waldbrandgefahr in NRW ernst nehmen – Waldbrandprävention und -bekämpfung weiter effektiv verbessern (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6516

22 Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6507

23 Versprochen, vergessen, fallengelassen – Schwarz-Gelbe Bilanz im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6517

Der Ausschuss nimmt TOP 11 bis 23 zur Kenntnis.

24 Verschiedenes

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, es handele sich wahrscheinlich um die letzte Ausschusssitzung in dieser Legislaturperiode. Sie wolle einigen Personen noch danken, die den Ausschuss gut beraten hätten. Sie bedanke sich bei Herrn Wilhelm, der seine fundierten Kenntnisse zur Verfügung gestellt habe. Manchmal habe es gerumpelt, aber immer sei es gutgegangen. Dafür danke ihm der Ausschuss.

(Allgemeiner Beifall)

Sie bedanke sich auch bei der Protokollführerin, Frau Schröder-Djug. Der Ausschuss diskutiere, aber sie müsse alles aufschreiben bei dem Hin und Her, vielen Dank. Auch im Nachlesen des Protokolls könne man die Gedanken nachverfolgen und die anstehenden Sitzungen vorbereiten. Sie bedanke sich dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Sie bedanke sich auch bei den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, speziell bei Herrn Sommer. Der Ausschuss sei kompliziert vorzubereiten, wer alles komme, wer für welchen Punkt zur Verfügung stehe. Da sei Herr Sommer immer im Hintergrund zuständig gewesen. Sie bedanke sich dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Sie bedanke sich auch bei Adi, ohne seine Hilfe wäre Herr Wilhelm hier nicht reingekommen. Er habe immer wieder kleine Aufgaben übernommen. Auch da bedanke sie sich für den zuverlässigen Einsatz.

(Allgemeiner Beifall)

Es habe gute Veranstaltungen gegeben, etwa auch die Grüne Woche. Das habe Spaß gemacht. Man habe den Zukunftsstall besucht, der Ausschuss sei in Gartenbaubetrieben gewesen, habe die Landesgartenschau besichtigt. Man habe vieles zusammen unternommen. Finnland habe leider nicht besucht werden können.

Sie hoffe, dass diejenigen, die sich für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Naturschutz interessierten, sich in diesem Ausschuss wiederverfinden und sich der nächste Ausschuss der Finnlandreise noch einmal annehmen könne. Sie danke allen für diesen konstruktiven und tollen Ausschuss. Denjenigen, die nicht mehr kandidieren würden, wünsche sie ein gutes Weiter. Herr Deppe kandidiere nicht mehr. Sie bedanke sich auch bei ihm.

(Allgemeiner Beifall – Norwich Rüße [GRÜNE]: Ich werde ihn auch vermissen.)

René Schneider (SPD) geht davon aus, er spreche im Namen des gesamten Ausschusses, wenn er der Vorsitzenden herzlich danke für die Moderation in dieser Runde, die nicht immer einfach gewesen sei, auch dafür, das im Hintergrund alles zu leiten.

(Allgemeiner Beifall)

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage

09.05.2022/18.05.2022

10

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Feinstaubbelastung reduzieren – Kaminöfen für Gesundheit und Umwelt nachrüsten
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/15449

am Mittwoch, dem 9. März 2022
16.00 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH Professor Dr. rer. nat. Ingo Hartmann Leipzig	Professor Dr. Ingo Hartmann (per Video)	17/4845
Landesfachverband des Schornsteinfegerhandwerks NRW Andreas Schoßland Düsseldorf	Andreas Schoßland	17/4876
Haus & Grund Rheinland Erik-Uwe Amaya Düsseldorf	Erik-Uwe Amaya	17/4869
HKI Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e.V. Frankfurt a.M.	Thomas Schnabel Volker Schmatloch	17/4859